

94. Sitzung

Mittwoch, den 29. April 2015

Mainz, Deutschhaus

Die Tagesordnung für die 94. und 95. Plenarsitzung am 29. und 30. April 2015 wird auf der Grundlage der ausgedruckten Tagesordnung mit der Maßgabe festgestellt, dass der Tagesordnungspunkt 13 (Für funktionierende und effektive Soziale Dienste in der Justiz) von der Tagesordnung abgesetzt wird, da der Rechtsausschuss nicht abschließend beraten hat.

Weiterhin wird zu Tagesordnungspunkt 4 bzw. 9 (Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz) die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlung und der zweiten Beratung gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 68 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags abgekürzt. Ebenso wird die Frist zwischen der zweiten und dritten Beratung gemäß § 57 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 68 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags abgekürzt.

AKTUELLE STUNDE

"150 Jahre BASF – aktueller Ausweis der industriellen Stärke des Standorts Rheinland-Pfalz"

auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 16/4923 – 6171

"Verantwortung übernehmen: humane Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa umsetzen!"

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/4924 NEU – 6180

"Industriestandort Rheinland-Pfalz nicht gefährden – ganzheitliches Verkehrskonzept für das Land entwickeln unter besonderer Berücksichtigung der Schiersteiner Brücke"

auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/4943 – 6186

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

**Wahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz
Wahlvorschlag des Ältestenrats**

– Drucksache 16/4936 – 6194

Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof mit Wirkung vom 4. Juni 2015 auf die Dauer von sechs Jahren einstimmig

Frau Dr. Dr. Stefanie Theis, Hahnheim

zum ordentlichen nicht berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz. 6194

Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof mit Wirkung vom 4. Juni 2015 auf die Dauer von sechs Jahren einstimmig

Herrn Theo Wieder, Frankenthal

zum stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz. 6194

**Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz: Erfolgreiches Studium, gute Lehre, exzellente Forschung
Regierungserklärung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur**

dazu: Offene und starke Hochschulen als Grundlage des Wissenschaftslandes Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Entschließung –

– Drucksache 16/4929 –

Wissen und Innovation garantieren Zukunft

Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –

– Drucksache 16/4952 – 6194

Die Regierungserklärung wird von Frau Staatsministerin Reiß abgegeben.

Es findet eine Aussprache statt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4929 – wird mit Mehrheit angenommen. 6213

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/4952 – wird mit Mehrheit abgelehnt. 6213

**...tes Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz
(Änderung der Artikel 82, 83 und 135)
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4732 –
Zweite Beratung**

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
– Drucksache 16/4946 – 6214

*Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4732 – wird einstimmig angenommen..... 6216*

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/4900 –
Erste Beratung 6216**

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/4900 – wird an den
Rechtsausschuss überwiesen..... 6220*

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über den Finanzierungsfonds
für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz und des Universitätsmedizin-
gesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/4896 –
Erste Beratung 6220**

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/4896 – wird an den Haushalts-
und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen..... 6224*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Frau Ulrike Höfken, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz, Frau Vera Reiß, Prof. Dr. Robbers; der Staatssekretär Clemens Hoch.

Entschuldigt fehlten:

Der Abgeordnete Michael Billen; die Staatssekretäre Jacqueline Kraege, David Langner.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	6179, 6217
Abg. Bracht, CDU:	6214
Abg. Dr. Alt, SPD:	6222
Abg. Dr. Weiland, CDU:	6221
Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6188, 6193
Abg. Frau Klöckner, CDU:	6172, 6176, 6178, 6200
Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6214, 6219
Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:	6182, 6185
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:	6206
Abg. Frau Schmitt, SPD:	6187
Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6180, 6184
Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6223
Abg. Heinisch, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6210
Abg. Kessel, CDU:	6181, 6185
Abg. Klomann, SPD:	6192
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6179
Abg. Licht, CDU:	6191
Abg. Pörksen, SPD:	6214
Abg. Schlagwein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6174
Abg. Schreiner, CDU:	6186
Abg. Schweitzer, SPD:	6171, 6176, 6178
Abg. Sippel, SPD:	6218
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6215
Frau Ahnen, Ministerin der Finanzen:	6220
Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:	6183
Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:	6175
Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:	6177, 6178
Frau Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:	6194
Lwentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:	6189
Prof. Dr. Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:	6215, 6216
Präsident Mertes:	6171, 6172, 6173, 6174, 6176, 6177, 6178, 6179
.....	6180, 6181, 6182, 6183, 6184, 6185, 6186
Vizepräsident Dr. Braun:	6206, 6210, 6213, 6214
Vizepräsident Schnabel:	6187, 6188, 6189, 6191, 6192, 6193, 6194, 6200
Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:	6214, 6215, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6221
.....	6222, 6223, 6224

**94. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. April 2015**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zur 94. Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtags. Frau Simon und Herr Biebricher werden mich bei der Führung dieser Sitzung begleiten.

Entschuldigt sind Herr Abgeordneter Michael Billen sowie Staatssekretärin Frau Kraege und Staatssekretär Herr Langner wegen Koordinierung von Aufgaben des Bundesrates in Berlin.

Für Frau Ulla Brede-Hoffmann ist Herr Johannes Klomann im Landtag nachgerückt und heute erstmals hier. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Es wird nicht immer einen einstimmigen Beifall des ganzen Plenums in Ihrer politischen Arbeit geben. Wünschen tue ich Ihnen das natürlich.

Wir kommen zu den Geburtstagen. Frau Staatssekretärin Heike Raab hatte Geburtstag. Wir grüßen sie von hier und wünschen ihr alles Gute. Der Abgeordnete Jörg Denninghoff wird heute 49 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Denninghoff, Sie wissen, für den Abgeordneten, der am Plenartag Geburtstag hat, hat der Präsident eine Kiste mit zwei Flaschen Wein stehen. Die dürfen Sie sich abholen. Das müssen Sie allerdings schon selbst machen.

(Licht, CDU: Er kommt! –
Abg. Denninghoff, SPD, geht zum Präsidenten)

– Die Macht der Worte.

(Licht, CDU: Sicher ist sicher!)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Tagesordnung. Es gibt folgende Hinweise: Punkt 13 der Tagesordnung wird abgesetzt, da der Rechtsausschuss noch nicht abschließend beraten hat.

Die Beschlussempfehlungen zu den Tagesordnungspunkten 4 bzw. 9 wurden heute verteilt. Die Frist wird damit abgekürzt. Wenn wir die Tagesordnung festgestellt haben, ist das beschlossen.

Die in der Tagesordnung fehlenden Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 16, 17, 19 und 20 wurden am 24. April 2015 fristgerecht verteilt.

Änderungs-, Alternativ- und Entschließungsanträge werden bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt gesondert aufgerufen.

Gibt es von Ihrer Seite noch Hinweise? – Das ist nicht der Fall. Ich danke Ihnen. Die Tagesordnung für die beiden Tage ist festgestellt.

Weil es mir des Öfteren passiert ist, dass ich am Anfang der Sitzung die Gäste noch nicht begrüßt habe und es am Ende zeitlich nicht geschafft habe, ohne die Debatte zu unterbrechen, mache ich das jetzt.

Ich begrüße Schülerinnen und Schüler des Herzog-Johann-Gymnasiums Simmern. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Weiterhin begrüße ich RWE Projektmitglieder aus Mayen-Koblenz. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich begrüße auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts „Zeile – Zeitung lesen macht Azubis fit“ der „RHEINPFALZ“ Ludwigshafen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

**„150 Jahre BASF – aktueller Ausweis der industriellen Stärke des Standorts Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/4923 –**

Herr Schweitzer, Sie haben das Wort.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Möglichkeit, dass wir heute in einer Aktuellen Stunde über etwas sprechen, was tatsächlich fast tagesaktuell ist, der Geburtstag, das Jubiläum eines großen, des größten Unternehmens, das wir in Rheinland-Pfalz haben, nämlich der BASF in Ludwigshafen am Rhein. Man hatte in der vergangenen Woche – einige von Ihnen hatten Gelegenheit, im Feierabendhaus in Ludwigshafen dabei zu sein – schon den Eindruck, dass die ganze Welt nach Rheinland-Pfalz, nach Ludwigshafen schaut.

Es war bewegend, sich anzuschauen, wie sich dieses Unternehmen aufgemacht hat von seinen kleinen Anfängen an der Grenze des heutigen Landes Rheinland-Pfalz zu Baden-Württemberg. Heute ist es das größte Unternehmen im Land und eines der führenden Chemieunternehmen weltweit.

Tradition und Innovation sind die treibenden Kräfte. Das macht das internationale Unternehmen von BASF heute aus.

Es war zu spüren, wie fest verwurzelt auch die heutigen Verantwortlichen des Vorstandes sich am Standort Ludwigshafen, am Standort Rheinland-Pfalz sehen oder, wenn Sie wollen, auch in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Ich bin sehr froh, dass wir einen Einblick in die stolze Geschichte des Unternehmens haben durften, die auch nicht frei ist von problematischen Phasen. Das will ich auch sagen. Ich bin froh, dass die Ministerpräsidentin, die da war und dieses Unternehmen gewürdigt hat, das ebenfalls angesprochen hat. Aber auch die Kanzlerin hat diese Phase nicht ausgespart.

Ich will sagen, dass bei diesem Jubiläum deutlich wurde, dass es offensichtlich Voraussetzungen dafür gab, dass sich dieses große Unternehmen am Standort Rheinland-Pfalz so wohlfühlt. Bildung, Forschung und Infrastruktur – all das stimmt in Rheinland-Pfalz. All das stimmt auch für das Unternehmen BASF.

Es ist deutlich geworden, dass dieses Unternehmen zumindest nicht das wäre, was es heute ist, ohne seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Jeder, der wie ich in der Pfalz aufgewachsen ist, der weiß, dieses Unternehmen ist sozusagen eng verbunden mit der neueren Geschichte der ganzen Region. Jeder hat in seiner Familie, wenn nicht in der Familie, doch zumindest in seiner Nachbarschaft jemanden, der sich morgens manchmal sehr früh auf den Weg gemacht hat, der Aniliner war und ist, manchmal auch in der zweiten und dritten Generation.

Dieses Unternehmen hat den Wirtschaftsstandort in jeder Hinsicht, auch kulturell, vor allem aber wirtschaftlich und auf dem Arbeitsmarkt geprägt. Ich finde, es ist wert, dass wir heute gemeinsam sagen, wir sind stolz darauf. Es ist gut, dass es ein solches Unternehmen in Rheinland-Pfalz gibt.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es ist auch gut, dass eine Rückmeldung von Dr. Bock, dem Vorstandsvorsitzenden, war, dass die Rahmenbedingungen stimmen, und zwar im stehenden Dialog mit der Politik. Das fängt in Ludwigshafen an. Da ist die Kommune Ansprechpartner. Das hört in Europa nicht auf. Das ist eine Aufgabe für die Landespolitik.

Wenn der Ministerpräsidentin gesagt wurde, es ist schön, dass wir eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, dann will ich das mit Blick auf manche Unterstellungen, die wir in der Vergangenheit immer wieder einmal gehört haben, was das Unternehmen BASF und die Landesregierung angeht, deutlich hervorheben. Das sind nicht meine Worte, das sind die Worte von Dr. Bock, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schön, dass wir in diesen Tagen den Blick weiten können.

Frau Wirtschaftsministerin Lemke hat gerade heute mit Herrn Berres vom Statistischen Landesamt die Industriedaten für Rheinland-Pfalz deutlich gemacht. Da sehen wir, dass wir nicht von der Wertschöpfungsinsel BASF sprechen, sondern wir sprechen vom Industriestandort Rheinland-Pfalz, in dem die BASF eine hervorragende Rolle hat, und zwar in vielerlei Hinsicht. Wir haben einen industriellen Zuwachs oder einen Zuwachs im Bereich der industriellen Produktion, der uns über die Länder in ganz Deutschland stellt. Ich will sagen, es ist schön, dass der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei 25 % liegt. Deutschlandweit liegt er nur bei 22 %. Das ist etwas, was auch seine Voraussetzungen in einem klaren Bekenntnis dieser Landesregierung und der Regierung davor für den Industriestandort Rheinland-Pfalz hat, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es ist gut, dass es auch den Menschen zugutekommt. Auf die kommt es an. Ohne Mitbestimmung – das will ich schon sagen – wäre dieses Unternehmen BASF, wäre die Industrie, der Industriestandort Rheinland-Pfalz nicht der, der er ist. Es ist immer wieder gelungen, auch durch schwere konjunkturelle Weltwirtschaftskrisen zu kommen, weil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam mit den Unternehmensverantwortlichen einen gemeinsamen Weg gefunden haben. Darum will ich an dieser Stelle sagen, es ist gut, dass wir in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich hohe Zahlen haben, was das Wachstum bezogen auf die Beschäftigten angeht. Es ist so, dass wir in Rheinland-Pfalz bei den Industriebeschäftigten einen Umsatz von 336.000 Euro generieren.

(Glocke des Präsidenten)

Darum ist es wichtig, dass bei den Menschen etwas ankommt, wenn wir überdurchschnittlich sind. Das muss klar sein. Wir brauchen da in Zukunft gute Entwicklungen bei den Tarifentlohnungen. Das geht nur durch gute Mitbestimmung, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Alles Weitere nenne ich gern bei der noch anstehenden Gelegenheit.

Danke schön.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Frau Klöckner, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 150 Jahre BASF ist wahrlich ein Grund zum Feiern und ein guter Grund, eine Aktuelle Stunde dazu zu veranlassen. Dies ist es auch deshalb,

weil der weltweit größte Chemiekonzern seinen Sitz glücklicherweise noch immer in Deutschland, in Rheinland-Pfalz, in Ludwigshafen hat. Das wird hoffentlich auch so bleiben. Mitarbeiter, Management und Vorstand können stolz auf dieses generationenübergreifende Unternehmen sein.

(Beifall der CDU)

Ausruhen auf dieser stolzen Geschichte wird sich das Unternehmen nicht. Übrigens ruht sich auch Boehringer Ingelheim mit seiner fast 130-jährigen Geschichte nicht auf dem Erreichten aus, sondern kämpft Tag für Tag aufs Neue um seine Wettbewerbsfähigkeit in der Welt. 150 Jahre BASF, das sind zuallererst die Erfolge einer klugen Geschäftsidee, energischer, ausdauernder und hart arbeitender Gründungsunternehmer und ihrer Mitarbeiter. Es ist der Erfolg beständiger und zielgerichteter Investitionen, Forschung und Innovation – auch gegen Widerstände, gegen Skepsis, übrigens auch trotz Auflagen aus der Politik.

Wachstum war möglich, weil sich die Menschen Fortschritt und Chancen für ein besseres Leben durch neue Technik gewünscht haben und nicht zuerst gedacht haben, was schiefegehen könnte, welche Risiken der neuen Techniken es geben könnte. Moderne Industrie und ihre Produkte bescheren uns ein besseres und komfortableres Leben. Erfolgreiche Industrie ist für die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes ausgesprochen wichtig. Warum ist sie wichtig? – Wegen der vielen Ausbildungs- und auch Arbeitsplätze, wegen ihrer lebenswichtigen Produkte und – Herr Schweitzer, auch das will ich hier nennen – wegen der Steuern, die sie hier zahlen, und wegen ihres gesellschaftlichen Engagements.

(Beifall der CDU)

Um aber unseren Industriestandort halten zu können, braucht es – darüber müssen wir heute auch reden – bezahlbare Energie, qualitativ gute Bildung, ausbildungsfähigen Nachwuchs, genügend Fachkräfte, Freiraum und Offenheit für neue Technologien, internationale Wettbewerbsfähigkeit, aber auch moderne Infrastruktur, funktionierende Straßen, Brücken und Schienen, Verlässlichkeit und Planbarkeit. Sie braucht eine Politik, die nicht bremst, sondern ermöglicht.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, würde eine BASF unter einer rot-grünen Landesregierung sich heute noch einmal in Rheinland-Pfalz gründen? – Ich bezweifle das.

(Beifall bei der CDU)

Warum bezweifle ich das?

(Pörksen, SPD: Weil Sie keine Ahnung haben!)

Als die BASF den Forschungsschwerpunkt der grünen Gentechnik vom Limburgerhof in die USA verlegte und damit auch Millionen Forschungsgelder und mit ihnen viele kluge Köpfe, da freute sich die Wirtschaftsministerin und gab sogar in diesem Plenum ihre Freude zu Protokoll.

Ist das eine langfristig richtige Einstellung für die Zukunft unseres Landes? Verhindern wir dadurch die grüne Gentechnik, wenn wir uns über ihre Abwanderung freuen? Ich meine, im Gegenteil, andere Länder werden sie entwickeln und vorantreiben, und wir verlieren dadurch jeden Einfluss auf den Umgang mit dieser Technik.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist von einer Landesregierung zu halten, die zwar gerne das Jubiläum der BASF feiert, ihr aber mit einem Bundesratsantrag zur Nanotechnologie in den Rücken gefallen ist? Das Wissenschaftsgebiet und Anwendungsgebiet der Nanotechnologie ist just einer der wichtigen Forschungsschwerpunkte in Ludwigshafen. Aber kein anderes Bundesland als das eigene Sitzland Rheinland-Pfalz ist auf die Idee gekommen, ein Nanoregister in Berlin einzubringen, um damit auch der BASF zu schaden, Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

(Beifall der CDU)

Man kann zwei Schlüsse ziehen. Man verzichtet auf neue Techniken, wie es offensichtlich Ihre Politik ist, oder wir versuchen, sie zu beherrschen und einzuzugrenzen, wie es eine verantwortliche Politik tun würde.

Aber weder für eine umweltschonende Weiterentwicklung des Fracking, woran die BASF stark beteiligt ist, noch für ein ausgewogenes Freihandelsabkommen TTIP, das für das Weltgeschäft der BASF wichtig ist, erhält das Unternehmen Unterstützung aus dieser Landesregierung.

(Der Rednerin fällt eine Wasserflasche vom Pult)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter Neinsagern, Bedenkenträgern und Dagegenpolitikern wäre eine BASF-Neugründung am Standort hier in Rheinland-Pfalz heute kaum noch denkbar.

(Glocke des Präsidenten)

Aber wir feiern heute alle zu Recht noch einmal diesen Standort und die BASF.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerne gehen wir im zweiten Teil noch einmal darauf ein, was wichtig sein wird für die Zukunft, und nicht nur für 150 Jahre, die bereits hinter uns liegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –

Abg. Frau Klöckner, CDU, hebt Scherben vom Boden auf)

Präsident Mertes:

Ich habe einen Hausmeister gerufen, lassen Sie es liegen.

(Frau Klöckner, CDU: Es hilft ja nichts, wir helfen auch einem Hausmeister! Da sind Scherben, damit da keiner reintritt!)

Herr Kollege Schlagwein, Sie sprechen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Wie gesagt, links von Ihnen steht jetzt eine angeknackste Flasche, nicht dass Sie da reingreifen. Wir haben zwar darum gebeten, dass uns das ein Hausmeister wegräumt, aber es ist noch keiner da.

Abg. Schlagwein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Kollegin, ich hätte auch hinter Ihnen hergeräumt, das ist kein Problem.

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! 150 Jahre nach ihrer Gründung ist die BASF ein Unternehmen von weltweiter Bedeutung und auch von weltweiter Verantwortung. Weltweit mehr als 100.000 Beschäftigte, davon die Hälfte etwa in Deutschland, das ist eine Zahl, die das Gewicht der BASF auch an ihrem Heimatstandort deutlich macht.

Manche werden es wissen, das neu gegründete Unternehmen hat sich nicht für Rheinland-Pfalz entschieden, aber für Bayern; denn es ist an einem bayerischen Standort gegründet worden, der seinen Namen einem bayerischen König verdankt,

(Schweitzer, SPD: Das kann nur ein Preuße erzählen!)

weil Ludwigshafen damals zu Bayern gehörte.

(Zurufe von der SPD)

Einige werden natürlich sagen, klar, wo sollte es denn sonst gegründet werden.

Meine Damen und Herren, aus den Gründungsjahren des jungen Unternehmens will ich einige Initiativen hervorheben.

(Schweitzer, SPD: Das kann man so nicht stehen lassen!)

Das Unternehmen begann 1872 mit dem Bau einer Arbeitersiedlung mit über 400 Wohnungen zu damals sehr günstigen Bedingungen, frei stehende Häuser im Kontext der aufkommenden Gartenstadtidee, eine Idee, die auch heute noch mancher Städteplanung gut zu Gesicht stünde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es folgten weitere Wohnbauprojekte, wo – ich darf aus der sozusagen Autobiografie des Unternehmens zitieren – die Arbeiter durch besonders eingelegte Bahnzüge direkt nach der Fabrik gelangen können, eine Verkehrspolitik, ein Mobilitätsangebot, von dem sich manche Verkehrspolitik heute noch eine Scheibe abschneiden könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil das Stichwort bezahlbare Energie fiel, nicht zu vergessen ist die traditionell eigene Energieversorgung der BASF, die Kopplung von Strom und Wärme, die Wärmerückgewinnung, alles Bausteine einer dezentralen Energiewirtschaft. Mit einem Ziel der Bundesregierung, nämlich 25 % Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020, hatte die BASF nie ein Problem, während sich die Bundesregierung eher kleinmütig aus diesem Ziel wieder verabschiedet.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zu verschweigen sind natürlich auch nicht die dunklen Stunden des Unternehmens. Das sind die Jahre der verschleppten Zwangsarbeiter, der KZ-Häftlinge. Auch das ist hier zu erwähnen und ist auch schon erwähnt worden.

Aber zum Jubiläumsjahr gehört auch ein Blick in die Zukunft, ein Blick, den heute kaum ein Weltunternehmen wagt, ohne ihn unter die große Überschrift der Nachhaltigkeit zu stellen. Unter dieser Überschrift – natürlich in Englisch, wie es sich für einen Weltkonzern gehört – sustainable development by BASF – finden wir auf der Homepage folgende Formulierung – ich darf ein letztes Mal zitieren mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident – : „Der wachsende Ressourcenbedarf belastet unsere Erde immer stärker. Schon heute verbrauchen wir mehr, als unser Planet regenerieren kann. Deshalb ist eine nachhaltige Entwicklung entscheidend für unsere Zukunft.“ – So ist es.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wünschen dem Geburtstagskind, es möge vorangehen, und es möge das selbst gesteckte Ziel erreichen. Dazu – sozusagen als Beitrag zum kritischen Dialog – ein Blick nicht auf den Chemie-, sondern auf den Energiesektor; denn dort mühte sich jahrelang ein anderes großes Unternehmen um den Eindruck, es gehe vorweg mit der ganz eigenen Schreibweise der drei großen Buchstaben.

Heute wissen wir allen Bekenntnissen zum Trotz, es ist nicht vorweggegangen; es ist nicht mitgekommen. Seine Investitionsentscheidungen waren nicht nachhaltig. Frau Kollegin Klöckner, es hat neue Technologien buchstäblich in den Wind geschlagen.

Wir wünschen dem Geburtstagskind, der BASF, das ihm das nicht widerfährt, dass es seine Innovationskraft nicht in Fracking oder Gentechnik bindet, sondern im Sinne wirklicher, starker Nachhaltigkeit auch im Interesse unseres Standorts hier in Rheinland-Pfalz entwickelt.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort der Ministerpräsidentin.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen Abgeordnete! Danke, dass das 150-jährige Jubiläum des größten Arbeitgebers in diesem Land heute in diesem Plenum zu Wort kommt. Ich erinnere mich gerne an die Geburtstagsfeier. Das war wirklich ein schöner Tag in Ludwigshafen.

Ich will die Chance nutzen, noch einmal deutlich zu machen, dass Rheinland-Pfalz ein Industrieland ist. Fast 30 % unseres BIP wird durch die industrielle Produktion erwirtschaftet. Arbeitsplätze, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit wirklich hoher Qualität entstehen genau in der Industrie. Wir haben eine Exportquote von 55,1 %. Damit sind wir das zweitbeste Flächenland in Deutschland. Inzwischen sind wir sogar besser als Hamburg geworden, was uns sehr stolz macht und wofür wir unseren Unternehmen außerordentlich dankbar sind, weil das ein Erfolg für ihre Arbeit ist und natürlich zur Prosperität unseres Landes beiträgt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus haben wir die drittniedrigste Arbeitslosenquote, was damit zu tun hat, dass wir verlässliche Arbeitsplätze in diesem Land haben. Natürlich möchte ich auch nicht unerwähnt lassen, wenn wir über die Chemieindustrie sprechen, dass in nahezu allen Betrieben gelebte Sozialpartnerschaft zu Hause ist und eigentlich das Thema BASF und andere Chemieunternehmen ohne die IG BCE gar nicht denkbar ist. Es gibt wirklich ein sehr konstruktives Miteinander, was auch prägend für unser Land ist. In diesem Zusammenhang ist die BASF mit Sicherheit einer der großen Vorreiter.

Dass es die Industrie selbst so erachtet, dass wir ein guter, erfolgreicher Industriestandort sind, kann man in der Innovationsstrategie, die die Wirtschaftsministerin mit der Industrie auf den Weg gebracht hat, sehr gut nachlesen. Dort bekennen sich unsere Industrieunternehmen ganz klar zum Standort Rheinland-Pfalz. Dort wird deutlich, dass wir in unserem Land ein gutes Betriebs- und Investitionsklima haben. Das wird auch deutlich, wenn man sich einfach einmal die jüngsten Ansiedlungen betrachtet.

Etwas länger zurück liegt natürlich Voegele, aber wenn ich heute sagen darf, dass auch HARIBO über die Landesgrenzen zu uns gekommen ist, kann man einfach nur noch einmal feststellen: Es kann gar nicht anders sein, als dass das Klima in unserem Land ein besonders gutes sein muss, wenn Unternehmen entscheiden, aus anderen Bundesländern in unser Bundesland zu ziehen. Das hat auch damit zu tun, dass wir in einem engen, guten Kontakt mit unseren Unternehmen stehen und das Investitionsklima besonders gut ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir sind stolz darauf – bevor ich noch einmal auf die BASF zu sprechen komme –, dass in Rheinland-Pfalz die kleinen und mittleren Unternehmen eine ganz besondere Rolle spielen, viele natürlich auch im Geleitzug

der BASF, aber es gibt auch viele Hidden Champions, die selbst ihren Weg nach ganz oben gefunden haben, Rheinland-Pfalz auch auf dem Weltmarkt repräsentieren und damit erfolgreiche Unternehmenspolitik betreiben.

Das Industrieland Rheinland-Pfalz kann aber auch auf seine großen Unternehmen ganz besonders stolz sein. Ganz vorne steht natürlich unsere BASF – ich sage es hier auch noch einmal –, das weltweit größte Chemieunternehmen, das mit Abstand größte Unternehmen in Rheinland-Pfalz mit 37.000 Beschäftigten allein am Standort Ludwigshafen. Das ist sicherlich das Flaggschiff der Chemieindustrie insgesamt.

Die BASF ist auch entscheidend für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes Rheinland-Pfalz verantwortlich. Deshalb pflegen wir den Kontakt intensiv zur BASF wie zu anderen Unternehmen, aber es ist für uns auch eine Selbstverständlichkeit, dass sich das Kabinett einmal im Jahr mit der BASF trifft, dass wir uns auseinandersetzen und dass jeder Minister und jede Ministerin eigene Kontakte zu den unterschiedlichen Bereichen der BASF haben, um bestimmte Probleme miteinander erörtern zu können.

Meine Damen und Herren, zu verantwortlicher Politik gehört eben auch, dass man sich über gesellschaftspolitisch streitbare Themen miteinander im Dialog auseinandersetzt.

(Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Bislang haben wir es auch mit der BASF immer gut hinbekommen, einen Weg zu finden – das hat die Vergangenheit geprägt, und das prägt die Zukunft –, um deutlich zu machen: Wir stehen im Dialog, und wir sprechen auch über Themen, die vielleicht nicht ganz so einfach in der Gesellschaft zu beantworten sind.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Liebe Kollegen von der Union, wahrscheinlich würde sich die BASF auch heute für unseren Standort entscheiden. Ehrlich gesagt, ist das aber so viele Jahre danach eine komische Frage. Dazu will ich aber noch etwas sagen. Die BASF hat sich zu Beginn dieser Regierung, nämlich 2011, für eine 1-Milliarde-Euro-Investition am Standort Ludwigshafen entschieden, nämlich für die TDI-Anlage, die wir demnächst gemeinsam mit dem Unternehmen einweihen werden. Das ist sicherlich keine Entscheidung, durch die zum Ausdruck gebracht wird, dass wir in diesem Land nicht gut miteinander Probleme besprechen würden oder nicht gut im Dialog miteinander stehen. Das ist ein klares Bekenntnis der BASF zum Standort Ludwigshafen. Darüber freuen wir uns. Darauf sind wir stolz und darüber sind wir glücklich, weil klar ist, eine so moderne Anlage an diesem Standort zu haben, bedeutet auch Zukunftssicherung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Noch zum Thema grüne Gentechnik, weil zu erwarten war, dass das kommt. Wenn Sie die BASF so gut kennen, schlagen Sie einfach die Webseite der BASF auf. Da können Sie sehr schön lesen, weshalb sich die BASF

dafür entschieden hat, die grüne Gentechnik in die USA zu verlegen und nicht in Deutschland zu halten. Erstens steht da, das Bundesverfassungsgericht hat die grüne Gentechnik als Hochrisikotechnologie eingestuft. Das ist ein Beweggrund gewesen. Der zweite Grund war, dass die Europäische Union mit ihrem „Honig-Urteil“ – so hieß das damals – Freilandversuche erheblich erschwert hat.

Weil die BASF in Europa das Gefühl hat – das hat sie auch immer zu uns gesagt –, dass das Thema grüne Gentechnik nicht so zu entwickeln ist wie in den USA, hat letztendlich die BASF die Entscheidung getroffen, diesen Bereich in die USA zu verlegen. Das heißt, das ist kein rheinland-pfälzisches Ding, das Sie uns ständig anhängen wollen, sondern das ist eine strategische Unternehmensüberlegung für Europa gewesen.

Dass wir uns in Deutschland generell – auch in Industriedialogen auf der Bundesebene – damit auseinandersetzen und auch auseinandersetzen müssen, was Forschung, Entwicklung und Industrie brauchen, um auch in der Zukunft in Deutschland agieren zu können, ist doch selbstverständlich. An diesem Dialog beteiligen wir uns konstruktiv. Das Letzte, bei dem wir – die Wirtschaftsministerin und ich – uns stark gemacht haben, war die Vorsprache beim Bundeswirtschaftsminister, als es um das Thema KWK und Eigenstromversorgung im Zusammenhang mit dem EEG ging. Ich glaube, dass wir sagen können, die BASF hat sich in diesem Bereich super entwickelt. Das gilt es weiter zu unterstützen.

Wir sind stolz auf die BASF. Wir sind sehr stolz darauf, dass sie an diesem Standort erfolgreich agiert. Als Landesregierung werden wir alles unternehmen, dass das auch in der Zukunft der Fall sein wird.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Schweitzer.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin aufgefordert worden klarzustellen, wie das historisch war. Ich muss aber mit Herrn Schlagwein einmal unter vier Augen besprechen, wie das mit Bayern und der Pfalz war.

Was ist denn die Herausforderung für ein Unternehmen wie der BASF? – Wir haben das bei der 150-Jahr-Feier gespürt. Das ist die Frage, ob der Standort, auf dem man ist, ein innovativer Standort ist. Diese Frage ist beantwortet. Sie wird bei der BASF täglich beantwortet. Dieses Unternehmen hält inzwischen über 110.000 Patente, die von Ludwigshafen, von Rheinland-Pfalz, von der Pfalz aus angemeldet wurden.

(Baldauf, CDU: Aber nicht wegen dieser Landesregierung!)

Meine Damen und Herren, so viel zu der Frage, ob dieses Unternehmen eine Zukunft hat. Diese Frage wird jeden Tag mit einem klaren Bekenntnis für den innovativen Standort unter Beweis gestellt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Eine weitere Frage, die sich aufdrängt, wenn man die Feier vom vergangenen Donnerstag in Erinnerung hat, ist, wo die Beschäftigten der Zukunft herkommen. Wir hatten den Eindruck, dass da ein internationales Unternehmen auftritt. Wir hatten den Eindruck, dass da ein sehr vielfältiges Unternehmen auftritt. Wir hatten den Eindruck, dass da ein Unternehmen auftritt, das genau weiß, wenn wir in Absatzmärkte der Zukunft vordringen wollen, brauchen wir die kulturelle Offenheit, die man womöglich in Rheinland-Pfalz findet, die man aber nicht überall in Deutschland findet, meine Damen und Herren.

Darum bin ich bei der Feier selbst angesprochen und gefragt worden: Wann kommt die Politik endlich mit dem Einwanderungsgesetz voran? – Meine Frage war: Haben Sie wirklich Zeitung gelesen? Die Politik? Hätte nur die Sozialdemokratie zusammen mit den GRÜNEN in Deutschland das Sagen, hätten wir schon ein Einwanderungsgesetz, das Unternehmen wie die BASF und andere brauchen. Es ist die CDU, die bremst, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer dann als Vorsitzende einer Partei, die in der Vergangenheit einmal einen Arbeitnehmerflügel hatte, den Aspekt der gewerkschaftlichen Mitbestimmung und ihrer Bedeutung für die Standortentscheidung von heute und morgen komplett ausblendet,

(Glocke des Präsidenten)

der hat wirklich die tatsächlichen Herausforderungen nicht verstanden. Es war mir wichtig, das in diesem Nachklapp noch einmal deutlich zu machen.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Kollegin Klöckner, bitte schön.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe fest davon aus, dass die Wirtschaftsministerin zu einem so wichtigen Wirtschaftsthema heute noch reden wird. Deshalb will ich die Wirtschaftsministerin auch zitieren. Sie sagte damals bei der Entscheidung – das steht im Plenarprotokoll vom 19. Januar 2012 –, als bekannt wurde, dass ein dreistelliger Millionenbetrag der Forschung in Euro in die USA abwanderte – Frau Wirt-

schaftsministerin Lemke, ich zitiere –: „Ich freue mich sehr über die Entscheidung der BASF (...).“ – Ich kann nur sagen: Ich freue mich nicht, wenn hier Arbeitsplätze und Zukunftstechnologie abwandern.

(Beifall der CDU)

Insofern hätte Herr Beck, der ehemalige Ministerpräsident, heute hier sicherlich eine andere Rede gehalten. Ich zitiere ihn. Er sagte: Wir können es uns nicht mehr leisten, die Gentechnik wie eine heiße Kartoffel vor uns herzuschieben. –

Ich habe ihm nicht oft recht gegeben. Aber da hat er recht gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Sie waren zwar eben auf die grüne Gentechnik vorbereitet, ich wundere mich aber, dass Sie nicht auf die Nanotechnologien vorbereitet waren. Sie sprachen eben davon, wir sprechen mit der BASF. Wir sind im Gespräch. Herr Bock hat mir an dem Nachmittag noch mehr gesagt.

(Schweitzer, SPD: Wer war denn dabei?)

– Herr Schweitzer, nur weil Sie nicht bei ihm saßen, dürfen Sie sich jetzt nicht ärgern. Jedenfalls ist es so gewesen, dass Herr Bock eines deutlich gemacht hat. Über das Nanotechnologie-Register, das Ihre Landesregierung über den Bundesrat eingebracht hat, haben Sie überhaupt nicht mit der BASF vorher gesprochen. Die BASF ist überrascht worden. Dann wurde es nachher ausgebessert. Man ist dankbar für andere Landesregierungen, die einem das dann wieder herausholen können.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, das ist doch der Weg gewesen.

(Beifall der CDU)

Eines ist wichtig. Da geht es um die Zukunft. Wie kann ein Industriestandort in Rheinland-Pfalz wirklich gedeihen?

(Glocke des Präsidenten)

Ein starker Industriestandort kann nur dort entstehen und sich auch halten, wo Unternehmen nicht per Definition eher finstere Gestalten sind, sondern wo ihnen Respekt und Achtung entgegenstößt, und zwar auch dann, wenn sie Anmerkungen haben, dass zum Beispiel ein Klimaschutzgesetz, der Wassercents und viele andere bürokratische Regelungen, die das Land trifft, nicht gedeihlich sind.

(Beifall der CDU)

Deshalb sage ich: Frau Ministerpräsidentin, im Gespräch sein ist gut, aber es reicht nicht das Erzählte, sondern es zählt das Erreichte.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Es spricht die Wirtschaftsministerin.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Klöckner, wenn Sie meinen, ich würde die ganze Rede, die die Ministerpräsidentin gehalten hat, noch einmal wiederholen, dann täuschen Sie sich.

(Baldauf, CDU: Sie können ja was zur Nanotechnologie sagen!)

Das war eine wunderbare Zusammenfassung der Haltung der Landesregierung, die ich nicht erörtern muss.

(Beifall der SPD)

Frau Klöckner, ich möchte aber doch feststellen, dass Sie, als Sie noch Staatssekretärin in Berlin waren, verboten haben, MON810 anzupflanzen, und die wissenschaftliche Begründung dafür geliefert haben, wie gefährlich die Gentechnik und wie scheinheilig die Politik der Bundesregierung ist. Das waren Ihre Worte gerade auch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte Sie zu dem Zitat, das Sie eben geliefert haben, doch noch einmal beim Wort nehmen. Ich freue mich sehr über die Entscheidung der BASF, die ich im Januar 2012 hier kommentiert habe, weil es um die Entscheidung ging, die TDI-Anlage zu bauen, 1 Milliarde Euro zu investieren und damit ein Bekenntnis zu diesem Standort abzugeben, wie die Ministerpräsidentin das eben geschildert hat. Darüber habe ich mich gefreut. Das betone ich auch zu jeder Zeit gern wieder.

Sie erwarten eine Klarstellung. Ich glaube, die muss man geben; denn das können wir nicht stehen lassen, was Sie fälschlich beschreiben. Unser Antrag im Bundesrat zur Nanotechnologie geht mit einer Weitsicht voraus und einher.

Das ist eine europäische Regelung zur Frage, wie das Register ausgestaltet sein wird. Genau darum drehte sich die Debatte im Bundesrat, nämlich wie sich die Bundesregierung dazu in Europa stellen soll und wird.

Ich möchte den kleinen Unterschied zwischen Ihrer Politik und der Politik der Landesregierung zu Wirtschaftsfragen darstellen. Wir diskutieren noch die Risiken und die Ängste, die die Bürgerinnen und Bürger haben, die sie der Politik als Aufgabe an die Hand geben, um Rahmen für neue Investitionen, Innovationen und die wissenschaftliche Ausrichtung zu schaffen.

Ich finde, das bedeutet auch Verantwortung in der Wirtschaftspolitik. Wenn Sie sagen, Hauptsache gib ihnen die Möglichkeiten, egal wie, dann sagen wir, es gibt Verantwortung, und die nehmen wir auch wahr.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, da die Landesregierung eine verlängerte Redezeit in Anspruch genommen hat, gilt nun, dass die Fraktionen noch einmal jeweils eine Minute Redezeit zur Verfügung haben.

Das Wort hat Frau Klöckner von der CDU-Fraktion.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Präsident, wir müssen etwas für unser Geld machen. Also nehmen wir die eine Minute auch in Anspruch, wenn Sie uns diese anbieten.

Die Frau Wirtschaftsministerin hat Daten und Zahlen vorgestellt. Sie haben vorhin draußen etwas ausgelegt. Es geht um das Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz. Wenn man sich die Seite Wirtschaftswachstum im Ländervergleich anschaut – Wirtschaft von 2014 –, belegt Rheinland-Pfalz den viertletzten Platz von allen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, ich denke, wenn man Zahlen präsentiert, sollte man auch wissen, welche Zahlen man draußen auslegt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Schweitzer, Sie haben das Wort.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In demselben Papier, das Sie, liebe Frau Kollegin Klöckner, ausschnittsweise zitiert haben, steht auch, dass der Industrieumsatz in Rheinland-Pfalz noch einmal gestiegen ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, warum Sie sich über die Leistungen der Industrieunternehmen in Rheinland-Pfalz so mokieren. Das ist wirklich ein starkes Stück.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie müssen auch sehen, dass wir einen Beschäftigungsaufwuchs haben und es erneut geschafft haben, im Netzwerk zwischen Industrie, Handwerk und handwerksnaher Dienstleistung erneut einen Beschäftigungsaufwuchs zu haben, der dazu führt, dass wir, seit Statistiken erstellt werden, niemals mehr Beschäftigte hatten als zurzeit in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, Sie sehen daran, dieser Wirtschaftsstandort ist innovativ. Er ist sozial ausgewogen und international erfolgreich, auch gemessen an

dem, was im Export von Rheinland-Pfalz aus erreicht werden kann. Ich denke, wir sollten dies gemeinsam würdigen und nicht versuchen, das uns aus parteipolitischen kleinkarierten Motiven sozusagen auszureden.

(Glocke des Präsidenten)

Es ist das, was die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz geleistet hat. Wir sollten gemeinsam darauf stolz sein.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Die Landesregierung hat das Recht, sich immer zu Wort zu melden. Das Parlament kann immer danach die Zeit in Anspruch nehmen.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich sehe mich leider gezwungen, eine Klarstellung herbeizuführen, damit das Zitat von Frau Klöckner nicht so isoliert dasteht. Wenn Sie Rheinland-Pfalz so darstellen, ist das falsch. Wir stehen im Gesamtvergleich der Wirtschaftskraft am dritten Platz der Bundesländer. Es geht ausschließlich um das Wachstum, die Veränderung des Bruttoinlandsproduktes eines Jahres zum Vorjahr.

Frau Klöckner, das ist eine isolierte Betrachtung, die davon zeugt, dass Sie offenbar die Wachstumsfragen nicht adäquat einschätzen können.

Deswegen weise ich gerne noch einmal darauf hin – um nicht Ihre Redezeit wieder zu verlängern –, dass Sie sich an dieser Stelle noch einmal genau ansehen, wie die innere Verteilung zustande kam. Sie werden feststellen, dass Rheinland-Pfalz eine Struktur hat, in der vor allen Dingen der Maschinenbau und natürlich auch Güter der chemischen Industrie als Ausgangsstoffe in den Export gegangen sind.

Was aber in dieser Republik geboomt hat, ist vor allen Dingen der private Konsum. Da wir von der Struktur des Landes relativ zu den anderen Bundesländern weniger Betriebe haben, die im Privatsektor Konsumgüter erzeugen, die dann auch umgesetzt worden sind, ist es an dieser Stelle zu dem Ranking gekommen, das Sie dort vorgestellt haben.

Sie können sich also nicht einfach eine Zahl herausnehmen und sagen, wir sind schlecht, sondern insgesamt im Vergleich gibt die Struktur des Landes immer noch den dritten Platz an Wirtschaftskraft im Bundesländervergleich her. Das ist eine tolle Leistung. Dazu können wir unseren Unternehmen gratulieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Köbler gemeldet. Er hat eine Redezeit von zwei Minuten in der zweiten Runde, dann die Minute von eben und jetzt noch einmal 40 Sekunden, insgesamt also drei Minuten und 40 Sekunden für Herrn Köbler, alle anderen jeweils 40 Sekunden. Das ist die Aufteilung.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, haben wir immer auch einen Dialog gepflegt, mit der BASF wie mit den Wirtschaftsunternehmen im Lande. Dieser ist immer zukunftsgerichtet, er ist im Sinne des Landes, er ist aber dort, wo es sein muss, auch kritisch.

(Unruhe bei der CDU)

Wir wissen, dass der Industriesektor ganz entscheidend wichtig ist. Wir haben das nicht nur in der Krise erlebt, was die Robustheit unseres Wirtschaftsstandortes und Arbeitsmarktes angeht, sondern wir wissen das auch aus ökologischen Gründen. Wir wollen nämlich Anreize dafür setzen, dass die Industrie hier effizient produziert und nicht irgendwo im Ausland zu ganz anderen Standards CO₂ in die Luft bläst und damit auch zum Klimawandel beiträgt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD –
Bracht, CDU: Was fangen Sie damit an?)

Frau Klöckner, das, was Sie hier vorgetragen haben, war die ideologische Mottenkiste der Wirtschaftspolitik.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei der CDU)

Sie führen immer noch den Kampf, Ökologie gegen Ökonomie zu stellen. Ich habe beim 150. Geburtstag der BASF ein ganz anderes Bild gewonnen. Dort hat die BASF nämlich ihre Zukunftsstrategie vorgestellt. Das war eine Innovationsstrategie.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SPD)

Sie haben nämlich erkannt, dass bei bald 9 Milliarden Menschen die Ressourcen immer endlicher werden und dass Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch eine ökonomische Herausforderung sind, und investieren dort zielgenau und zielgerichtet in Forschung, Entwicklung und in Realisierung.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich höre, dass im Hochbau in den USA beim Zement jetzt schon 20 % von einem ressourcenschonenden Zement, der von der BASF entwickelt wurde, kommen,

(Zurufe von der CDU)

dann ist das grüne Wirtschaftspolitik pur, die dieses rheinland-pfälzische Industrieunternehmen in den USA erfolgreich einsetzt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Das zeigt doch, Ökologie und Ökonomie sind längst kein Gegensatz mehr, wie Sie in den 80er-Jahren noch vermutet haben, sondern sie gehören zusammen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Was der Umwelt nützt, ist auch für die Wirtschaft auf Dauer von Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zu Frau Klöckner und meinen Gesprächen mit der BASF: Dort reden wir über die Dinge, bei denen wir übereinstimmen, Stichwort Eigenstromerzeugung, Stichwort Kraft-Wärme-Kopplung, bei denen wir Ihre Bundesregierung immer treiben müssen, dass sie nicht den Industriestandort Deutschland und Rheinland-Pfalz gefährdet, weil sie bei der EEG-Novelle und anderen Dingen gefährlich nahe dran waren, sondern dort reden wir auch über die kritischen Themen. Das ist doch gar keine Frage.

Aber die Rückmeldung ist immer eines. Die Industrie will eben eines: Verlässlichkeit. Verlässlichkeit in der Politik,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

eine Politik mit einer klaren Agenda, und nicht den Leuten nur nach dem Mund reden, so, wie Sie es immer tun, Frau Klöckner.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD –
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Deswegen hat die BASF auch eine klare Standortentscheidung getroffen und gesagt, mit dieser Landesregierung können wir diskutieren, mit ihr sind wir im Dialog, und ihr können wir vertrauen. Deswegen ist es gut für unsere Wirtschaft, dass Rot-Grün diese Landesregierung stellt und Sie von der CDU in der Opposition sind, die sich immer nur nach dem Wind dreht.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Präsident Mertes:

Es gibt eine weitere Wortmeldung des Herrn Kollegen Baldauf. Sie haben noch 40 Sekunden, die zählen aber erst, wenn Sie hier vorne sind.

Abg. Baldauf, CDU:

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Köbler, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit sind auch dann

gegeben, wenn man über Straßen und Brücken fahren und damit Wirtschaft ankurbeln kann.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

In 40 Sekunden lassen Sie mich noch einen Gedanken hinzufügen: Verlässlichkeit ist auch dann gegeben,

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

wenn man mit einem der größten Wirtschaftsstandorte auf dieser Welt ein Abkommen abschließt, das auch dazu führt, dass die Arbeitsplätze bei der BASF hier erhalten bleiben, die Produkte exportiert werden können und unser Wirtschaftsstandort gestärkt wird.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

TTIP können Sie einmal richtig unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Präsident Mertes:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Verantwortung übernehmen: humane
Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz,
Deutschland und Europa umsetzen!“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/4924 –

Frau Spiegel, bitte.

Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne Not entscheidet sich niemand dazu, seine Heimat und seine Familie zu verlassen. Ohne Not kommt keiner. Wer aber in Not ist, der soll kommen dürfen.

Viele Menschen sind in ihrer Heimat in so großer Not, dass sie sich auf die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer begeben. Sie suchen Schutz in Europa.

Allein in den letzten Tagen sind Hunderte, wenn nicht gar Tausende dabei vor der Festung Europa ertrunken. Ich bin fassungslos, wenn ich die Bilder dieser Katastrophe sehe, und es macht mich unglaublich wütend.

Frau Klöckner hat sich letzte Woche am Tag nach der schwersten Flüchtlingskatastrophe, die es je im Mittel-

meer gab, auf eine geschmacklose Art und Weise geäußert, die ihresgleichen sucht.

(Pörksen, SPD: Das ist wohl wahr! –
Frau Klöckner, CDU: Was ist das denn?)

Sie veröffentlichte auf Twitter einen Text, in dem sie weitere Abschiebungen in die sogenannten sicheren Herkunftsstaaten forderte.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Wie kann man so pietätlos und zynisch auf die Katastrophe im Mittelmeer reagieren?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Frau Klöckner, Sie maßen sich an, zwischen legitimen und illegitimen Flüchtlingen zu unterscheiden. Die Menschen hingegen haben deutschlandweit ihre tiefe Trauer über die Katastrophe zum Ausdruck gebracht. Frau Klöckner ist aber offensichtlich für ihren Populismus jede Gelegenheit recht.

(Zurufe von der CDU)

Hinter dem pseudomodernen Getue von Frau Klöckner steckt offenbar nichts anderes als die alte rechtskonservative CDU-Politik der Abgrenzung, meine Damen und Herren.

(Frau Elsner, SPD: So ist es!)

Frau Klöckners Idee, das Problem der Schlepperbanden ließe sich mithilfe von Polizei oder Militär in den Griff bekommen, ist ein Trugschluss.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Die Ergebnisse des EU-Sondergipfels sind enttäuschend. Sie bedeuten nur eine weitere Militarisierung des Grenzschutzes. Es sieht nicht so aus, als würde mit dem neuen Geld auch nur einem einzigen Boot geholfen, das noch vor der nordafrikanischen Küste in Seenot gerät. Die Abschottungspolitik der EU und der Bundesregierung geht unvermittelt weiter. Für die Schlepper ist das ein Millionengeschäft.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

Die einzig realistische Möglichkeit, ihnen ihre Geschäftsgrundlage zu entziehen, ist, den Flüchtlingen endlich legale Wege nach Europa zu eröffnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Unsere Aufgabe ist es nun, den Flüchtlingen in Not zu helfen. Wir GRÜNE fordern umfassende Maßnahmen zur Seenotrettung, und wir fordern die Fortführung des Programms Mare Nostrum. Wir brauchen dringend eine zivile europäische Seenotrettung.

Wir fordern eine EU-Außenpolitik, die sich ihrer Rolle in den Krisenländern bewusst ist und nicht mit eigenen

Exporten die lokalen Märkte kaputt macht. Wir fordern eine Außenpolitik, die nicht durch Waffenlieferungen zur Destabilisierung in den Krisenregionen beiträgt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD –
Unruhe bei der CDU)

Alle diese Forderungen werden von der CDU abgewiegelt. Es musste erst zu einer verheerenden Katastrophe kommen, bei der auf einen Schlag Hunderte von Menschen auf der Suche nach einer menschenwürdigen Existenz den Tod gefunden haben.

Während Frau Klöckner seit Monaten nichts Besseres zu tun hat, als inhaltlose, populistische Äußerungen zu tätigen und Schutzsuchende zu instrumentalisieren, arbeitet unsere Landesregierung mit Hochdruck daran, die Asylsuchenden, die zu uns kommen, vom ersten Tag an menschenwürdig aufzunehmen und sie in Rheinland-Pfalz willkommen zu heißen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir kümmern uns darum, dass die Menschen, die vor Krieg und Terror zu uns flüchten, hier Schutz finden und sich willkommen fühlen. Wir leben die Willkommenskultur, von der andere nur abstrakt faseln.

Wir arbeiten an konkreten Integrationsmaßnahmen und wollen den Flüchtlingen auf Augenhöhe begegnen. Die große Mehrheit der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zeigt sich solidarisch mit den Menschen, die in großer Not bei uns Zuflucht suchen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Kessel, Sie haben das Wort.

Abg. Kessel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Flüchtlingsselend auf dem Mittelmeer hat ein dramatisches Ausmaß erreicht. Wir alle sind betroffen, und Frau Klöckner hat es auch geäußert. Unmittelbar nach der Präsidentsitzung hat sie es mit der Kanzlerin ganz klar zum Ausdruck gebracht. Die Art und Weise, wie das jetzt hier dargestellt wird – – –

(Schweitzer, SPD: Ist Ihnen das
aufgetragen worden?)

– Das ist mir nicht aufgetragen worden, Herr Schweitzer. Das kann ich auch selbst so äußern, und das äußere ich auch hier.

Wir sind betroffen.

(Beifall der CDU)

Deutschland, die EU, wir alle dürfen angesichts dieser Ereignisse nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen verhindern, dass weitere Menschen im Mittelmeer zu Tode kommen. Migration darf keine Frage von Leben und Tod werden. Um dies zu verhindern, bedarf es eines

(Schweitzer, SPD: Und wie denn?)

– das werde ich Ihnen gleich sagen, Herr Schweitzer – konsequenten und vor allem solidarischen Handelns aller EU-Staaten.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Auf dem EU-Sondergipfel zur Flüchtlingspolitik wurden hierzu erste Schritte vereinbart. Unter anderem haben die Regierungschefs der 28 EU-Staaten beschlossen, die Mittel für die Seenotrettung unter Führung von Triton und Poseidon auf 9 Millionen Euro pro Monat zu verdreifachen sowie den Kampf gegen Schleuserbanden zu verstärken; denn um wirklich Erfolg zu haben, müssen die Europäer gegen die Hintermänner der Schlepperbanden und deren Logistik an Land vorgehen. Nur so kann man diesem zynischen Geschäftsmodell die Grundlage entziehen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Doch mit diesen Notmaßnahmen allein kann die Flüchtlingskrise nicht beigelegt werden. Um die Quadratur des Elends zu durchbrechen, brauchen wir eine europäische Gesamtstrategie, koordiniertes und solidarisches Handeln ist das Gebot der Stunde in Europa und für Europa. Dazu gehört eine Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern; denn solange die Fluchtursachen nicht bekämpft werden, wird der Flüchtlingsstrom nicht abnehmen.

(Pörksen, SPD: Da mach' mal einen Vorschlag!)

– Eine bessere Überwachung der Transitrouten – ein weiterer Vorschlag – sowie eine ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge in den Aufnahmeländern.

Da die Konflikte vor unserer Haustür anhalten werden, muss sich Europa über eine Neuausrichtung der Asyl- und Migrationspolitik Gedanken machen. Ist etwa das Dublin-System, nach dem ein Flüchtling in dem Land Asyl beantragen muss, in dem er zuerst europäischen Boden betritt, noch zeitgemäß? Wie steht es generell um die Aufnahmebereitschaft in einzelnen europäischen Aufnahmeländern? –

Der Ansturm von Flüchtlingen auf Europa verteilt sich sehr ungleich auf die einzelnen Länder. Im Jahr 2014 haben nach Angaben von Eurostat über 626.000 Personen in den EU-Mitgliedstaaten ein Asylgesuch gestellt. Das sind 44 % mehr als im Vorjahr. Fast ein Drittel der Gesuche wurde in Deutschland registriert. Es folgten Schweden mit 13 %, Italien und Frankreich mit je 10 %.

Langfristig wird sich die EU zu einem Quotensystem durchringen müssen, um eine faire Pro-Kopf-Verteilung der Flüchtlinge vorzunehmen. Wir haben in Europa eine gemeinsame Verantwortung für die Flüchtlinge, die zu uns kommen.

Meine Damen und Herren, Asyl- und Flüchtlingspolitik ist stets eine Gratwanderung zwischen humanitärer Verpflichtung und realpolitischen Gegebenheiten. Die Bereitschaft der Menschen im Land ist groß, Flüchtlingen, die in ihren Heimatländern um Leib und Leben fürchten müssen, zu helfen und hier eine sichere Bleibe zu geben. Diese Willkommenskultur ist eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung einer humanen Flüchtlingspolitik.

(Beifall der CDU)

Zu einer humanen Flüchtlingspolitik gehört, dass diejenigen, die die Flüchtlinge aufnehmen, sprich die Kommunen, auch die nötige Unterstützung von Land und Bund erhalten, um die großen Herausforderungen, vor welche sie durch den starken Anstieg der Flüchtlingszahlen gestellt werden, meistern zu können.

Zu einer humanen Flüchtlingspolitik gehört aber auch, dass die für die Aufnahme notwendigen Ressourcen zielgerichtet für die wirklich in Not geratenen Flüchtlinge eingesetzt und abgelehnte Asylbewerber zügiger und konsequenter in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Nur so gelingt es uns, dass das Asylrecht im Land bei steigenden Flüchtlingszahlen weiterhin eine hohe Akzeptanz behält. Nur so gelingt es uns, Ängste erst gar nicht aufkommen zu lassen und Ressentiments gegen Asylbewerber sowie Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern.

Wer die Hilfesuchenden mit offenen Armen aufnehmen will, muss sowohl die materiellen als auch die mentalen Voraussetzungen schaffen, um die Willkommenskultur in der Bevölkerung auf eine möglichst breite Basis zu stellen;

(Beifall bei der CDU)

denn nur so können wir unserer humanitären Verpflichtung in Rheinland-Pfalz, in Deutschland und in Europa nachhaltig gerecht werden.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Kollegin Sahler-Fesel.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Also Herr Kessel, so kenne ich Sie gar nicht. Das Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer führt uns auf schreckliche Art und Weise die Dimension des Flüchtlingsthemas vor Augen.

Aber wer die Seenotrettung einstellt, wer sich aus der Finanzierung verabschiedet, der musste miterleben, dass nach wie vor Tausende von Menschen lieber den Weg über das Mittelmeer suchen, mit allen Risiken, die dort herrschen, als in völlig aussichtsloser Lage in ihren Heimatländern zu verbleiben.

Eine unter den Mitgliedstaaten abgestimmte europäische Asylpolitik ist notwendiger denn je.

Selbstverständlich unterstützen wir auch, dass die Seenotrettung vonseiten Deutschlands mitfinanziert wird.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aber wir können nicht auf die EU warten, und Deutschland darf sich nicht hinter der EU verstecken. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ganz besonders den Dank an unsere Ministerpräsidentin aussprechen.

Sehr geehrte Frau Dreyer, auf Ihre Initiative hin hat die Kanzlerin für den 8. Mai zu einem Flüchtlingsgipfel eingeladen, von dem wir uns sehr viel versprechen. Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD –
Frau Klöckner, CDU: Ja klar! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Rheinland-Pfalz kann mit Stolz auf seine Bürgerinnen und Bürger schauen. Die hohe Akzeptanz für die Flüchtlinge, die Aufnahmebereitschaft und die Vielzahl der ehrenamtlichen Initiativen, Hilfsangebote und tatsächlichen Hilfen zeugen tagtäglich von gelebter Integration.

Herzlichen Dank an alle im Land Rheinland-Pfalz. Sie alle sind Rheinland-Pfalz.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das Land stellt sich gemeinsam mit den Kommunen der Aufgabe, eine humane, also eine menschliche Flüchtlingspolitik umzusetzen.

Herr Kessel, ich kann es nun wirklich nicht nachvollziehen, wie man hier sagt, wir sollten die Ressourcen doch bitte schön dahin setzen, wo tatsächlich Hilfe notwendig ist, bei den wirklich Hilfsbedürftigen, bei den wirklich Flüchtigen. – Das ist eine Entscheidung und eine Anmaßung, die ich mich niemals trauen würde; denn wer will denn hier sagen, der ist wirklich hilfsbedürftig, der ist nicht hilfsbedürftig, insbesondere wenn die Verfahren zur Feststellung dieser Hilfsbedürftigkeit, sprich des Anerkennens des Asyls, solange dauern. Stand letzter Woche – Sie haben es gehört – sind 200.000 Anträge nicht bearbeitet, weil der Bund das Personal nicht aufstockt.

Eine unserer Forderungen an den Bund ist, das Personal aufzustocken, damit die Anträge überhaupt einmal zügig bearbeitet werden können; denn sonst können wir überhaupt gar keine Aussage hier treffen, und die immer

gleichen Anwürfe der CDU-Fraktion entbehren jeder Grundlage, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir in Rheinland-Pfalz machen unsere Hausaufgaben, und zum Glück nicht erst, seitdem die CDU in Rheinland-Pfalz festgestellt hat, da gibt es doch ein spannendes Thema, sehr geehrte Frau Klöckner. Es war erst zum Jahreswechsel, da hat die Landesregierung schon längst hier gearbeitet,

(Frau Klöckner, CDU: Geschlafen!)

Sie war schon längst dabei, die Aufnahmekapazitäten zu erhöhen, die entsprechenden Integrationsprogramme laufen zu lassen, mit Landesgeld die Aufgabe des Bundes umzusetzen, zum Beispiel beim Spracherwerb, weil der Bund nur den Spracherwerb für anerkannte Asylbewerber mit den Integrationskursen finanziert.

Deshalb sage ich Ihnen, lassen Sie Ihre unhaltbaren Anwürfe, und arbeiten Sie mit uns gemeinsam daran, dass wir eine wirklich humane Flüchtlingspolitik umsetzen können.

Ich kann Ihnen aber auch nicht ersparen, die Verantwortung des Bundes in die Debatte mit einzubringen. Die Asylgesetze liegen alle beim Bund. Der Bund macht die Gesetze, und die Kosten teilen sich Land und Kommune. So ist der Weg.

Der Bund kann sich auch nicht mit einer Einmalzahlung aus der Verantwortung herausstellen und sagen, wir haben jetzt einiges an Millionen hineingegeben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dauerhaft an den strukturellen Kosten zu beteiligen, zum Beispiel an den Kosten der Unterkunft, die eine hohe Belastung darstellen. Hier kommt die immer wieder sinnvoll erhobene Forderung nach Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, weil damit automatisch die Kosten der Unterkunft auch im Sinne der Sozialgesetze beim Bund angesiedelt wären.

Ich habe vorhin schon auf den Spracherwerb hingewiesen. Der Spracherwerb, die Deutschkurse sind der Dreh- und Angelpunkt für eine gelingende Integration. Es kann nicht sein, dass das Land über den Europäischen Sozialfonds, aber nicht über den Bund dieser wichtigen Aufgabe nachgekommen ist. Also auch hier erhebe ich die Forderung, sich zu beteiligen.

Wir setzen große Hoffnung darauf, dass der Gipfel auf Bundesebene unsere Forderungen nicht nur hört, sondern auch unseren Forderungen nachkommt. Alles Weitere in der zweiten Runde.

(Glocke des Präsidenten)

Danke schön.

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Frau Ministerin Alt, bitte schön.

Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Europa lebt derzeit mit einer Schande – mit der Schande der Abschottungspolitik gegenüber den Flüchtlingen aus den Krisengebieten in der Welt.

Menschen ertrinken, Menschen werden weiter ertrinken, wenn Europa jetzt nicht handelt.

Wie könnte und sollte Europa handeln? – Die EU muss ein wirkliches Seenotrettungsprogramm auflegen. Der Beschluss des EU-Flüchtlingsgipfels von vergangener Woche, die Grenzschutzmissionen Triton und Poseidon stärker auszurüsten, geht nicht weit genug; denn die E.O.-Schiffe sind nach wie vor nur in europäischen Gewässern unterwegs. Schiffe, die zum Beispiel vor der libyschen Küste in Seenot geraten, laufen nach wie vor Gefahr zu sinken.

Wenn Europa nichts tut, dann werden dort weiterhin Flüchtlingsschiffe versinken.

Wir brauchen daher ein umfassendes Seenotrettungsprogramm für das Mittelmeer. Das ausgelaufene Programm Mare Nostrum war hier ein sehr guter Ansatz. Mare Nostrum bedeutet „Unser Meer“ und auf unserem an Europa angrenzendem Meer tragen wir Europäer Verantwortung.

Europa könnte mehr tun, und Deutschland könnte mehr tun. Eine aktuelle Umfrage der ARD zeigt, die Mehrheit der Deutschen ist dafür, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Die Mehrheit der Deutschen ist dafür, mehr Geld für weitere Rettungsschiffe bereitzustellen; denn die Bevölkerung sieht, vor welchem Leid die Menschen aus Syrien, aus dem Irak und aus Somalia fliehen, und die Bevölkerung sieht, dass unser Land dank seiner gewaltigen Wirtschaftskraft die Kapazitäten besitzt, um stärker zu helfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wir brauchen dringend legale Wege für die Flüchtlinge nach Europa. Eine Möglichkeit hierzu wäre, Flüchtlingen die Möglichkeit zu eröffnen, Botschaftsasyl zu beantragen. Auf diese Weise könnten sie schon außerhalb der EU einen Asylantrag stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage auch ganz deutlich, der Bund muss Voraussetzungen schaffen, dass die Asylanträge auch bearbeitet werden.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Kürzere Asylverfahren sind unter humanitären Gesichtspunkten unbedingt notwendig.

(Schweitzer, SPD: So ist das!)

Außerdem entlasten sie Länder und Kommunen organisatorisch und finanziell. Dafür braucht das Bundesamt

für Migration und Flüchtlinge so schnell wie möglich und dringend mehr Personal.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Der Hilferuf der Arbeitnehmerschaft des Bundesamts, der vor Kurzem durch die Presse ging, spricht hier Bände.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Flüchtlinge brauchen sichere und legale Wege, um nach Europa zu gelangen, ebenso brauchen auch die Arbeitsmigranten sichere und legale Wege, um zu uns einzuwandern. Daher brauchen wir unbedingt ein Einwanderungsgesetz in Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Flüchtlinge, die jetzt Gefahr laufen zu ertrinken, müssen wir handeln. Wir brauchen eine humanitäre Flüchtlings- und Asylpolitik auf der europäischen Ebene. Den Willen zu einer humanitären Flüchtlingspolitik, den Rheinland-Pfalz im Kleinen zeigt, sollte Deutschland und sollte Europa im Großen zeigen.

Rheinland-Pfalz hat bereits 2011 die Residenzpflicht für die Asylsuchenden abgeschafft. Rheinland-Pfalz hat einen Maßnahmenplan zur Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen aufgelegt. Rheinland-Pfalz hat seine Mittel für den Flüchtlingsbereich erheblich aufgestockt, und Rheinland-Pfalz hat mit der Landesaufnahmeanordnung für syrische Verwandte eine Möglichkeit geschaffen, durch die inzwischen mehrere Hundert Menschen aus dem Bürgerkriegsland Syrien in unserem sicheren Bundesland Rheinland-Pfalz Zuflucht gefunden haben.

Europa kann mehr. Wir brauchen dafür aber auch eine Reform bezüglich der Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten. Wir brauchen hier ein einheitliches System.

Derzeit unterscheiden sich die Aufnahmebedingungen und die Anzahl der aufgenommenen Flüchtlinge noch sehr stark.

Wenn Europa das Ertrinken der Flüchtlinge weiterhin stillschweigend hinnimmt, lädt sich die Europäische Union noch mehr Schuld auf. Heribert Prantl von der Zeitung „Süddeutsche Zeitung“ hat es vergangene Woche in einem Kommentar auf den Punkt gebracht – ich zitiere –: „Diese Union tötet“. Aber diese Union kann künftig viele Leben retten, wenn der politische Wille dafür da ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Frau Abgeordnete Spiegel, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland“ arbeitet momentan mit Hochdruck daran, Boote seetüchtig zu machen, um schon bald mit diesen ins Mittelmeer zu fahren, um dort die Flüchtlinge direkt vor Ort auf diese Boote zu bringen und ihnen sehr schnelle unbürokratische Hilfe zu ermöglichen.

Ich finde, das ist eine tolle Aktion, sie ist aber auch zugleich erschreckend; denn sie zeigt, dass zivile Kräfte helfen müssen, wo die Politik, die europäische Politik, nicht handelt, viel zu spät handelt und wegschaut.

Dennoch bin ich sehr dankbar, dass unter anderem Herr Professor Trabert von dem genannten Verein schon in einigen Wochen vor Ort im Mittelmeer sein wird, einem Verein, der ganz konkret seine Hilfe anbietet, um Menschenleben auf dem Mittelmeer zu retten, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Aber diese Maßnahmen können nur kurzfristig greifen. Mittelfristig muss Europa ein Umdenken in der Mentalität voranbringen.

Europa darf keine Festung sein, wir brauchen legale Möglichkeiten der Einreise nach Europa, beispielsweise über großzügige Aufnahmeprogramme, über Visaerteilungen und über Methoden der unkomplizierten Familienzusammenführung.

(Licht, CDU: Wenn das nicht reicht?)

Das Ziel muss sein, kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zu bündeln, damit keine unschuldigen Menschen mehr im Mittelmeer sterben müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen Menschen retten statt abschrecken, und wir müssen – da bin ich der Landesregierung mit ihren Bemühungen sehr dankbar – zugleich allen, die nach Europa, Deutschland und nach Rheinland-Pfalz kommen, gute Bedingungen bieten können.

Dafür sind alle Bemühungen der Landesregierung nicht ausreichend, solange sich der Bund weiter aus seiner finanziellen Verantwortung an dieser Stelle stiehlt.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile dem Kollegen Herrn Kessel das Wort.

Abg. Kessel, CDU:

Sehr geehrte Frau Spiegel, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Es bringt nichts, die Verantwortung hin- und herzuschieben, vom Land auf den Bund und vom Bund auf das Land. Ich könnte jetzt aufzählen, was der Bund im letzten Jahr alles gemacht hat.

(Frau Klöckner, CDU: Das langt nicht!)

Es sind einige Zahlen. Für 2015 und 2016 sind es eine Milliarde Euro.

(Beifall bei der CDU)

In Rheinland-Pfalz sind davon entsprechend 29 Millionen Euro angekommen und werden auch an die Kommunen durchgeleitet. Die helfen den Kommunen auch.

(Frau Anklam-Trapp, SPD: Die reichen aber nicht!)

Die reichen natürlich noch nicht, es gibt aber Bundesländer, drei an der Zahl in Deutschland, die die kompletten Kosten für ihre Kommunen übernehmen. In diesen Ländern läuft es wesentlich besser, als es bei uns läuft.

(Beifall der CDU)

Ich kann Ihnen aus meinem eigenen kleinen Stadtteil berichten, in Worms-Rheindürkheim sind insgesamt sechs Flüchtlingsfamilien untergebracht, darunter eine alleinerziehende Frau mit zwei Kindern aus Eritrea, eine Familie aus Syrien mit einem Kind und vier Familien aus Albanien mit jeweils zwei Kindern, die bei uns im Kindergarten untergebracht werden. Aber dies zeigt insgesamt symptomatisch, wo wir noch weitere Möglichkeiten haben, etwas zu verbessern, damit wir denjenigen, die tatsächlich verfolgt werden, auch entsprechend helfen können.

(Beifall der CDU –
Schweitzer, SPD: Es ist insgesamt
eine halbe Milliarde!)

– Eine halbe Milliarde für dieses Jahr und eine halbe Milliarde für das nächste Jahr, das ergibt eine ganze Milliarde für beide Jahre zusammen. – Nichts anderes habe ich gesagt, Herr Schweitzer.

(Beifall der CDU)

Sie haben auch nicht mehr über die 650 Stellen gesprochen, die beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingerichtet werden sollen. Ich gebe Ihnen insoweit recht: Es müssten mehr sein, damit die 200.000 nicht bearbeiteten Fälle aufgearbeitet werden können.

(Beifall der CDU)

Ich habe am vergangenen Freitag zusammen mit Frau Kollegin Beilstein und Frau Kollegin Thelen die Außenstelle Trier des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge besucht. Wir haben uns dort entsprechend informiert.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben versucht, Möglichkeiten aufzuzeigen, um die ganze Situation zu verbessern.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat nun Frau Kollegin Sahler-Fesel.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man muss einmal mit einer Mär aufräumen, was die Kosten anbelangt, die ein Bundesland für die Kommunen übernimmt. – Ja, Bayern übernimmt die kompletten Kosten, aber nur dann, wenn die Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Sobald sie aus den Gemeinschaftsunterkünften herauskommen, fallen die kompletten Kosten an die Kommunen, und es wird noch nicht einmal wie bei uns die Pauschale in Höhe von 513 Euro pro Person bezahlt. – Also, loben Sie es nicht zu sehr. Diese Umstellung würde Rheinland-Pfalz als Land richtig viel Geld bringen, weil die Kommunen in Bayern im Endeffekt unterm Strich mehr bezahlen, weil sie alles übernehmen, inklusive der kompletten Krankheitskosten, egal, wie krank die Menschen sind.

Zum Zweiten möchte ich zu Ihrer halben und Ihrer ganzen Milliarde sagen, ja, das sind diese Mogelpackungen des Bundes, eine halbe Milliarde für ganz Deutschland, wovon dann 24 Millionen Euro für ein Jahr in Rheinland-Pfalz ankommen. – Das ist alles richtig, aber zur Hälfte als Darlehen. Das heißt, die Bundesländer müssen dieses Geld zur Hälfte zurückzahlen. Obwohl das Land Rheinland-Pfalz von den insgesamt 48 Millionen Euro 24 Millionen Euro zurückzahlen muss und obwohl zweimal 4 Millionen Euro in den Umsatzsteueranteilen des Landes liegen, die sowieso Landesgelder sind, leitet Rheinland-Pfalz von den 48 Millionen Euro 29 Millionen Euro weiter, also wesentlich mehr, als es eigentlich vom Bund bekommt. Das muss man einfach einmal klarstellen. Aber das haben wir auch im Ausschuss schon mehrmals besprochen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Um noch einmal auf den Grundsatz zurückzukommen: Wir müssen wegkommen von der Abschottungs- und Abschiebepolitik der CDU. – Für Sie scheint das Motto zu gelten: Nur hohe Abschiebungszahlen bedeuten auch eine gute Flüchtlingspolitik. – Das ist völliger Käse. Wir müssen hin zu einer Politik für Flüchtlinge anstelle zu einer Politik gegen Flüchtlinge. Dafür brauchen wir das Einwanderungsgesetz, damit wir klare Regelungen haben.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Ich sage es noch einmal: Rückführungen sind bei den Ausländerbehörden wesentlich beliebter als Abschie-

bungen, und zuständig für die Abschiebungen sind die Ausländerbehörden und nicht das Land.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Präsident Mertes:

Damit ist das zweite Thema der Aktuellen Stunde beendet.

Wir kommen nun zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Industriestandort Rheinland-Pfalz nicht gefährden – ganzheitliches Verkehrskonzept für das Land entwickeln unter besonderer Berücksichtigung der Schiersteiner Brücke“ auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/4943 –

Als erster Redner hat Herr Kollege Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzten fünf Jahre Rot-Grün in diesem Land waren verlorene Jahre für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Dafür ist die Schiersteiner Brücke nur ein Beispiel. Wir könnten an dieser Stelle, wenn es um Infrastrukturmaßnahmen geht, auch genauso gut über die A 1 sprechen, wir könnten über Trier reden, sehr geehrter Herr Lewentz, wir könnten über die Mittelrheinbrücke reden, wir könnten über die Rheinbrücke bei Wörth reden. – Aber reden wir eben auch über die Schiersteiner Brücke.

(Beifall der CDU)

Rot-Grün steht für den Stillstand bei großen Infrastrukturprojekten im ganzen Land, wo noch nicht einmal das Geld für den Substanzerhalt reicht, aber eben auch hier in Mainz.

(Beifall der CDU)

Die Pendler standen von Fastnacht bis Ostern im Stau, weil Sie an der Vorlandbrücke herumgedoktert haben. Die Pendler stehen aber vor allem bis 2023 im Stau, weil Sie wider besseres Wissen den sechsspurigen Ausbau der Vorlandbrücke verschleppt haben.

(Beifall der CDU –
Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Auf Sicht werden wir für Lkw mit der Weisenauer Brücke nur eine einzige Autobahnbrücke im Rhein-Main-Gebiet

haben. Mit dieser verantwortungslosen Politik gefährden Sie den Standort Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Ausbaden müssen das am Ende aller Tage die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie bringen bestehende Arbeitsplätze in Gefahr, und neue Arbeitsplätze entstehen erst gar nicht.

(Beifall der CDU)

Die IHK beziffert den Schaden auf 1,4 Millionen Euro am Tag. Die Spedition Frankenbach – Sie kennen alle die großen Kräne am Rhein – kostet die Umleitungen und der tägliche Stau 30.000 Euro am Tag, das sind die Kosten nur für eine Firma.

Ich nenne Ihnen ein drittes Beispiel. Das Jahresergebnis des Baustoffhandels Köbig in Mainz – auch dieses Unternehmen feiert in diesem Jahr mit seinem 125-jährigen Bestehen ein Jubiläum – wird sich halbieren. Die Firma überlegt, im Rheingau zu investieren, weil sie ihre Kunden bedienen muss. Der Kunde braucht seine Ware, aber wegen vermurkster Straßenplanung kommt die Ware schlicht und ergreifend nicht an.

Die Mitarbeiter von Frankenbach, von Köbig wie auch von Firmen auf der anderen Rheinseite, beispielsweise BÄKO in Biebrich, sind schon um fünf Uhr morgens im Betrieb. Sie sehen morgens ihre Kinder nicht mehr, bevor sie aufstehen, und abends machen sie Überstunden, und wenn sie nach Hause kommen, sind ihre Kinder schon lange im Bett. – Trotz dieser Mehrarbeit können sie aber nicht all das kompensieren, was an Problemen im Bereich des Verkehrssektors auf ihren Unternehmen lastet. Die Aufträge brechen weg, Kunden wandern ab, Investitionen werden verschoben, oder – schlimmer noch – anderswo getätigt. Arbeitsplätze sind in Gefahr, und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall der CDU)

In Hessen läuft das anders. Sie können gerne einmal bei Herrn Verkehrsminister Tarek Al-Wazir und Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier in die Schule gehen. Das Schiersteiner Kreuz wird in diesem Jahr fertig, die Schiersteiner Brücke im nächsten Jahr, 2016. Insofern beweist der Bundesrechnungshofbericht eines, nämlich dass die von Ihnen seit 2011 im Munde geführte Variante „4 + 2“ im Bereich der Vorlandbrücke technisch einfach unmöglich ist und immer war. Das wussten Sie von Anfang an, und wider besseres Wissen haben Sie es behauptet.

(Beifall der CDU)

Sie haben es nur behauptet, um über die kommende Landtagswahl zu kommen.

Den Pendlern, der Wirtschaft, den Kommunalpolitikern in Mainz bis hinauf zu Herrn Oberbürgermeister Ebling, vor allen Dingen aber den Naturschutzverbänden haben Sie Sand in die Augen gestreut. Die Menschen haben gehofft, dass die Variante „4 + 2“ eine Alternative wäre. Frau Kollegin Ahnen hat sich für die „4 + 2“-Lösung

eingesetzt, und auch unsere ehemalige Kollegin Frau Brede-Hoffmann hat sich dafür eingesetzt.

(Schweitzer, SPD: Und Herr Kollege Schreiner auch!)

Auch viele Menschen aus der CDU haben sich für „4 + 2“ eingesetzt, weil sie gedacht haben, es wäre eine Alternative. – Es war aber nie eine Alternative, und Sie wussten das, Herr Lewentz. Sie haben den Menschen und allen voran den Naturschutzverbänden Sand in die Augen gestreut.

(Beifall der CDU)

Wir haben es vorhin diskutiert: Die Wirtschaft freut sich, wenn Sie kommen und den Unternehmen zum Geburtstag Glückwünsche überbringen. Die Wirtschaft erwartet aber vor allen Dingen eines: Die Wirtschaft erwartet, dass Sie als Landesregierung eine moderne Infrastruktur garantieren. Insofern waren die letzten fünf Jahre der vergangenen Legislaturperiode verlorene Jahre für Rheinland-Pfalz. Rot-Grün hat sich zwischen Nürburgring und Schiersteiner Brücke verfahren. Rot-Grün hat zwischen Nürburgring und Schiersteiner Brücke schlicht und ergreifend die Orientierung verloren.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Sie haben sie noch nie gehabt!)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Ich begrüße Vertreterinnen und Vertreter der Türkischen Gemeinde Rhein-Neckar e.V. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren darf ich Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Wilhelm-Hofmann-Gymnasiums St. Goarshausen begrüßen. Seien Sie ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile nun Frau Kollegin Schmitt von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Schmitt, SPD:

Vielen Dank! Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag der CDU-Fraktion heute ist ein eindeutiger Beweis für ein ziemlich durchsichtiges und – ich sage es einmal so – schlechtes Wahlkampfmanöver.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe der CDU: Oh!)

Sie missbrauchen – das hat der Kollege Schreiner eben wieder getan – diesen auch aus unserer Sicht bedauerlichen

Baustellenunfall an der Schiersteiner Brücke, um Ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen und die Legende zu stricken, Rot-Grün könnte keine Infrastrukturpolitik.

(Licht, CDU: Das ist doch keine Legende!
Hören Sie doch nur einmal, was Ihr
ehemaliger Landrat sagt!)

– Herr Kollege Licht, das ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Sie haben gestern im Ausschuss gehört, dass auch die Mainzer CDU die „4 + 2“-Lösung aus guten Gründen mit vertreten hat. Also tun Sie nicht so scheinheilig, und bleiben Sie bei der Wahrheit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Sie versteigen sich heute mit der Überschrift Ihres Antrags in der abstrusen Behauptung, wir gefährden den Industriestandort Rheinland-Pfalz.

(Bracht, CDU: So ist das!)

– Herr Kollege Bracht, wenn Sie zugehört hätten, so wüssten Sie, die Debatte heute Morgen hat ganz deutlich gezeigt, wo wir mit diesem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz stehen.

(Bracht, CDU: Trotz SPD und GRÜNEN!)

Sie haben die Zahlen gehört, die die Industrie, das Handwerk und die Arbeitslosenquote angehen. Ich sage Ihnen noch einmal etwas. Was auch wesentlich dazu beiträgt, ist unsere gute Infrastruktur, die wir hier im Land mit einem nachhaltigen Konzept aufgebaut haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Infrastrukturpolitik ist in Rheinland-Pfalz ein ganz wichtiger Investitionsschwerpunkt. Trotz Schuldenbremse – die haben Sie doch alle mitgetragen – haben wir im Bereich des Straßenbaus im vergangenen Doppelhaushalt sogar noch einmal etwas obendrauf gelegt.

Herr Kollege Bracht, wir stimmen uns natürlich auch eng mit der Wirtschaft ab. Weshalb stehen wir denn mit der Industrie- und Handelskammer gemeinsam in Wörth vor Ort und sagen, diese Brücke brauchen wir? Weshalb haben wir sie denn für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet?

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Schweitzer, SPD: So ist das!)

Weil wir auf unseren Industriestandort setzen.

(Bracht, CDU: Sie müssen den Rechnungshofbericht einmal lesen!)

Sie wissen, Rheinland-Pfalz ist ein Transit- und Pendlerland mit ganz hervorragenden Voraussetzungen. Sonst hätten wir nicht diese Wirtschaftsdaten.

Herr Innenminister, wir haben ein gutes und ganzheitliches Verkehrskonzept, in dem alle Verkehrsträger eine Rolle spielen. Das wissen Sie. Ich brauche die Bereiche

jetzt nicht aufzuzählen. Sie wissen, was wir gerade im Bereich der Güterverkehrslogistik machen. Wir haben ein Logistikkonzept mit fünf Güterverkehrszentren im Land, mit zwölf Binnenhäfen, um den umweltgerechten und auch effizienten Transport mit Gütern zu organisieren. Was tut die CDU? Wenn es wirklich darauf ankommt, uns bei unseren Bemühungen um den Ausbau der Moselschleusen zu unterstützen, kommen Sie unter dem Strich zu keinem Ergebnis.

(Pörksen, SPD: Dann tauchen Sie in die Mosel ab!)

Sie unterstützen das Landesinteresse nicht wirklich. Von den Dobrindtschen Mautplänen möchte ich einmal gar nicht reden. Das ist wirkliche Wirtschaftsgefährdung in den Grenzregionen. Also tun Sie etwas, dass dieses unselige Konzept nicht in Kraft tritt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Noch eines: Tun Sie endlich auch etwas dafür, dass wir bei den Regionalisierungsmitteln vorankommen; denn das ist ein wirkliches Investitionsrisiko. Für Tausende von Pendlerinnen und Pendlern hier im Land hieße das, dass sie eben nicht mehr kostengünstig zu ihren Arbeitsplätzen kommen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, der Bund ist an vielen Stellen im Bereich der Infrastrukturfinanzierung in einer Schlüsselposition. Frau Kollegin Klöckner, deswegen wäre es gut, wenn Sie uns dabei wirksam unterstützen würden, statt auf Bluff und Populismus zusetzen.

Eines noch zu dem Konzept der CDU im Land, weil der Herr Kollege Bracht gerade eben so lacht und in so aktiver Unterhaltung mit der Kollegin Klöckner ist.

(Frau Klöckner, CDU: Wenn es interessanter wäre!)

Herr Kollege Bracht, Sie haben jahrelang im Haushalts- und Finanzausschuss immer dann, wenn es darauf ankam, nie einen eigenen kostenwirksamen Antrag zur Finanzierung gestellt.

(Frau Klöckner, CDU: Märchen!)

– Nein, das ist kein Märchen. Sie können die Protokolle nachlesen. Sie haben nie einen Antrag für zusätzliche Mittel zur Verkehrsfinanzierung gestellt. Im letzten Doppelhaushalt haben Sie ein schlappes Milliönchen obendrauf legen wollen. Das ist angesichts Ihrer Katastrophenmeldung ziemlich lächerlich.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Pörksen, SPD: Das stimmt!)

Dann haben Sie noch haushaltswidrig gesagt, wir schieben Regionalisierungsmittel in den kommunalen Bereich um.

(Bracht, CDU: Wer hat denn hier die Verantwortung? Haben wir die oder ihr? Ihr habt sie! – Staatsminister Lewentz: Ihr kriegt sie auch nicht!)

Wissen Sie, das ist schlechtes Handwerk, das ist auch nicht Regierungsfähigkeit. Das wissen Sie ganz genau.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Unterstützen Sie Rheinland-Pfalz in seiner nachhaltigen und ganzheitlichen Verkehrspolitik.

(Glocke des Präsidenten)

Das würde dem Land wirklich weiterhelfen.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bracht, CDU: Nur Ihre Politik nicht!)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Kollegin Blatzheim-Roegler, Roegler-Blatzheim, Entschuldigung.

(Heiterkeit im Hause – Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war schon richtig!)

Der Herr Innenminister hat mich ein wenig durcheinandergebracht. Frau Blatzheim-Roegler, ich erteile Ihnen also für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Danke schön. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schreiner hat – da muss ich Ihnen zustimmen – zu Recht ein Lob an den hessischen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir ausgesprochen, wahrscheinlich, weil Herr Schreiner weiß, dass das Konzept „Staufreies Hessen“ bedeutet, dass bei über 80 km der hessischen Autobahnen die Seitenstreifen dann benutzt werden, wenn es der Verkehr erfordert. „Staufreies Hessen“ ist also „4 + 2“, und das funktioniert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern können Sie noch etwas von ihm lernen.

Als ich die Überschrift Ihrer Aktuellen Stunde gelesen habe „Industriestandort Rheinland-Pfalz nicht gefährden – ganzheitliches Verkehrskonzept für das Land entwickeln unter besonderer Berücksichtigung der Schiersteiner Brücke“ habe ich gedacht, Sie schaffen es auch irgendwie immer, so krude Titel hinzubekommen, dass man überhaupt nicht weiß, worauf Sie überhaupt Wert legen. „Industriestandort Rheinland-Pfalz“ war eigentlich schon der vorletzte Tagesordnungspunkt.

Zu dem Thema, ein ganzheitliches Verkehrskonzept zu entwickeln, haben wir bisher von Ihnen wirklich noch nichts gehört. Dies soll unter besonderer Berücksichtigung der Schiersteiner Brücke erfolgen. Nun ja, ich muss sagen, Mainz ist natürlich wichtig, und die Schiersteiner Brücke ist sehr wichtig für das Rhein-Main-

Gebiet. Aber jetzt alles an dieser Schiersteiner Brücke aufhängen zu wollen, da frage ich mich, warum nehmen Sie denn nicht eine Brücke beispielsweise im Landkreis Trier und schauen dorthin? Herr Schreiner, ich habe aber das Gefühl, über die Schiersteiner Brücke hinaus können Sie mit Ihren infrastrukturpolitischen Augen nicht schauen. Das ist allerdings zu wenig, um Infrastrukturpolitik für Rheinland-Pfalz benennen zu können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Frau Schneider, CDU: Das sagen
jetzt ausgerechnet Sie!)

Die Verkehrsministerkonferenz hat schon vor drei Jahren festgestellt – ich gebe da gerne noch einmal Nachhilfe –, dass bundesweit allein für den Erhalt und die erforderliche und nachholende Sanierung ein Finanzbedarf von mindestens 7,2 Milliarden Euro besteht. Der Bund hat zwischenzeitlich selbst angekündigt, dass angesichts der erforderlichen Sanierungen im Bestandsnetz derzeit keine großen Spielräume für den Neubau von Bundesfernstraßen vorhanden ist.

Der Bund – es war noch die schwarz-gelbe Bundesregierung – hat zwölf Kernpunkte für die Konzeption des neuen Bundesverkehrswegeplanes aufgestellt. Einer dieser Punkte zielte genau auf „4 + 2“ ab. Ich kann Ihnen das auch gerne vorlesen. Dieser Kernpunkt heißt: Vorhandene Infrastruktur besser nutzen. Der Bundesverkehrswegeplan bezieht nunmehr alternative kapazitätssteigernde Maßnahmen systematisch in seine Prüfungen ein. –

Da sind wir schon bei den drei guten Gründen, warum „4 + 2“ für diese Region eine gute Alternative ist. Den ersten habe ich genannt: Empfehlungen des Bundes.

Das Zweite ist das Ergebnis einer breiten Bürgerbeteiligung mit nicht nur runden Tischen, sondern mit eindeutigen Stadtratsbeschlüssen. Herr Schreiner, auch Sie sind Mitglied der CDU-Fraktion im Stadtrat Mainz. Ihnen dürfte doch diese Abstimmung nicht entgangen sein. Natürlich haben wir die lokalen Gremien mit einbezogen.

Ich möchte einen dritten Punkt nennen, der Ihnen als CDU eigentlich wirklich sehr gefallen müsste. Wir sind dafür, für solche Baumaßnahmen zügig Baurecht zu schaffen. Genau die zwei Gründe, die ich zuvor genannt habe, hätten das möglich gemacht. Aber die Politik des CSU-Bundesverkehrsministers ist eine in Beton gegossene Politik mit der Brechstange. Er hat die Weisung gegeben, dass diese guten Konzepte hier nicht umgesetzt werden sollen,

(Schreiner, CDU: Weil es technisch nicht geht!)

eine Weisung an das Land Rheinland-Pfalz.

Letztendlich schadet Ihre Politik, Herr Schreiner und Frau Klöckner, der Wirtschaft und den Pendlerinnen und Pendlern;

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

denn jetzt ist mit Verzögerungen unserer Pläne zu rechnen. Das heißt, es wird länger dauern.

Wir konzentrieren uns mit unserem Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen – das haben wir beim letzten Haushalt bewiesen – auf den Erhalt des bestehenden Straßennetzes, weil wir die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz mobil und zukunftsgerichtet halten möchten.

(Seekatz, CDU: Ohne Straßenneubau?)

Wenn wir über Infrastruktur und Verkehrspolitik reden, dann spielen im Gegensatz zu Ihren Aussagen Wasserstraßen und Schiene eine tragende Rolle. Dazu hätte ich auch gern einmal etwas von Ihnen gehört.

Aber Ihr Bundesfinanzminister Schäuble ist es doch, der derzeit bei der Einigung über die Regionalisierungsmittel absolut blockt. Wissen Sie, was das heißt? Sie können Herrn Dr. Geyer, der Chef des SPNV-Nord fragen. Wenn die Regionalisierungsmittel nicht endlich fließen, dann wird im November der Rheinland-Pfalz-Takt ein Problem haben, das heißt, Abbestellung.

(Glocke des Präsidenten)

Mehr in der nächsten Runde. Herr Schreiner, ich habe Ihnen noch viel zu sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Staatsminister Lewentz.

Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Verehrter Herr Präsident! Lassen Sie mich zunächst einmal Hallo zu den Schülerinnen und Schülern der Klasse 10 des Wilhelm-Hofmann-Gymnasiums in St. Goarshausen sagen. Das ist meine alte Schule. Grüßt bitte Herrn Schornick. Wenn es heute Abend lange geht und ihr Jule und Thomas vor mir seht, grüßt sie morgen in der Pause.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es Ziel der Aktuellen Stunde sein sollte, das Bild eines vernachlässigten Industriestandortes Rheinland-Pfalz zu zeichnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dann ist das zum Scheitern verurteilt. Es muss schiefgehen, weil dieses Bild nicht der Realität entspricht, Herr Schreiner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz verfügt insgesamt über eine funktions- und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Wie sonst wäre es trotz Ihrer behaupteten Defizite zu erklären,

dass die rheinland-pfälzische Wirtschaft so gut da steht, wie das der Fall ist?

Ich will Ihnen einige Punkte sagen, die die Stimmung im Land prägen. Sie wissen, wir wissen es alle, und man darf es mit Stolz erwähnen, der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz liegt seit vielen Jahren konstant auf Platz 3 der Arbeitslosenstatistik.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Lieber Herr Schreiner, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Hessen liegt deutlich hinter uns, dauerhaft hinter uns. Ihr großes Vorzeigeland liegt dauerhaft hinter uns.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Ich will Ihnen fünf Wirtschaftsdaten nennen:

1. Rheinland-Pfalz ist wirtschaftsstark. In fünf Jahren hintereinander hat die rheinland-pfälzische Exportwirtschaft den Wert ihrer Ausfuhren gesteigert, zuletzt binnen Jahresfrist um 3,4 % auf 48,1 Milliarden Euro. Wir liegen damit auf Platz 2 im Ländervergleich.

2. Auch das Handwerk in Rheinland-Pfalz beendete das Jahr 2014 mit einem Umsatzplus. Sie scheinen es nur ungern hören zu wollen. Die Umsätze 2014 sind gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gestiegen.

3. 10,5 % weniger Insolvenzen.

4. Im Bereich Tourismus, um ein Datum zu nennen, das sicherlich auch etwas mit Verkehrsinfrastruktur zu tun hat, gab es 2014 mit 9,1 Millionen Übernachtungsgästen einen neuen Rekord.

5. Die Umsätze der Industrie und die Exportquote erreichten im Jahr 2014 einen Rekordwert. Das ist gerade so von unserer Wirtschaftsministerin bekannt gegeben worden.

Wir haben einen deutlichen Zuwachs im Industrieumsatz auf 85,3 Milliarden Euro. Was ist daran Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz, frage ich mich.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich habe eben über die Stimmung im Land gesprochen und was die Stimmung prägt. Ich glaube, ein Beweis dafür, dass sich Menschen in Rheinland-Pfalz nicht nur wohl fühlen – das sagen 87 % unserer Bürgerinnen und Bürger –, sondern hier auch ihre Zukunft sehen, kann man in der zweithöchsten Wohneigentumsquote in der Bundesrepublik ablesen. Keiner würde investieren, wenn man in seinem Heimatland keine Zukunft sieht. Das ist in Rheinland-Pfalz vollkommen anders.

Wir können Sie an unserer Seite gut gebrauchen. Die Stichworte sind genannt worden. Dazu gehören z.B. die Moselschleusen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Ihr Bundesverkehrsminister immer noch der Meinung ist, wir

könnten bis 2038 brauchen, bis die Durchgängigkeit der Mosel erreicht ist.

(Bracht, CDU: Machen Sie mal Ihre Hausaufgaben!)

Herr Bracht, die Durchgängigkeit der Mosel ist für die rheinland-pfälzische und deutsche Wirtschaft enorm wichtig.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben für den Bundesverkehrswegeplan mit Blick auf die Bundeswasserstraße Rhein Vertiefungsmaßnahmen angemeldet, weil der Rhein Synergieeffekte hat. Eine Verdoppelung der Tonnage ist dort möglich. Von 220 Millionen Tonnen kann es bis in Richtung Verdoppelung gehen. Da könnten wir Sie an unserer Seite gebrauchen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich will die Alternativstrecke für die Eisenbahn im Mittelrheintal nennen. Da könnten wir Sie an unserer Seite gebrauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Schmitt und Frau Blatzheim-Roegler haben das Notwendige zu den Regionalisierungsmitteln gesagt. Als das Thema schon einmal im Landtag Thema war, haben Sie uns, Frau Klöckner, erzählt, Sie hätten mit Herrn Finanzminister Schäuble gesprochen, das wäre alles geregelt. Nichts ist geregelt, gar nichts ist klar. Es gibt keine Verlässlichkeit des Bundes.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das wäre Ihre Aufgabe. Hier hätten wir Sie gerne an unserer Seite.

Sie wissen, dass wir für den Bundesverkehrswegeplan Maßnahmen von 3 Milliarden Euro insgesamt angemeldet haben. Auch hier hätten wir Sie gerne an unserer Seite.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass wir im Jahr in unsere Straßen, Bundesstraßen, Landesstraßen, Kreisstraßen, aus dem Etat des Innenministeriums, des Infrastrukturministeriums rund 500 Millionen Euro investieren. Wir nehmen vom Bund deutlich mehr Geld ab als Landesquote ist.

Ihr Generalsekretär war mit mir beim Tag der rheinland-pfälzischen Bauwirtschaft. Das war eine sehr spannende und interessante Veranstaltung. Ich glaube, die Stimmung bei der Bauwirtschaft – so haben sie es selbst zum Ausdruck gebracht – ist deswegen so gut, weil wir sehr positive Daten vermelden können. Das Bauhauptgewerbe verbuchte einen kräftigen Zuwachs, im letzten Jahr 4,3 %, und erreichte damit einen neuen Rekordwert. Insbesondere öffentliche Auftraggeber, so sagt die Statistik, leisteten mit höheren Ausgaben für Tiefbauleis-

tungen, plus 7,4 %, und für den Straßenbau, plus 4,5 %, einen positiven Beitrag zur Entwicklung. Also auch an der Stelle ist die Landesregierung, ist das Land Rheinland-Pfalz verlässlicher Partner unserer Industrie und Wirtschaft im Land.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Schiersteiner Brücke haben wir in den letzten Wochen enorm viel diskutiert. Wir haben unsere Meinungen oftmals ausgetauscht. Wir sind alle der Meinung, dass dieses Baustellenunglück große Auswirkungen für diese Region hat. Es hat schwere Auswirkungen für die Wirtschaft in der Region. Deswegen war es mir ein großes Anliegen, mit den Kammern, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, den Verbänden der Logistik und den betroffenen Firmen permanent im Gespräch zu sein. Ich glaube, es war eine starke Leistung, sehr schnell die Pkw-Fähigkeit bis 3,5 Tonnen der Schiersteiner Brücke wieder herzustellen.

Wir haben uns nie damit abgefunden, was in Leverkusen, Duisburg, in Norddeutschland offenkundig Abfinden bedeutet, zu sagen, dann dauert das lange Zeit, bis die Lkw-Fähigkeit wieder hergestellt werden kann. Wir haben den LBM sofort parallel beauftragt zu planen, wie bekommen wir Lkw-Fähigkeit auf die Schiersteiner Brücke, weil wir die Sorgen und Nöte der hiesigen Wirtschaft genau im Blick haben. Sie haben das, was uns vorschwebt, am Montag der Wirtschaft vorstellen können. Sie hat uns gedankt, dass sie eng eingebunden waren und wir sie dauernd informiert haben.

Da Sie mir eine Wertung nicht glauben würden, will ich Ihnen die Stimme der Wirtschaft, die IHK Rheinhessen, vortragen. Sie haben unter der Überschrift „Zeitvorgabe schafft vorläufige Planungssicherheit“ in einer Pressemeldung formuliert: Diese Ankündigung – ich zitiere – des rheinland-pfälzischen Infrastrukturministers Roger Lewentz werten die Präsidenten der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, Dr. Engelbert Günster, und der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, Dr. Christian Gastl, als wichtiges Signal an die Wirtschaft. –

Das ist ein wichtiges Signal, weil sie verlässlich wissen und davon ausgehen können, wann Lkw-Verkehre auf der Schiersteiner Brücke wieder möglich sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch einen Sprung machen, weil ich Angst habe, dass Diskussionen, die der Bundesrechnungshof in Würth eingebracht hat, uns dort vielleicht Schwierigkeiten bereiten könnten. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, die Landesregierung hat ganz bewusst diese zweite Brücke angemeldet. Wir wissen um die Notwendigkeit. An der Stelle ist es alles, aber garantiert keine Schelte des Bundesrechnungshofes, wenn ich sage, hier haben wir eine völlig andere Auffassung und wir sind der festen Überzeugung, dass diese Brücke notwendig ist.

Also, die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ist in einem sehr, sehr guten Zustand, Frau Wirtschaftsministerin. In Rheinland-Pfalz lebt man gut. Die Menschen sind hier sehr zufrieden. Ich glaube, all das, was Sie an Stimmung zu erzeugen versuchen, greift nicht. Ich bin froh, und das ist auch richtig so.

Danke.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat der Kollege Licht für die CDU-Fraktion, und zwar hat die CDU-Fraktion zwei Minuten mehr Redezeit, also vier Minuten, und SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insgesamt zwei, also jeweils eine Minute mehr, also CDU vier Minuten, SPD drei Minuten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch drei Minuten. Bitte schön.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Eines wollen wir noch einmal deutlich machen und auch festhalten: Gute Verkehrspolitik ist elementarer Baustein eines Industrielandes. Wenn man das so sieht und das auch so kennzeichnet, dann gehört es dazu, dass man sich in einer guten Verkehrspolitik für seine Straßen einsetzt, sie plant, sie zeitig umsetzt und dafür sorgt, nach Möglichkeit dort, wo es Engpässe gibt, sie frühzeitig zu erkennen und sie dann auch nicht zum Stau werden zu lassen.

(Frau Schmitt, SPD: Macht der LBM bei uns!)

Meine Damen und Herren, man muss deutlich machen, dass, wenn wir über gute Verkehrspolitik reden, das dann bedeutet, dass wir es bei den Dingen, die Herr Schreiner eben genannt hat, bei den Verkehrsprojekten B 10, A 1, Trier,

(Frau Schmitt, SPD: Angemeldet!)

Mittelrheinbrücke mit Blockadehaltungen von Rot-Grün zu tun haben.

(Beifall der CDU)

Darum ist es schon klar und deutlich und auch sinnvoll zu sagen, dass diese fünf Jahre Rot-Grün in der Verkehrspolitik von Rheinland-Pfalz verlorene Jahre sind, meine Damen und Herren

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Frau Schmitt, SPD: Märchenbildung!)

Ich könnte symbolträchtig die Mittelrheinbrücke nennen, aber wir nennen heute und diskutieren heute symbolträchtig über die Schiersteiner Brücke, meine Damen und Herren, um dabei im Konkreten die Finger in die Wunde zu legen, wo es Versäumnisse bei Ihnen gab und gibt, die auch in der Sonderausschusssitzung noch einmal zutage getreten sind. Das ist nicht nur unser gutes Recht, das ist unsere Pflicht, meine Damen und Herren, um Sie wieder auf den richtigen Pfad zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben mit dem Land Hessen einen Vertrag abgeschlossen, sechsspurig zu planen. Sie haben nie diesen

Vertrag aufgekündigt, und im Ausschuss mussten Sie zugeben, dass Sie diesen Vertrag ja jetzt eigentlich wieder aufleben lassen müssen.

(Pörksen, SPD: Es gibt überhaupt keinen Vertrag! –
Frau Schmitt, SPD: Sie verdrehen die Tatsachen!)

Sie haben im Ausschuss erkennen müssen und auch wiederum uns mitteilen müssen, dass Sie zweimal von der Bundesregierung angewiesen worden sind, bei der sechsspurigen Ausbauplanung zu bleiben. Sie haben sich immer wieder nicht daran gehalten.

Sie haben darum Planungsversäumnisse so richtig deutlich werden lassen. Es ist auch Aufgabe der Opposition, Ihnen deutlich zu machen, wo diese Planungsversäumnisse sind, indem Sie das in Ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, der Sie, die Sozialdemokraten, zu einem anderen Weg gezwungen hat und den Sie aber nicht öffentlich eingestehen wollen.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie hier immer wieder diese 7,2 Milliarden Euro nennen, die insgesamt im Bund fehlen, dann müssen Sie deutlich machen, dass die ganzen Verkehrsträger damit gemeint sind. 4,7 Milliarden Euro Straße bedeuten nicht nur Straßen des Bundes, sondern die Daehre-Kommission hat deutlich gemacht, dass dazu Landesstraßen und Kreisstraßen gehören, also auch Ihre exakte eigene auch finanzielle Verantwortung dazugehört.

Bei 18.000 Kilometer Straßen im Land Rheinland-Pfalz sind es immerhin über 7.000 Kilometer Landesstraßen und über 7.000 Kilometer Kreisstraßen, die Sie in Ihrer Verantwortung auch instand halten müssen.

Wenn wir insgesamt über Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz reden, dann müssen wir deutlich machen – ja, Sie nennen wieder schön theatralisch die Zahlen –, über 500 Millionen Euro werden eingesetzt. Meine Damen und Herren, dann müssen Sie wissen, dass davon mittlerweile über 400 Millionen Euro Bundesmittel sind

(Beifall bei der CDU –
Staatsminister Lewentz: Das stimmt ja nicht!)

und dass Ihre Mittel zurückgefahren wurden. Noch nicht einmal 70 Millionen Euro im Schnitt der letzten Jahre haben Sie für die Instandhaltung der Landesstraßen einsetzen können.

(Frau Schmitt, SPD: Falsche Zahlen!)

Noch nicht einmal diese 70 Millionen, obwohl es Gutachten gibt, die sagen, 83 Millionen Euro wären jährlich notwendig. Das ist Versäumnis Ihrer Politik, meine Damen und Herren, das ist Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz.

(Frau Schmitt, SPD: Was haben Sie denn beantragt?)

Das gehört insgesamt hier deutlich gemacht.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat der Kollege Klomann von der SPD-Fraktion.

(Pörksen, SPD: Kaum im Landtag, schon darf er eine Rede halten! –
Haller, SPD: Sag was Nettes!)

Abg. Klomann, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nochmals auf den Vorwurf eingehen, diese Landesregierung habe den Ausbau der A 643 verzögert, weil sie sich 2011 für die Variante „4 + 2“ eingesetzt hat.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie vergessen dabei zwei wesentliche Aspekte. Zum einen lag der Grund, sich für die Variante „4 + 2“ einzusetzen, darin, die Klagen von Naturschutzverbänden zu vermeiden; denn diese unterstützen „4 + 2“. Das Klagerisiko wäre gleich null. Die Planungen könnten vorangehen.

Was Sie aber vor allem vergessen, weil es Ihnen peinlich ist, ist, dass Sie, Herr Schreiner, oder Sie, Herr Reichel, und Ihre Unionsfreunde in Mainz im Jahr 2011 das eigentlich selbst gefordert haben.

(Licht, CDU: Weil man ihnen Sand in die Augen gestreut hat! –
Zurufe von der SPD)

Sie verschweigen, dass Sie 2011 an vorderster Front auf der Seite der „4 + 2“-Befürworter standen, und nicht, weil Sie es angeblich nicht besser wussten – immerhin ist Herr Schreiner ja Architekt, und er kennt sich ja mit allem so gut aus –, sondern weil Sie sich lieb Kind bei den Naturschutzverbänden machen wollten, weil Sie kurz vor einer Wahl standen und weil Sie „4 + 2“ richtig fanden und zum Teil, wenn ich in die CDU-Reihen schaue, auch immer noch richtig finden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Licht, CDU: Mit den falschen Informationen!)

– Nicht wegen falscher Informationen, sondern aus purer Überzeugung. Da war der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion, Thomas Gerster, heute immer noch verkehrspolitischer Sprecher, B-Kandidat von Herrn Schreiner, der am 8. Februar 2011 in der „Mainzer Rhein-Zeitung“ folgendermaßen zitiert ist – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis –:

(Licht, CDU: Auch mit den falschen Informationen!)

Die Union unterstütze statt eines sechsspurigen Ausbaus die vierspurige Variante mit zu Stoßzeiten befahrbaren Standstreifen.

(Zurufe von der SPD)

Es gelte, Natur- und Lärmschutz zu vereinigen und obendrein das Landschaftsbild nicht zu zerstören. – Ein Öko hätte es nicht besser sagen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Am selben Tag, 8. Februar 2011, ist in derselben Zeitung zu lesen,

(Staatsminister Lewentz: 8. Februar 2011!)

dass der damalige Umweltdezernent Wolfgang Reichel den Naturschutzverbänden, die sich für „4 + 2“ einsetzen, die Unterstützung der Stadt Mainz zusichert.

(Staatsminister Lewentz: 8. Februar!)

Er sagt – ich zitiere –: Ohne die Naturschutzverbände wäre es in Mainz um den Naturschutz noch schlechter bestellt. –

Dann verweist er noch darauf, wie wichtig Bürgerbeteiligung ist. Damals forderte er, dass der damalige Verkehrsminister Hering sich unverzüglich mit den Naturschutzverbänden an den runden Tisch zu setzen habe.

(Staatsministerin Frau Höfken: Jawohl!)

Noch im September 2012 hat sich die Mainzer CDU für die „4 + 2“-Lösung ausgesprochen. Sie haben sogar einen eigenen Antrag dazu im Stadtrat gestellt. Lieber Herr Schreiner, das ist der Stadtrat, bei dem Sie in der letzten Wahlperiode auch Mitglied waren. Wenn man das Protokoll liest, dann sieht man, dass Sie sogar anwesend waren.

Ich zitiere aus dem Antrag – mit Ihrer Erlaubnis Herr Präsident –: Die Stadtverwaltung wird gebeten, den Ausbau der A 643 im Wege einer sogenannten „4 + 2“-Lösung unter Errichtung aktiver und passiver Lärmschutzmaßnahmen zu beschleunigen und entsprechende Maßnahmen des Landes Rheinland-Pfalz zu unterstützen. –

(Glocke des Präsidenten)

Meine Herren von der CDU, Sie haben sich 2011 den Umweltverbänden an den Hals geworfen. Sie haben mit ihnen geschmust. Sie haben sich als größte Stadtratsfraktion im Mainzer Stadtrat klar für „4 + 2“ positioniert und damit einen Beitrag zum Meinungsbildungsprozess im Jahr 2011 geleistet.

(Glocke des Präsidenten)

Dann haben Sie den U-Turn vollzogen, und jetzt sind ausgerechnet Sie, Herr Schreiner, derjenige, der von Frau Klöckner als Don Quichotte gegen den „4 + 2“-Ausbau vorgeschickt wird. Das ist ungläubwürdig. Das ist scheinheilig.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Frau Kollegin Blatzheim-Roegler hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, das waren noch einmal sehr interessante Aspekte, die der neue Kollege eingebracht hat.

Herr Schreiner, eines muss man sagen: In den vergangenen drei Jahren habe ich eigentlich wenig von Ihnen in den Zeitungen gelesen, aber in der letzten Zeit hat das ganz gut geklappt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Jetzt müssen Sie nur aufpassen, dass Sie das nicht überziehen; denn ich glaube, Ihre Einlassungen und auch die des geschätzten Kollegen Licht haben wieder einmal bewiesen, dass die CDU gerade anhand der Schiersteiner Brücke beweist, sie vermengt Fakten, Vermutungen und den Blick in die Glaskugel in einem Topf.

(Licht, CDU: Nein, nein, keine Glaskugel!)

Dann wissen Sie nicht mehr so genau, wo Sie eigentlich hin wollen. Wollten Sie jetzt noch einmal den Bauunfall thematisieren? Oder das Projekt „4 + 2“? Das ist nämlich nicht dasselbe. Das wissen Sie auch. Insofern hat sich wieder der Eindruck bestätigt, dass Sie eigentlich keine Ahnung von einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Infrastrukturpolitik haben. Das hat mich jetzt aber auch nicht überrascht.

Es gibt vier, fünf Positionen, die man sich immer wieder vor Augen halten muss, wenn es um Infrastrukturpolitik auch in den Ländern geht.

Der Bund ist für die Sicherstellung der überregionalen Infrastruktur zuständig, kommt aber angesichts der chronischen Unterfinanzierung des Bundesverkehrshaushalts seinen Verpflichtungen nicht nach. Dann sehen Sie sich einmal unseren Landeshaushalt an. Da haben wir Erhalt vor Neubau gestellt. Angesichts der Schuldenbremse haben wir in einem guten und auskömmlichen Maße die Erhaltung und Instandsetzung vorangesetzt und insofern auch kluge Politik gemacht.

Sie aber versuchen mit billigen Tricks, uns in Rheinland-Pfalz die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, dass der Bund an der Stelle versagt. Diese Verantwortung können Sie gerne einmal bei Ihrem nächsten Besuch in Berlin Ihren Kolleginnen und Kollegen mitteilen.

Statt Stammtischpolitik, wie bei der Ausländermaut, fehlen Ihnen eben auch die handwerklichen Mittel und Konzepte, um tatsächlich gute Vorschläge machen zu können. Die Kollegin der SPD hat es erwähnt. Ich kann mich an den Haushalt vor zwei Jahren erinnern. Zweckgebundene Regionalisierungsmittel in einen Straßenhaushalt umschichten zu wollen, geht schlichtweg nicht.

Im Prinzip haben Sie damit Ihre ganze Inkompetenz bewiesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Fazit für mich lautet: Die CDU in Rheinland-Pfalz agiert in der Verkehrspolitik wie ein Saurier. Na ja, was mit den Sauriern passiert ist, wissen wir alle.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Wir sind am Ende der Aktuellen Stunde angelangt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Wahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz
Wahlvorschlag des Ältestenrats
– Drucksache 16/4936 –**

Gemäß Absprache im Ältestenrat erfolgt eine Behandlung ohne Aussprache.

Für das Amt des ordentlichen nicht berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz wird Frau Dr. Dr. Stefanie Theis aus Hahnheim vorgeschlagen.

Wer dem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig der Fall. Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit. Damit ist Frau Dr. Dr. Theis aus Hahnheim gewählt.

Wir kommen zur Wahl des stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz. Vorgeschlagen wird Herr Theo Wieder aus Frankenthal.

Wer dem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Keiner. Damit ist auch Herr Wieder einstimmig gewählt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz: Erfolgreiches Studium, gute Lehre, exzellente Forschung
Regierungserklärung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur**

dazu:

**Offene und starke Hochschulen als Grundlage des Wissenschaftslandes Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließung –
– Drucksache 16/4929 –**

**Wissen und Innovation garantieren Zukunft
Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –
– Drucksache 16/4952 –**

Es wurde eine Grundredezeit von 20 Minuten vereinbart. Das Wort hat Frau Staatsministerin Reiß.

Frau Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mit Ihnen heute über Hans Anthes, Kerstin Hoffmann und Professor Matthias Kläui sprechen. Ich möchte Ihnen von diesen drei Menschen berichten, weil ich Ihnen von Rheinland-Pfalz, von seinen Hochschulen, von seiner Wissenschaft berichten möchte. Das ist ein unmögliches Unterfangen, ohne von den Menschen zu sprechen, die Hochschule und Wissenschaft in unserem Land ausmachen.

Ich möchte Ihnen von den 120.000 Studierenden in unserem Land berichten, von der größten Studierendengeneration, die es je gab. Von dem Fleiß und der Freude, mit der sie studieren, und von dem Lebenswunsch, den Sie sich damit erfüllen. Davon, dass diese Studierenden niemals Studiengebühren fürchten mussten; davon, dass sie keine Angst vor Verschuldung haben mussten, die sie davon abgehalten hat, sich das zu ermöglichen, was sie wirklich wollen.

Ich möchte Ihnen auch von jenen berichten, die ohne Abitur studieren können, weil wir die Hochschulen für beruflich Qualifizierte geöffnet haben.

Ich will von unserem wissenschaftlichen Nachwuchs sprechen, der sich in Forschung und Lehre engagiert und dafür sorgt, dass unserem Land die Ideen und unseren Unternehmen die klugen Köpfe auch in Zukunft nicht ausgehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich will von den fast 29.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Beschäftigten reden, von ihren Erkenntnissen für unsere Gesellschaft, von nationaler und internationaler Spitzenforschung, von neuen Technologien und dem Kampf gegen die schlimmsten Krankheiten.

Ich will also über die Wissenschaft für die Menschen und die Menschen für die Wissenschaft sprechen.

Den größten Teil der Menschheitsgeschichte war Bildung ein Privileg. Seit sie das nicht mehr ist, ist sie das stärkste Mittel für den gesellschaftlichen Aufstieg das wir haben. Persönlichkeitsentfaltung, gesellschaftliche Teilhabe, berufliches Fortkommen, gute Ideen, all das darf nicht abhängen von der sozialen Herkunft, vom Bildungsstand und vom Geldbeutel der Eltern. Deshalb dürfen wir nicht daran rütteln. Jeder, der studieren will, soll auch studieren können. Dafür steht Rheinland-Pfalz wie kein anderes Bundesland.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Als um uns herum ein Bundesland nach dem anderen Studiengebühren eingeführt hat, haben wir versprochen, sehr geschätzte Vorgängerin im Amt, Frau Ministerin Ahnen, das wird es in Rheinland-Pfalz nicht geben, solange wir Verantwortung tragen. Es hat es nie gegeben!

Wenn heute andere Länder ihren Irrweg erkannt und verlassen haben, dann deshalb, weil sie verstanden haben, ein gebührenfreies Erststudium ist eines der wertvollsten Angebote, das eine Gesellschaft jungen Menschen machen kann.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wem wertvoll allein als Argument nicht ausreicht, dem sei in kühler ökonomischer Terminologie gesagt, es ist auch eines der wertschöpfendsten. In jedem Fall ist es ein Angebot, das immer mehr Menschen in unserem Land annehmen.

Heute studieren an unseren Hochschulen 20.000 Studierende mehr als noch vor zehn Jahren. Für sie alle haben wir Studienplätze geschaffen. Auch in den kommenden Jahren erwarten wir eine hohe Zahl von Studienanfängerinnen und Studienanfängern. Deshalb schaffen wir mit dem Hochschulpakt zusätzliche Studienplätze. Fast eine halbe Milliarde Euro investiert das Land Rheinland-Pfalz in den kommenden fünf Jahren in das Studienangebot. Dieselbe Summe steuert der Bund bei.

Die Studierenden, für die wir damit einen Studienplatz an unseren Hochschulen schaffen, wollen wir von Anfang an unterstützen, damit sie einen gelungenen Start haben. Deswegen legen wir einen Schwerpunkt auf die Studienwahl- und Berufsorientierung. Deshalb fördern wir zum Beispiel zusätzliche Tutorien für Erstmatrikulierte und den Ausbau der Studienberatung ebenso wie Brückenkurse und Selbsttests vor Studienbeginn.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Erfolgreiche Bildungslebenswege ohne Sackgassen, das ist unser Ziel.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dazu gehört es auch, dass wir die Hochschulen für jene Menschen geöffnet haben, die sich beruflich qualifiziert haben.

In Rheinland-Pfalz soll jeder und jede die Wahl haben, und zwar nicht nur einmal im Leben. Deshalb ist die Entscheidung für die berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz keine gegen das Studium. Umgekehrt erhöht die Chance zum Weiterstudieren die Attraktivität der beruflichen Ausbildung. Starke berufliche Bildung und individuelle Wahlfreiheit auf allen Stationen des lebenslangen Lernens – auch das zeichnet unser Land aus.

Sie müssen sich dabei nicht allein auf das Wort der Landesregierung verlassen. Sie können einen der Menschen fragen, für die wir diese Politik machen. Fragen Sie Hans Anthes. Hans Anthes – ich darf das hier verra-

ten, er hat es mir erlaubt; ich habe gestern Abend auch mit ihm telefoniert, weil er leider heute nicht hier sein kann – ist 43 Jahre alt. Er hat kein Abitur gemacht, aber zwei Berufsausbildungen erfolgreich abgeschlossen, und zwar eine zum Elektroninstallateur und eine zum Bürokaufmann. Seit 20 Jahren ist er in diesem Beruf tätig. Und: Hans Anthes ist seit zwei Jahren Student, berufsbegleitend an der Hochschule Kaiserslautern im Fernstudium. Er ist jetzt im fünften Semester, zufrieden mit seinem Lernfortschritt und wird voraussichtlich im Sommer 2017 seinen Hochschulabschluss als IT-Analyst machen.

Es sind Menschen wie er, für die wir die Hochschulen geöffnet haben, nämlich Menschen, die hart arbeiten, die hervorragend ausgebildet sind und die sich weiterqualifizieren und beruflich vorankommen wollen. Heute ist die Zahl der beruflich Qualifizierten an den rheinland-pfälzischen Hochschulen dreimal höher als noch vor zehn Jahren. Das ist ein Erfolg für unser Land, für seine Unternehmen und ganz besonders für die Menschen, denen sich damit ganz neue Perspektiven bieten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn Hans Anthes sein Studium beendet haben wird, dann wird ihn das persönlich weitergebracht haben. Es kommt aber auch dem Unternehmen zugute, für das er arbeitet und bei dem er neue Aufgaben übernehmen kann. Herr Anthes – ich habe es schon gesagt – konnte leider nicht hier sein. Ich darf ihm von dieser Stelle die besten Wünsche der Landesregierung zurufen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sehen an diesem Beispiel sehr deutlich: Berufliche Bildung und akademische Bildung sind zwei Seiten einer Medaille. Wir brauchen Meister und Master und, wenn es dann auch passt, Meister mit Master. Wer die berufliche und akademische Bildung gegeneinander ausspielt, gefährdet deshalb nicht nur die Errungenschaften des Bildungslandes Rheinland-Pfalz. Er schadet unserer Gesellschaft, er schadet den Menschen, deren Wahlfreiheit er reduzieren will, und er schadet unseren Unternehmen, die auf eine attraktive Berufsausbildung angewiesen sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aufstieg durch Bildung, das eigene Leben bereichern und lebenslanges Lernen, mit oder ohne Abitur und im Einklang mit den eigenen Talenten und Wünschen und den Erfordernissen der Familie – dafür steht Rheinland-Pfalz.

Hochschulen sind geistige und kulturelle Zentren. Sie bereichern die Lebensqualität der Städte und Regionen um sie herum. Sie sind auch wirtschaftliche Zentren, die zum Wohlstand in den Regionen entscheidend beitragen und uns helfen, den demografischen Wandel durch neue Ideen zu gestalten, Fachkräfte zu sichern und Rheinland-Pfalz als Land zum Leben und Arbeiten noch attraktiver zu machen.

Unsere Hochschulen erhöhen – so war es kürzlich in einer Studie des Stifterverbandes zu lesen – das Brutto-

inlandsprodukt unseres Bundeslandes um 5,6 Milliarden Euro und schaffen Zehntausende Arbeitsplätze für die Menschen in Rheinland-Pfalz – nicht nur an den Hochschulen selbst, sondern auch bei den Unternehmen in ihrer Umgebung.

Wir können das nirgendwo besser sehen als in Kaiserslautern. Allein bei den großen Arbeitgebern wie Pfaff und Opel fielen dort einst 20.000 Arbeitsplätze weg. Dennoch ist heute die Arbeitslosenquote nicht einmal mehr halb so hoch wie noch Ende der 90er-Jahre. Das hat viel mit der Wissenschaft und den Menschen zu tun, die diese Wissenschaft betreiben. Kaiserslautern ist heute ein Standort für Spitzenforschung und ein Knotenpunkt im Wissensnetz zwischen Forschung und Unternehmen.

Im Zentrum dieses Knotenpunktes steht die Technische Universität, eng mit ihr verknüpft und mit einem eigenen Profil die Hochschule Kaiserslautern. Darüber hinaus verfügt Kaiserslautern heute allein über drei Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft.

Neben den Hunderten hochqualifizierten und auch in Zukunft sicheren Arbeitsplätzen, die allein in diesen Instituten entstanden sind, und neben den Arbeitsplätzen, die in den Unternehmen entstanden sind, die aus diesen Forschungseinrichtungen heraus gegründet wurden, zieht der Wissensknotenpunkt Kaiserslautern auch Unternehmen an, die in unserer hochspezialisierten Wissensgesellschaft auf diese Expertise und qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind.

Lassen Sie mich nur das Beispiel des John Deere European Technology Innovation Center nennen, das laut Aussagen seines Direktors ohne das Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software-Engineering (IESE) sicherlich nicht nach Kaiserslautern gekommen wäre.

Wissen schafft Zukunft, und Wissen schafft Arbeit. Deshalb arbeiten wir seit mehr als 20 Jahren daran, dem Wissen in Rheinland-Pfalz beste Bedingungen zu schaffen. Dass dieser Weg erfolgreich ist, sehen wir in Kaiserslautern. Er ist erfolgreich für die gesamte Hochschullandschaft mit ihren Universitäten und Hochschulen, die gut vernetzt und kooperativ ihre Standorte und unser Land gemeinsam voranbringen. Wir werden diesen Weg weitergehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, jeden Tag leisten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an unseren Hochschulen ihren Beitrag dazu, unser Land voranzubringen. Sie bilden neue Generationen von Studierenden aus und vermehren unser Wissen. Gute Lehre und hervorragende Studienbedingungen sind Schwerpunkte der Hochschulpolitik der Landesregierung.

40 Millionen Euro haben wir den Hochschulen allein von 2011 bis 2015 zur Verfügung gestellt, um nachhaltige und innovative Projekte in der Lehre zu fördern – an allen Hochschulen im ganzen Land. Zurzeit profitieren davon rund 80 Projekte. 10 % der Hochschulpaktmittel, also rund 90 Millionen Euro, wird die Landesregierung

bis 2020 investieren, um die Hochschulen dabei zu unterstützen, ihre Lehre weiter zu verbessern. Dass die Hochschulen in Rheinland-Pfalz dem Thema „gute Lehre“ eine hohe Bedeutung beimessen, zeigt auch ihr Erfolg beim Bund-Länder-Programm „Qualitätspakt Lehre“. Für ihre überzeugenden Konzepte erhalten die Hochschulen bis 2016 insgesamt 43 Millionen Euro.

Am 1. Juni werden die Hochschulen ihre erfolgreichen Beispiele für innovative Lehre auf einer Best-Practice-Konferenz präsentieren und sich über ihre guten Erfahrungen austauschen. Natürlich haben wir die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur eingeladen, und wir freuen uns auch auf ihr Kommen.

Wenn wir über gute Lehre und gute Studienbedingungen reden, dann reden wir in diesen Zeiten selbstverständlich auch über die digitale Lehre. Digitalisierung der Lehre – das ist auch die Individualisierung der Lehre, und zwar unabhängig von Ort und Zeit, im eigenen Tempo und mit zusätzlicher Motivation.

Um die Hochschulen untereinander zu vernetzen und sie bei der digitalen Lehre zu unterstützen, haben wir den Virtuellen Campus Rheinland-Pfalz etabliert. Der VCRP bietet den Lehrenden Möglichkeiten, sich in digitaler Lehre weiterzuqualifizieren, berät sie bei Kursdesign, Didaktik und Technik und gibt Impulse für neue E-Learning-Angebote. Die Nutzerzahlen – das ist sehr interessant – des Virtuellen Campus haben sich seit 2007 auf 50.000 Nutzerinnen und Nutzer mehr als verdreifacht. 6.700 Kurse werden über die Lernplattform des VCRP unterstützt. Das sind rund 2.200 mehr als noch vor fünf Jahren.

Gute Lehre braucht ebenso wie exzellente Forschung moderne Hörsäle, Bibliotheken und Labore. Deshalb haben wir in den vergangenen zehn Jahren rund 900 Millionen Euro in moderne Lehr- und Forschungsinfrastruktur investiert, allein seit 2011 rund 370 Millionen. Damit schaffen wir sehr gute Bedingungen für Forschung und Lehre.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gute Lehre ist eine Voraussetzung für gutes Studieren, gutes Lernen die andere. Gutes Lernen braucht gute Rahmenbedingungen – auch außerhalb der Hörsäle. Dazu gehört auch bezahlbares Wohnen. Dazu gehört gutes Wohnen. Allein in den vergangenen vier Jahren haben wir deshalb 1.452 neue hochwertige Wohnheimplätze mit Landesmitteln geschaffen, um die Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt zu verbessern.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

In Landau konnten wir – um ein Beispiel zu nennen – allein im vergangenen Jahr mit dem neuen Studierendenwohnheim Quartier Vauban die Versorgungsquote um nahezu 50 % steigern. In den kommenden zwei Jahren fördern wir den Neubau von mehr als 200 weiteren Wohnheimplätzen. 325 sollen saniert werden. Knapp 2,4 Millionen Euro investiert die Landesregierung in

diese Projekte. Wir werden also weiter noch besser werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Eines ist ganz wichtig: Zum guten Studieren gehört heute auch eine gute Kinderbetreuung, damit Studium und Familie vereinbar sind. Wir haben in den vergangenen vier Jahren deshalb 26 neue Kita-Gruppen an unseren Hochschulen eingerichtet. Wir sind also ein großes Stück vorangekommen, und wir wollen uns in den kommenden Jahren noch weiter verbessern, weil gute Lehre und gute Studienbedingungen Schwerpunkte unserer Hochschulpolitik sind – einer Politik, die wir für 120.000 Studierende machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Abgeordnete, allein von 2007 bis 2013 hat die Zahl der Studierenden an den Hochschulen unseres Landes um ein Fünftel zugenommen. Das stellt uns natürlich vor große Herausforderungen. Wir hatten uns schließlich zum Ziel gesetzt, in Rheinland-Pfalz die Betreuungsrelation zu verbessern.

Es stellt sich die Frage, ob das möglich ist, wenn gleichzeitig so viel mehr Studierende an unsere Hochschulen kommen. Die Antwort lautet: Ja, es ist möglich. Wir sind auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Wir haben es geschafft, die Betreuungsrelation an den Hochschulen zu verbessern, und das, obwohl – ich sagte es schon – heute Zehntausende Studierende mehr an unseren Hochschulen lernen, als es 2007 der Fall war.

Das ist eine gute Leistung, insbesondere, wenn man bedenkt, dass sich die Betreuungsrelationen bundesweit verschlechtert haben, dass wir also gegen den Trend arbeiten. Bei uns kommen heute beispielsweise in Mathematik und den Naturwissenschaften an den Universitäten statt 20 nur noch 17 Studierende auf einen Betreuenden. Damit haben wir uns im Vergleich mit anderen Bundesländern um mehrere Plätze nach oben gearbeitet.

Bei den Fachhochschulen, bei denen der Anstieg der Studierendenzahlen vor allem stattgefunden hat, ist es uns gelungen, die Betreuungsverhältnisse stabil zu halten. Damit liegen wir heute auf dem fünften Platz im Bundesländerranking.

Wir haben also den Anstieg der Studierendenzahl wesentlich besser bewältigt als andere Bundesländer und sind dabei sogar insgesamt besser geworden. Gleichwohl, ich will es deutlich sagen: Ein Mittelfeldplatz reicht uns nicht. Wir wollen und werden die Betreuungsverhältnisse weiter verbessern.

Dabei werden uns natürlich auch die 25 Millionen Euro helfen, die wir den Hochschulen jährlich zur Erhöhung der Grundfinanzierung bereitstellen. Davon werden 200 neue Dauerstellen finanziert, davon 65 neue Professuren. Mehr wissenschaftliches Personal heißt auch: ein

deutlich besseres Betreuungsverhältnis an unseren Hochschulen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

200 neue Dauerstellen heißt aber noch mehr. Es heißt auch: planbare Zukunft für 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Hochschulen und ihre Familien. Es bedeutet gute Arbeitsbedingungen für gute Arbeit.

Lassen Sie mich Ihnen einen Namen zu dieser programmatischen Aussage geben: Kerstin Hoffmann. Kerstin Hoffmann – sie sitzt auf der Tribüne – gehört zu den Menschen, die an unseren Hochschulen jeden Tag mit großem Engagement ihren Beitrag leisten, um unser Land voranzubringen, die dabei helfen, Wissen zu vermehren und unsere Studierenden auszubilden. Sie gehörte aber bis vor Kurzem leider auch zu denen, die das mit einer unsicheren Perspektive tun, weil ihre Verträge befristet sind oder ihre Stundenanzahl zu gering ist.

Wenn Frau Hoffmann aber Ende des Jahres aus dem Mutterschutz – meine Glückwünsche – an ihren Arbeitsplatz als biologisch-technische Assistentin an die Universität Koblenz-Landau zurückkehrt, wenn sie dort wieder Studierende in Laboren betreut und die Forscherinnen und Forscher bei ihren Versuchen unterstützt, dann wird sie nicht mehr auf eine befristete Stelle zurückkehren, auf der sie noch bis vor Kurzem gearbeitet hat. Sie wird auf eine Dauerstelle zurückkehren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Für sie und ihre junge Familie und für 199 andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen unserer Hochschulen und für ihre Familien haben wir mit dem 200-Stellen-Programm die Zukunft planbarer gemacht. Gut die Hälfte dieser Stellen wurde genutzt, um den bisher befristet angestellten Beschäftigten eine unbefristete Stelle anzubieten.

Die Hochschulen haben zudem zugesagt, die neuen Stellen, die wir ihnen zur Verfügung stellen, mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Diese 200 Stellen – daran möchte ich noch einmal erinnern – kommen zu jenen 100 Dauerstellen hinzu, die wir schon mit dem Doppelhaushalt 2014/2015 geschaffen hatten.

Gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen gehören zusammen, auch an unseren Hochschulen. Hunderte neue Dauerstellen sind deshalb nicht nur ein Beitrag zu guter Lehre und einem guten Betreuungsverhältnis, sie sind auch ein ganz wichtiger Beitrag zu planbaren Lebensentwürfen und zur Familiengründung. Sie sind Anerkennung der guten Arbeit, die an unseren Hochschulen jeden Tag geleistet wird.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hunderte neue Dauerstellen sind ein wichtiger Schritt. Sie sind es für Frau Hoffmann und ihre Kolleginnen und Kollegen, und sie sind es für Nachwuchswissenschaftle-

rinnen und Nachwuchswissenschaftler, ein wichtiger Schritt in Richtung planbare und verlässliche Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Wir begrüßen es sehr, dass die Bundesbildungsministerin angekündigt hat, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu überarbeiten. Wir würden uns recht bald eine Gesetzesvorlage von ihr wünschen.

(Beifall des Abg. Heinisch, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es ist erfreulich, dass nun auch die Bundesregierung den wissenschaftlichen Nachwuchs entdeckt hat und dafür eine gemeinsame Bund-Länder-Initiative auf den Weg bringen möchte. Bei uns und bei vielen anderen Bundesländern rennt sie damit offene Türen ein. Wenn es konkrete Vorschläge gibt, dann setzen wir uns gerne damit auseinander.

Wir haben aber noch nie – und das ist auch gut so – auf das Handeln des Bundes gewartet,

(Baldauf, CDU: Den Satz merken wir uns einmal!)

wenn es um die Situation unseres wissenschaftlichen Nachwuchses geht. Wir sind auch dieses Mal vorangegangen. Wir haben am 23. Februar 2015 mit den Hochschulen vereinbart, dass jede von ihnen ein individuelles Leitbild für gute Beschäftigung erarbeitet. Natürlich werden dabei die örtlichen Personalräte und Gleichstellungsbeauftragten mit eingebunden.

Die Universität Trier ist vorangegangen und hat bereits ein solches Leitbild vorgelegt, andere werden folgen. Das Ziel dieser Leitbilder ist es, Personalentwicklung als Teil der Hochschulkultur zu verankern, für die Beschäftigten angemessene Befristungszeiträume zu vereinbaren und nicht zuletzt eine gute Betreuung von Promovierenden zu garantieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist in der Tat ein ganz wichtiges Leitbild und hat Applaus verdient, Herr Pörksen.

In Rheinland-Pfalz haben wir zudem früh und stärker als andere auf die Juniorprofessur gesetzt und eröffnen damit jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern frühzeitig die Möglichkeit, selbstständig zu forschen und zu lehren. Schon heute arbeiten an unseren Hochschulen gut 120 Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren. Damit liegen wir beim Anteil der Juniorprofessuren an den Professuren insgesamt auf dem ersten Platz im Bundesländerranking.

Um ihnen auch in Zukunft verlässliche Karriereperspektiven zu eröffnen und diesen Standortvorteil unserer Hochschulen zu nutzen, haben wir einen grundlegenden Strukturwandel an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz eingeleitet. Jede zweite Juniorprofessur soll künftig mit einer Tenure-Track-Option versehen werden.

Was heißt das? Das heißt, eine dauerhafte Professur für jede zweite Juniorprofessorin und jeden zweiten Juniorprofessor ist bei positiver Evaluierung schon bei der

Berufung gesichert. Frühes Forschen und eine frühzeitige Perspektive – das sind Gründe für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, sich für Rheinland-Pfalz, für unser Land, zu entscheiden. Und es bringt uns weit voran im Wettbewerb um die klügsten Köpfe, weiter als viele andere Bundesländer.

Wir fördern mit diesen Maßnahmen auch – und das ist uns besonders wichtig – die Karrierechancen von Frauen in der Wissenschaft; denn auf 35 % der Juniorprofessuren forschen und lehren Frauen. Bei den allgemeinen Professuren dagegen sind es derzeit noch 20 %. Die Stärkung der Juniorprofessur durch eine Tenure-Track-Option wird uns dabei helfen, den Anteil von Frauen an den Hochschullehrenden weiter zu erhöhen.

Rheinland-Pfalz geht voran. Davon profitieren die Menschen, die an unseren Hochschulen Zukunft gestalten, davon profitieren die Studierenden, davon profitiert unsere Wissenschaftslandschaft und die Forschung in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zur Forschung kommen. Die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die nach Rheinland-Pfalz kommen, kommen in ein Wissenschafts- und Forschungsland. Sie kommen in ein Land, das seinen Hochschulen allein in den vergangenen vier Jahren mehr als eine halbe Milliarde Euro zusätzlich für die Grundfinanzierung zur Verfügung gestellt hat: 321 Millionen Euro aus Landesmitteln und 244 Millionen Euro Bundesmittel aus dem Sondervermögen.

Sie kommen auch in ein Land, das mit der Forschungsinitiative in den vergangenen Jahren mehr als 120 Millionen Euro in Forschung investiert hat und bis 2016 weitere 40 Millionen Euro investieren wird. Sie kommen also in ein Land, das sich zur erkenntnisorientierten Grundlagenforschung bekennt und sie als zentrale Grundlage seines wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts betrachtet. Sie kommen in ein Land, das gerade deshalb die Grundlagenforschung stetig gestärkt hat.

Dass sie kommen, und dass sie genau wegen dieser Forschungspolitik kommen, das müssen Sie mir nicht glauben, Sie können es Professor Dr. Mathias Kläui fragen. Er sitzt auch auf der Tribüne. Professor Kläui ist einer der international führenden Forscher auf seinem Gebiet. Er ist Professor für Physik der kondensierten Materie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er ist Sprecher von „MATERIALS SCIENCE IN MAINZ“, der materialwissenschaftlichen Graduiertenschule der Johannes Gutenberg-Universität. Und er hat sich ganz bewusst wegen der rheinland-pfälzischen Forschungspolitik für unser Bundesland entschieden.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zu ihm nach Mainz kommen junge Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher aus der ganzen Welt, um zu forschen und sich weiterzuqualifizieren. Professor Kläui

selbst ist nach Mainz gekommen, weil die Forschungsinitiative und unser Programm „Wissen schafft Zukunft“ Rheinland-Pfalz für ihn zu einem attraktiven Forschungsland gemacht haben. Und weil – ich zitiere ihn mit Erlaubnis des Präsidenten; Zitat –: „Rheinland-Pfalz und insbesondere Mainz im Forschungsgebiet des Magnetismus auf der Nanoskala und im Bereich neuer Materialien ein führender Forschungsstandort in Deutschland, wenn nicht weltweit ist.“

Dass es so ist, ist kein Zufall. Wir verdanken es der Arbeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in unserem Land, und wir verdanken es einer langfristig angelegten Forschungspolitik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit 2008 hat die Landesregierung in der Forschungsinitiative allein die materialwissenschaftlichen Forschungszentren OPTIMAS in Kaiserslautern und CINEMA in Mainz mit insgesamt mehr als 20 Millionen Euro eine deutliche Förderung gegeben. Heute verfügt die Universität Mainz über die einzige Physik-Fakultät in Deutschland, aus der sowohl eine Exzellenz-Graduiertenschule als auch ein Exzellenz-Cluster koordiniert werden.

Unsere Landesinitiativen und die großen Bund-Länder-Programme verstärken und ergänzen einander. Auch das sehen wir an diesen Beispielen. Die dauerhafte, institutionelle Förderung unserer Forschungseinrichtungen, die wir als Land leisten, wird verstärkt durch den Pakt für Forschung und Innovation.

Mit diesem Pakt haben Bund und Länder gemeinsam die außeruniversitäre Forschung systematisch durch jährliche Aufwüchse in der Grundfinanzierung gestärkt. In Zukunft finanziert der Bund diese Erhöhung allein.

Mit der Forschungsinitiative unterstützen wir die Hochschulen in unserem Land bei der Bildung von Forschungsprofilen. Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern wiederum erhöht die so entfaltete Dynamik enorm.

Ich bin sehr froh, dass die Regierungschefinnen und Regierungschefs in Bund und Ländern einen Grundsatzbeschluss gefasst haben, die Exzellenzinitiative fortzusetzen weil wir die positiven Auswirkungen dieser Initiative in unserem Wissenschaftssystem täglich sehen können und weil wir sie dringend für die Zukunft erhalten müssen.

Forschungsinitiative „Wissen schafft Zukunft“, kluge Vernetzung und gezielte Förderung, damit haben wir vor allem die Spitzenforschung in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren erheblich gestärkt und ausgebaut. Spitzenforschung an Zukunftstechnologien und das international führend, auch dafür steht Rheinland-Pfalz, und davon profitieren wir alle jeden Tag.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn ich das sage, muss ich es auch belegen, dass wir jeden Tag davon profitieren. Ich könnte sie nämlich jetzt fragen: Haben Sie heute schon von der Forschungspoli-

tik der Landesregierung profitiert? – Und ich wüsste, die Antwort lautet Ja, auch wenn Sie es vielleicht gar nicht gemerkt haben.

Wenn Sie aber heute mit einem in Deutschland hergestellten Auto unterwegs waren, dann haben Sie vermutlich von der rheinland-pfälzischen Forschungspolitik profitiert; denn dann steckt in Ihrer Servolenkung mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit Zukunftstechnologie aus Rheinland-Pfalz. Das ist eine Zukunftstechnologie, die erst kürzlich in einem gemeinsamen Projekt der Arbeitsgruppe von Professor Kläui in Mainz und Professor Hillebrands an der TU Kaiserslautern und der Mainzer Sensitec GmbH weiterentwickelt wurde.

Das Projekt heißt STeP.

(Unruhe bei der CDU)

– Herr Weiland, das Projekt heißt STeP. Es ist ein sehr interessantes Projekt und wurde in Kooperation von Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium, verehrte Frau Kollegin Lemke, mit 1,5 Millionen Euro gefördert.

Es ging darum, die Erkenntnisse unserer Spitzenforschung zu magnetoresistiven Sensoren, also den Sensoren, die in der Servolenkung, aber auch in dem Mars-Roboter Curiosity stecken, anwendungsorientiert weiterzuentwickeln und für unsere mittelständischen Unternehmen nutzbar zu machen.

Es ging also schlicht um Wissens- und Technologietransfer. Was so abstrakt klingt, bedeutet ganz konkret, dem Wissen Wege zu bauen von der Universität bis an die Werkstore unserer Unternehmen, damit daraus rheinland-pfälzische Arbeitsplätze entstehen.

STeP ist ein europaweit einzigartiger Erfolg der Kooperation zwischen exzellenten Hochschulen und mittelständischen Unternehmen. STeP ist ein rheinland-pfälzischer Erfolg und ein gutes Beispiel dafür, wie Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik im Land Rheinland-Pfalz ineinandergreifen und unser Land voranbringen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Das hat übrigens auch mit kluger Vernetzung zu tun: kurze Wege, aktive Netzwerke und dichte Cluster. Auch das sind Grundlagen für erfolgreiche Forschung. Fragen Sie gern Professor Kläui.

Die Forschungspolitik der vergangenen Jahre hat den Grundstein gelegt für viele Erfolge von heute, und die Forschungspolitik von heute legt den Grundstein für die Erfolge von morgen. Dabei werden die Forschungserfolge der Zukunft auch davon abhängen, wie wir heute die Digitalisierung voranbringen, ein wirklich hochaktuelles Thema, wie schnell wir digitale Wege bauen. Wir werden High Performance Computing brauchen. Deswegen fließen in den kommenden zwei Jahren auch 8,7 Millionen Euro in den neuen Hochleistungsrechner Mogon II. Damit wird die Johannes Gutenberg-Universität Mainz zu einem Standort für Hochleistungsrechnen der nationalen Ebene 2.

In Trier fördern wir in der Forschungsinitiative die Digital Humanities, also Forschung an der Schnittstelle zwischen Geisteswissenschaften und Informatik. Das Trierer Center for Digital Humanities gehört zu den ersten Forschungszentren in Europa und hat in den vergangenen 17 Jahren wegweisende und international beachtete Forschung geleistet.

Diese Beispiele – sie sind nur eine Auswahl – zeigen, Rheinland-Pfalz bietet digitale Wege, Rheinland-Pfalz baut Wege in die Zukunft.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Haller, SPD: So sieht es aus!)

– Danke schön.

Unsere Forschungslandschaft – ich komme auch zum Ende – ist im Aufbruch. Das sehen wir an vielen Stellen. So konnten die Hochschulen beispielsweise die Einwerbung von Drittmitteln von 2006 bis 2013 um 71 % steigern. Unsere Forschungslandschaft ist vielerorts heute schon Spitze in Deutschland und der Welt.

Ich muss mich jetzt wirklich auf ganz wenige Beispiele konzentrieren. Ich nenne nur das Exzellenz-Cluster PRISMA an der Mainzer Universität, 9 Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 31 ERC-Grants und 2 BMBF-Spitzencluster in Mainz und Kaiserslautern. Ich könnte die Liste sehr viel länger machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, gezielte Förderung, gezielte Vernetzung, Profilbildung und Stärkung der Forschungskette von der Grundlagenforschung zur anwendungsorientierten Forschung, all das kennzeichnet unsere Forschungspolitik.

Wir sehen, dass diese Wege erfolgreich sind. Wir fördern damit die Technologien der Zukunft und neueste Erkenntnisse gegen die Krankheiten unserer Zivilisation. Das ist Wissenschaft für die Menschen, gemacht von Menschen für die Wissenschaft hier in Rheinland-Pfalz.

Ich möchte allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen ganz herzlich für ihre engagierte Arbeit im und am Innovationsland Rheinland-Pfalz danken und ihnen zu ihren wissenschaftlichen Erfolgen gratulieren.

(Beifall bei der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zum Schluss noch einmal der Versuch, es ganz kurz zusammenzufassen: Die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in Rheinland-Pfalz ist gut aufgestellt. Fragen Sie stellvertretend Hans Anthes, Kerstin Hoffmann und Professor Kläui.

Dass wir keine Studiengebühren eingeführt haben, als fast alle anderen es getan haben, dass wir die Hochschulen für beruflich qualifizierte öffnen, dass wir sie zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zentren ausgebaut haben, gerade auch in strukturschwachen Regionen, dass wir exzellente Forschung und Innovation in

Kooperation fördern, dass wir dabei wissenschaftliche Qualität mit der ganzen Breite der Wissenschaft zusammen denken, all das stellt uns gut auf im Wettbewerb um die klugen Köpfe, um die besten Ideen, um Menschen für die Wissenschaft und Wissenschaft für die Menschen.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran weiterarbeiten, nicht nur dass es so bleibt, sondern dass es immer noch ein bisschen besser wird.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich das Wort weitergebe, darf ich noch Gäste begrüßen, und zwar Mitglieder des Deutschen Alpenvereins, Sektion Frankenthal.

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 24, Trier/Schweich. Seien Sie ebenfalls herzlich willkommen.

(Beifall im Hause)

Jetzt erteile ich Frau Kollegin Julia Klöckner von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Reiß, die Dynamik Ihrer Regierungserklärung symbolisiert die übersichtliche Dynamik dieser Landesregierung.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was macht unser Land Rheinland-Pfalz zukunftsfähig? – Es ist Bildung, die auf Qualität setzt. Es sind Schulen, die Leistungen einfordern. Es sind Schüler und Studenten, die nicht über-, aber auch nicht unterfordert werden. Es sind Hochschulen, die exzellent sind, Forschung, die ideologiefrei ist, so, wie es die BASF in Ludwigshafen betreibt.

(Noss, SPD: Das ist alles das, was wir haben!)

Es sind Menschen, die dieses Wissen zum Wohle unserer Gesellschaft anwenden. Es sind innovative Unternehmen und ihre Mitarbeiter.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Erfolgsgrundlage für Innovation ist Wissen. Wissen sichert Vorsprung, und da reicht Mittelmaß nicht mehr aus.

(Beifall der CDU)

Schauen wir uns um in der Welt. Indien hat als Partnerland der Hannover Messe jüngst beeindruckt. China hat als Partnerland der CeBIT Standards gesetzt.

(Pörksen, SPD: Jetzt vergleichen Sie uns mit China!)

Dort, wo wir hier teurer als diese Länder sind, müssen wir besser sein.

(Baldauf, CDU: So ist es!)

Unser Wohlstand und die soziale Sicherung lassen sich nur aufrechterhalten, wenn wir innovativer, besser, schneller und wettbewerbsfähiger sind als unsere internationalen Wettbewerber.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Schauen Sie sich doch die Situation der Menschen in Indien oder China an!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neues Wissen entsteht dort, wo Bewegung ist, wo es Freiräume, Offenheit und Neugierde und nicht schon von vornherein rot-grüne Denkverbote und Scheuklappen bei neuen Technologien gibt. Nur dort können Wissen und Innovation weiterentwickelt werden.

(Beifall der CDU –
Frau Schmitt, SPD: Sie zeichnen hier ein Horrortbild!)

Frau Ministerin Reiß, Sie haben vorhin in Ihrer Rede Rheinland-Pfalz als blühendes Wissenschaftsland in der Bundesrepublik beschrieben. Kein Wort der Selbstkritik, kein Wort von Überlegungen, was vielleicht nicht so gut laufen könnte.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Tenure-Track!)

Aufstieg durch Bildung, das haben Sie gesagt, eine Bildung, die kein Privileg für Wenige ist. Das ist ein hohes Gut, da stimme ich Ihnen aus vollstem Herzen zu.

Was Sie hier erzählen, ist aber nichts anderes als die Geschichte der großen rheinland-pfälzischen Kultusminister Bernhard Vogel, Hanna-Renate Laurien und Georg Gölter.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Heiterkeit der Ministerpräsidentin Frau Dreyer
und der Staatsministerin Frau Ahnen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von uns, auch von Ihnen, sitzen hier, die ohne christdemokratische Bildungspolitik nicht dorthin gekommen wären, wo sie heute sind.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es waren nämlich die wichtigen Hochschulgründungen dieser Bildungsminister, die wichtig und maßgeblich für unser Land waren.

Aber wir müssen uns doch fragen, ob das, was wir heute in Rheinland-Pfalz unter einer rot-grünen Landesregierung vorfinden, wirklich noch für die Zukunft unseres Landes reicht.

Werfen wir einen Blick auf Fakten. Ich will einige Punkte nennen:

1. Ich zitiere den Bildungsmonitor 2014 des Instituts für Neue Soziale Marktwirtschaft –: „Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind im nationalen Vergleich eher forschungsschwach. Das Volumen der eingeworbenen Mittel ist (...) gemessen an der Anzahl der Professoren das geringste in allen Bundesländern.“

Ist das das Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz, von dem Sie sprechen, Frau Ministerin?

2. Die Habilitations- und Promotionszahlen liegen in nahezu allen Fächergruppen bei uns weit unter dem Bundesdurchschnitt. Wir belegen den vorletzten Platz aller Bundesländer.

3. Bereits 2011 hat unsere CDU-Landtagsfraktion eine große Anfrage gestellt und auf die Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses hingewiesen. So kann bei Habilitationen nur rund die Hälfte der Nachwuchswissenschaftler mit einer universitären Stelle rechnen, um sich zu finanzieren. Da hilft es zu vergleichen. Im Bundesdurchschnitt sind es aber 70 %. Ist das das perfekte Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz, von dem Sie gesprochen haben, Frau Ministerin?

4. Bei der Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden an Universitäten belegt Rheinland-Pfalz seit Jahren nur den vorletzten Platz. Ist das das schöne Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz, von dem wir vorhin gehört haben?

(Baldauf, CDU: Hört! Hört!)

In fast allen anderen Bundesländern finden die Studierenden bessere Studienbedingungen. Wer gute Wissenschaftler haben will, sollte exzellente Leistung fördern, statt sich für den Begriff der Exzellenz zu schämen.

(Beifall der CDU)

5. Was vom rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt in Forschung und Entwicklung investiert wird, liegt seit Jahren auf niedrigem Niveau. Auch hier habe ich einen Vergleich, von dem die Ministerin auch nichts gesagt hat – sie ist jetzt nicht da; es mag sein, dass das für sie dann schon alles gut ist; das finde ich jetzt nicht sehr höflich –:

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Bundesweit stehen wir hier nur auf Platz 12, Frau Ministerin.

6. Bei der Anzahl der Forscher an Hochschulen in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt belegt Rheinland-Pfalz sogar den vorletzten Platz. Ist das dieses blühende Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz, von dem Sie hier so

einseitig gesprochen haben, Frau Ministerin? Wir sehen das anders.

(Beifall der CDU)

7. Ich will erwähnen – auch darüber haben Sie nicht gesprochen; das hätte Ihre Rede zumindest ansatzweise überzeugender gemacht –, es gibt überfüllte Hörsäle, genervte und gestresste Studierende, befristete Arbeitsverträge für viele Mitarbeiter. Das sind auch Realitäten hinter den steigenden Studierendenzahlen, für die Sie sich feiern lassen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, hierzu kam von Ihnen kein Wort. Warum? – Weil es vielleicht nicht in das schön gemalte Bild passt?

8. Sie verschweigen, dass eine Vielzahl von Studiengängen wegen der vielen Studierenden mit einem Numerus clausus von 1 belegt ist. Das bedeutet für viele fachlich geeignete Abiturienten faktisch den Ausschluss von weiten Teilen des Studienangebots. Da frage ich mich: Ist es wirklich das faire Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz, von dem Sie immer reden? Da hat doch die Realität mit der Rede nichts zu tun.

(Beifall der CDU)

9. Junge Wissenschaftler werden mit reduzierten Stellen und extremen Befristungen hier in Rheinland-Pfalz konfrontiert. Beim Wettbewerb um die besten Köpfe haben andere Bundesländer bessere Karten. Auch das hätte hier zu einer Ehrlichkeit hinzugehört.

(Noss, SPD: Ja! Ja!)

Karriereverknüpfungen haben bisher an den rheinland-pfälzischen Hochschulen Seltenheitswert, wenn wir das mit anderen Ländern vergleichen.

Frau Reiß, deshalb sage ich – schade dass Sie erst jetzt, nachdem Bundesmittel fließen, die Kraft finden, hier aktiv zu werden –: Ist das das vorausschauende Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz?

Was anscheinend vorausschauend war – das war eine der ersten Handlungen dieser rot-grünen Landesregierung zu Beginn dieser Legislaturperiode –, man hat die Gebühren für Langzeitstudenten abgeschafft. Das war ein wirklich nachhaltiger rot-grüner Beitrag zur Finanzierung unserer Hochschulen.

Die Konsequenz: Den Hochschulen brechen die Einnahmen weg, und der Bäckergerelle darf nun fleißig die Krankenversicherung und die zahlreichen Semester der Bummelstudenten mitfinanzieren. Das hat nichts mit Fairness und sozialer Gerechtigkeit zu tun.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wenn das Ihr Land von morgen ist, dann kommen Sie mit den Antworten von gestern nicht weit.

(Hartloff, SPD: Die Klischees von vorgestern!)

Die CDU-Fraktion ist für ein kostenfreies Erststudium, aber Solidarität kann keine Einbahnstraße sein. Wer sich im 30. Semester als Student nicht hetzen lassen will, der muss auch seinen Beitrag leisten; denn wie wollen Sie einer Friseurin klarmachen, dass es sozial gerecht ist, dass der eine auf ihre Kosten Dauerstudent sein kann, sie aber ihre Meisterprüfung aus eigener Tasche zahlen muss.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gaukeln den Langzeitstudenten doch auch etwas vor. Gebühren für Langzeitstudenten wären auch ein Zeichen. Fallen sie weg, ist es eine Einladung, allzu lange in der falschen Richtung unterwegs zu sein, statt über eine neue Abbiegung, die einem besser liegt, nachzudenken; denn der junge Mensch ist doch nicht mehr wert, nur weil er den Status Student trägt.

Hier muss sich auch das gesellschaftliche Klima ändern für eine bessere Anerkennung von Menschen, die nicht das Abitur haben und nicht studieren gehen.

Die Zahl der Studenten, die ihr Studium abbrechen, ist seit Jahren gleichbleibend hoch. Auch dazu haben wir von Ihnen nichts gehört, Frau Ministerin. Mehr als 30 % schließen ihr Studium an der Universität nicht ab.

Natürlich kann man sich entwickeln und sich umorientieren.

Aber so mancher Umweg hätte auch vermieden werden können zum Wohle aller Beteiligten, wenn man sich als Landesregierung in dieser Angelegenheit ehrlicher gemacht hätte.

(Beifall der CDU –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bevormundung ist das!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 30 % Studienabbrecher, das ist schlichtweg zu viel. – Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie sprechen bei 30 % Studienabbrechern pauschal von einem erfolgreichen Studium, von guter Lehre und exzellenter Forschung.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Einen Teil der Statistik scheinen Sie nicht mitbekommen zu haben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir reden oft mit Studenten. Unsere Landtagsfraktion – –

– Also, Herr Pörksen, ich nehme Ihnen ab, dass Sie alles besser können, dass Sie wirklich alles besser können! Das nehme ich Ihnen ab, deshalb sind Sie jetzt auch PGF geworden als Jungtalent Ihrer Fraktion.

Aber, Herr Pörksen, bitte nehmen Sie mir auch ab, dass es auch andere Menschen gibt, die schon mit den Men-

schen im Land im Gespräch sind. Alles andere wäre doch ziemlich arrogant.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Wir reden oft mit Studenten, Professoren und Studierendenwerken. Frau Ministerin, dabei erfahren wir übrigens auch von anderen Biografien als denen, von denen Sie erzählt haben. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie diesen Menschen heute auch Plätze auf dieser Tribüne angeboten hätten. Sie hätten den vielen studierten Lehrern, die seit Jahren in befristeten Kettenarbeitsverträgen verharren, Plätze auf der Tribüne anbieten können.

(Beifall der CDU)

Sie hätten den vielen Jungwissenschaftlern, die eine unsichere Arbeitsstelle haben, Plätze anbieten können. Sie hätten den Abiturienten Plätze anbieten können, die trotz eines Notendurchschnitts von 1,3 keinen Medizinstudienplatz bekommen haben,

(Bracht, CDU: Dann hätten wir das Stadion mieten müssen!)

und Sie hätten den Studenten, die keinen Platz in überfüllten Seminaren bekommen haben, auch einen Platz anbieten müssen. – Aber für all die Biografien wäre diese Tribüne zu klein gewesen.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerin Reiß, deswegen lautet unsere Empfehlung: Fragen Sie einmal die Ausbildungsbetriebe, die keine Lehrlinge finden. Fragen Sie Studierende in einem überfüllten geisteswissenschaftlichen Seminar nach den Studienbedingungen. Fragen Sie Dozenten, die verzweifelt darum bemüht sind, in überfüllten Lehrveranstaltungen die Studierenden noch für Wissenschaft zu begeistern.

Ein Professor hat mir für heute den folgenden Satz mit auf den Weg gegeben: Sagen Sie bitte, dass wir trotz und nicht wegen Rot-Grün gute wissenschaftliche Arbeit abliefern. – Die Lehrbedingungen sind alles andere als zufriedenstellend.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, konkrete Zukunftsperspektiven ist uns Frau Ministerin Reiß schuldig geblieben. Stattdessen schmücken Sie sich mit fremden Federn. Sie wollen sich dafür feiern lassen, dass Sie Bundesgeld, Bundesmillionen – und diese auch nur zum Teil – an die Hochschulen durchleiten. Dabei ist es die CDU-geführte Bundesregierung mit Wissenschaftsministerin Frau Professor Wanka, die unsere Hochschulen unterstützt und in sie investiert. Es sind 35 Millionen Euro, die aus Berlin nach Rheinland-Pfalz fließen, und das ist gut so.

Andere Bundesländer bringen diese Mittel übrigens zu 100 % in ihre Hochschulen ein. Ich danke ausdrücklich Frau Bundeswissenschaftsministerin Professor Wanka

und auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ihre Initiative zur Stärkung des akademischen Mittelbaus.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Stärkung heißt zum einen mehr Geld für verlässliche Karrierestellen und zum Zweiten ein Gütesiegel für vorbildliche Personalentwicklung.

Aber was tut Rheinland-Pfalz? – Abwarten, bis der Bund handelt und dieses dann als landespolitische Initiative verkaufen. – Das kennen wir, das können Sie gut; aber mittlerweile haben es auch andere durchschaut.

Liebe Kollegen, Henry Ford sagte einmal:

„Was ein Land ausmacht, entscheidet sich nicht erst in den Forschungslaboren und in den Fabrikhallen, sondern in den Schulen.“

Richtig: Die Grundlagen für die Studierfähigkeit der jungen Menschen werden bereits in der Grundschule gelegt. Hier sitzen die Forscher, hier sitzen die möglichen Nobelpreisträger von morgen, aber sie brauchen heute das notwendige Rüstzeug. Schüler soll man nicht überfordern, aber wir sollten sie auch nicht unterfordern; denn einen Gefallen tun wir ihnen damit nicht.

(Beifall der CDU)

Deshalb sagen wir als Christdemokraten im Landtag, Rüstzeug heißt, Wissen und Kompetenzen zu haben, und dazu gehört nach unserer Meinung auch der sichere Erwerb der Schriftsprache. Schreiben lernen nach Gehör ist ein fatales Experiment an unseren Grundschulen, das wir ablehnen.

(Beifall der CDU)

Wie sollen Studenten denn eine Hausarbeit verfassen können, wenn Rechtschreibung und Ausdrucksfähigkeit schon in simplen Alltagstexten nicht sitzen? – Da hilft auch ein noch so gutes Rechtschreibprogramm im Computer nicht weiter.

Die Abiturientenzahlen steigen in Rheinland-Pfalz an – das stimmt –, und mit ihnen steigen übrigens auch die Einser-Abiturienten. Die Noten scheinen immer besser zu werden

(Wehner, SPD: Das nennt man Gauß-Verteilung!)

– Also, lieber Herr Wehner, nach der Gaußschen Normalverteilung waren Sie einmal gerade nicht dabei gewesen, als es vergeben worden ist.

(Beifall der CDU)

Heute sind beide Ministerinnen anwesend, auch Ihre Vorgängerin, die wahrscheinlich nachher noch ein bisschen etwas kommentiert bei ihrer Nachfolgerin, und ich möchte Ihnen sagen, die Noten scheinen immer besser zu werden in Rheinland-Pfalz, was auf den ersten Blick gut wirkt. – Aber steigt damit auch die Qualität des Bildungssystems, wenn automatisch die Noten besser

werden, wenn wir nur darauf schauen, was draufsteht, und nicht hineinschauen, was man für diese Noten bekommt und was darin ist?

Ich bezweifle, dass das Bildungssystem dadurch automatisch besser wird; denn schauen wir nur einmal auf die Vorkurse an den Hochschulen. Warum sprießen die Vorkurse an den Hochschulen denn wie Pilze aus dem Boden, wenn doch die Einser-Abiturienten so hervorragend die Schulen verlassen würden, wie Sie es uns glauben machen wollen?

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin Ahnen und auch Frau Ministerin Reiß, deshalb möchte ich sagen, Bildungsinhalte sind nicht beliebig, sie müssen aufeinander aufbauen. Deshalb darf das Gymnasium seinen Anspruch auch nicht aufgeben, den Schülern eine wirkliche Hochschulreife und nicht bloß eine Hochschulzugangsberechtigung zu vermitteln. Das ist ein Unterschied.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen Lehrpläne verbindlich sein. Der inhaltliche Anspruch darf nicht zurückgeschraubt werden, nur damit die Zahlen erreicht werden und Ihre Statistik stimmt. Vergleichbare und aussagekräftige Ziffernnoten müssen beibehalten und landeseinheitliche Abschlussprüfungen eingeführt werden. Nur so können wir die inhaltlichen Qualitätsanforderungen der Hochschulreife, aber auch der Ausbildungsreife garantieren. Uns Christdemokraten geht es um aussagekräftige Qualität anstatt um schön klingende Quoten von Rot-Grün.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine Offensive zur Qualitätssicherung in der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik; denn zur Reife gehören inhaltliche Kenntnisse, die Beherrschung der grundlegenden Kulturwerkzeuge wie Sprache, Schrift und Rechnen sowie die Fähigkeit, auch kritisch zu reflektieren.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Herr Schweitzer, Sie machen immer ein paar Zwischenrufe. Ich verkneife mir jetzt ein paar Zwischenrufe zum Thema Rechtschreibung.

(Pörksen, SPD: Sie sollten ein bisschen vorsichtiger sein mit Ihren Drohungen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Abitur darf diesen Anspruch nicht verlieren; denn ansonsten bedeutet später Quellenstudium nur noch den Rückgriff auf Wikipedia.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die Schüler nicht zu einer wirklichen Hochschulreife befähigen, dann ist Frustration später vorprogrammiert.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Scheitern auch!)

Die zahllosen Mathematikvorkurse an den Universitäten sprechen doch Bände, und dazu haben Sie übrigens gar nichts gesagt. Solche Kurse binden in den Universitäten und Fachhochschulen erhebliche Kräfte. Diese Kräfte fehlen aber dann nachher bei der eigentlichen Forschung und Lehre.

Frau Ministerin Reiß, Sie haben betont:

„Jeder, der studieren will, soll auch studieren können.“

Verehrte Kollegen, für uns spielt neben dem Willen aber auch die Fähigkeit für ein Studium eine Rolle, unabhängig von Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern; denn wir können keinen Freifahrtschein für alle für die Hochschule geben, ansonsten bräuchten wir auch keine Hochschulreife.

(Beifall der CDU)

Warum wollen wir nicht allen einen Freifahrtschein geben? – Weil dadurch automatisch die Wertschätzung für die Berufsbildung sinkt. Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Beliebtheit war noch nie ein Garant für Nachhaltigkeit. Unsere Idee von Bildung als Christdemokraten ist eine andere. Unsere Idee ist die einer guten Bildung, die auf Qualität, Durchlässigkeit, Verlässlichkeit und auf inhaltliche Voraussetzungen setzt.

Deshalb muss ich Ihnen auch sagen, eine weitere Entwicklung gibt uns Anlass zur Sorge. Seit Jahren wird die duale Bildung systematisch ab- und das Abitur und das Studium systematisch aufgewertet.

Das Abitur gilt immer mehr als das allein Seligmachende. Damit wir uns richtig verstehen, es ist gut, dass heute viel mehr junge Menschen Abitur machen als vor vielen Jahrzehnten, dass Frauen Abitur machen, dass Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien Abitur machen. Das ist gut und richtig.

(Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dass Frauen Abitur machen!)

– Dass Frauen Abitur machen, halte ich für richtig.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh je!)

– Frau Blatzheim-Roegler, ich möchte einmal etwas sagen. Sie legen Wert auf das Binde-I bei Bürgerinnen. Dann kann ich auch sagen, dass es gut ist, dass Frauen Abitur machen, weil das vor 50 Jahren nicht normal gewesen ist.

(Beifall der CDU)

Es ist gut, dass sich das entwickelt hat. Aber zu sagen, allein die Steigerung von Abiturienten führt schon zu einem besseren Bildungssystem, halte ich für fatal. Ich will noch eines deutlich machen: Im vergangenen Jahr haben erstmals mehr junge Menschen ein Studium begonnen als eine duale Ausbildung gemacht. In Rheinland-Pfalz haben 2014 so wenig junge Leute eine Berufsausbildung gemacht wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das unterscheidet mich von der Frau Ministerin. Ich persönlich kann mich nicht darüber freuen, dass sich

immer weniger für eine Berufsausbildung entscheiden, weil sie glauben, dass sie dann weniger wert wären.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Was unterstellen Sie da eigentlich?)

Jeder Mensch ist gleich viel wert, egal, ob er ein Studium absolviert oder eine Ausbildung gemacht hat. Die Folgen sind heute schon spürbar. Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt. Die Nachfolge in Handwerksbetrieben ist vielfach nicht gesichert. Es gibt viele junge Menschen, zu denen ein Berufsweg besser als ein Langzeitstudium gepasst hätte. Frau Ministerpräsidentin, Sie spüren doch selbst auch, dass das momentan in Rheinland-Pfalz nicht gutgeht. Sonst müssten Sie doch nicht im eigenen Land eine teure Werbekampagne für Fachkräfte machen.

(Beifall der CDU)

Man muss sich das einmal vorstellen. Frau Ministerpräsidentin Dreyer, ich würde es doch verstehen, wenn Sie die Werbung im Ausland und in anderen Bundesländern machen würden. Aber von diesen 18 Info-Touren finden sage und schreibe elf Info-Touren für Fachkräfte im eigenen Land statt. Es ist doch klar, dass Ihr Bildungssystem anscheinend nicht so aufgegangen ist, wie Sie sich das vorgestellt haben.

(Beifall der CDU)

Trotz allem erklären Sie, Frau Ministerin Reiß, dass steigende Abiturientenzahlen per se schon ein Bildungserfolg seien. Je mehr Abiturienten, desto erfolgreicher unser Bildungssystem? Eine fragwürdige Formel. Eine Lehre ist nicht minderwertig! Das sagen wir Christdemokraten.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder braucht den richtigen Bildungsweg, der zu seinem Lebensweg und zu seiner Begabung passt. Berufliche und akademische Bildung sind gleich viel wert. In Rheinland-Pfalz ist der Unterrichtsausfall seit Jahren gerade an den berufsbildenden Schulen doppelt so hoch wie an den allgemeinbildenden Schulen. Ausbildungsgänge werden kurzerhand geschlossen oder verlegt. Man sieht, dass die Landesregierung die duale Ausbildung nur verbal schätzt, aber de facto nicht so handelt.

Ist es denn wirklich ein Bildungsabstieg, wenn der Sohn eines Philosophiedozenten statt eines Studiums eine Schreinerlehre macht und anschließend den Meister?

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das sagt doch keiner! –

Pörksen, SPD: Wer spricht denn dagegen? –

Köbler, CDU: Das ist nur Ihr elitäres Denken!)

Als tüchtiger Handwerksmeister hat er sogar gute Chancen, den Verdienst seines Vaters an der Hochschule zu übertreffen. Wer hier erzählt, das Bildungssystem wäre nur dann besser, wenn die Studenten, die Studierendenzahlen und die Abiturientenzahlen steigen, der sagt diesem Handwerksgelesen,

(Pörksen, SPD: Wer erzählt das denn hier?)

dass er weniger wert ist als ein Abiturient. Das sehen wir anders.

(Beifall der CDU)

Liebe Frau Ministerin, Sie rühmen sich, dass viele junge Menschen zu einem Studium nach Rheinland-Pfalz kommen. Sie verschweigen aber, dass sie nach dem Studium in noch größerer Zahl in Richtung Stuttgart, München oder Frankfurt weiterziehen.

Frau Ministerin, die Medizinstudienplätze in Rheinland-Pfalz reichen nicht aus, um den Bedarf an Ärzten im Land zu decken. Der Lehrstuhl für Allgemeinmedizin lässt immer noch auf sich warten.

Dagegen werden in großer Zahl Lehrer ausgebildet. Nach erfolgreichem Abschluss beschäftigen Sie diese aber in Kettenarbeitsverträgen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich freue mich schon wirklich auf den 1. Mai. Frau Ministerpräsidentin, Sie werden als Rednerin unterwegs sein. Sie werden sicherlich wie jedes Jahr das Verhalten von Arbeitgebern, die, wie Sie es gesagt haben, unfair seien, wie beispielsweise in der Gastronomie, wieder geißeln. Aber nehmen Sie doch bitte einen Spiegel mit in Richtung Landesregierung. Auch die Landesregierung ist Arbeitgeber. Zu dem, wie Sie mit den vielen jungen Menschen umgehen, die ein Studium abgeschlossen haben und seit Jahren in befristeten Kettenarbeitsverträgen verharren, ist zu sagen,

(Baldauf, CDU: Und dafür haben Sie die Verantwortung!)

das ist weder fair, das ist weder sozial, noch ist es gerecht.

(Beifall der CDU –

Bracht, CDU: Jawohl!)

Statt die Forschung zu stärken, wird die Innovationsstiftung des Landes aufgelöst. Ein wichtiges und vor allen Dingen innovatives und unbürokratisches Instrument fällt weg.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, so entsteht eben keine Zukunft. Ob die Zukunft dann eine Freundin der kommenden Generation ist? Ich weiß es nicht, ob sie es ist. Hier verfrühstückt Rot-Grün wichtige Chancen für Rheinland-Pfalz. Mangel verwalten statt Zukunft gestalten – Das ist Ihr Land von morgen. Unser Land von morgen legt Chancen frei.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin und Frau Ministerin, statt endlich loszulegen, legen Sie unser Land lahm! Rheinland-Pfalz staut – an allen Ecken und Enden!

(Beifall der CDU –

Noss, SPD: Ach du meine Güte!)

Deshalb sage ich zum Schluss: Die CDU-Fraktion hat solide Bausteine für das Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz und eine zukunftsstarke Wissenschaftspolitik.

Unser Weg:

Wir stärken die duale Ausbildung, um das Gleichgewicht zwischen Hochschule und Ausbildung wiederherzustellen. Wir wollen die gesellschaftliche Wertschätzung der Ausbildung erhöhen.

Wir legen einen Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung.

Wir treiben die weitere Vernetzung von Wissenschaft und Forschung voran. Die Universitäten und Fachhochschulen sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen müssen besser als bisher miteinander verbunden werden.

Frau Ministerin, ich bin etwas irritiert, dass Sie noch nicht einmal das große Engagement von Boehringer Ingelheim an der Universität Mainz erwähnt haben. Auch das verdient Dank und auch Erwähnung.

(Pörksen, SPD: Kein Verdienst der CDU!)

Wir werden Hochschulen entlasten, indem wir etwa die Qualität des Abiturs durch zentrale Schulabschlüsse sichern und auch wieder Gebühren für Langzeitstudenten einführen.

(Beifall der CDU)

Wir werden herausgehobene exzellente Leistungen an Hochschulen besonders würdigen und auch honorieren.

Wir werden die Hochschulfinanzierung wieder berechenbar gestalten. Damit sind verlässliche Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs auch planbar.

Mit uns gibt es keine Denkverbote und Scheuklappen bei neuen Technologien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Master und Meister sind nicht eins. Sie sind aber zwei Seiten einer Medaille. Frau Ministerin Reiß und Frau Ministerpräsidentin Dreyer, wir brauchen einen größeren, einen in sich stimmigeren Entwurf für ein Wissenschafts- und ein Bildungsland Rheinland-Pfalz, das nicht nur auf schöne Quoten setzt,

(Pörksen, SPD: Drei Minuten für eigene Vorschläge!)

sondern den jungen Menschen den Rucksack mit Fähigkeiten vollpackt und ihnen nicht nur für den Tag der Urkundenübergabe eine gute Note gibt, sondern sie auch auszeichnet mit Fähigkeiten und Kompetenzen, die weltweit einem Wettbewerb standhalten können und nicht nur letztlich Ihre Statistik schmücken.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der CDU – Bracht, CDU: Bravo!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Schleicher-Rothmund das Wort.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Klöckner, ich hatte nicht die Erwartung, dass Sie hier konzeptionell etwas vorlegen würden.

(Dr. Weiland, CDU: Haben Sie überhaupt eine Erwartung?)

– An Sie nicht mehr allzu viele. Dass Sie aber auf Bernhard Vogel, Hanna-Renate Laurien und Georg Gölder zugreifen müssen, 25 Jahre, nachdem diese nicht mehr hier sind, und verkennen, was sich in diesem Land alles getan hat, das zeigt eine gewisse Ahnungslosigkeit, um es diplomatisch zu formulieren.

Wenn wir all die, die an den neu entstandenen Hochschulstandorten gut studiert haben, hier eingeladen hätten, hätte noch nicht einmal die Rheingoldhalle als Tribüne gereicht. Nein, dann hätten wir eine Riesentribüne gebraucht. Es war also schon richtig, eine gewisse Auswahl zu treffen.

Sie haben kritisiert, dass es zu wenig Drittmittel sind. Sie haben nicht zugehört. Es gibt einen Zuwachs von 71 % bei den Drittmitteln.

(Frau Klöckner, CDU: Zu den Drittmitteln gehören auch Bundesgelder!)

Sie beklagen den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Ich glaube, da herrscht Einigkeit, da muss etwas getan werden. Deswegen hat man sich vor Kurzem darauf geeinigt, Bund und Länder werden eine Milliarde Euro auflegen für einen Zeitraum von zehn Jahren, um ein Bund-Länder-Programm auf den Weg zu bringen. Was sagt uns das? Das Thema scheint kein rheinland-pfälzisches Thema zu sein, sondern es scheint ein bundesweites Phänomen zu sein.

Es ist schwierig, wenn man just bei der Wissenschaft mit unsauberen Zahlen ankommt. Das ist immer doof.

Bei Ihrem Antrag auf der ersten Seite schreiben Sie, dass wir bei der Betreuungsrelation auf dem vorletzten Platz liegen. Dann ist es dem Schreiber oder der Schreiberin des Antrags doch irgendwie blümerant geworden und er dachte, man muss es nicht so deutlich schreiben. Wir sind plötzlich bei einem hinteren Platz. Man wollte nicht direkt erwischt werden.

Aber Sie haben hoffentlich der Ministerin gut zugehört. Wir sind im Mittelfeld angekommen. Man muss die aktuellen Zahlen und nicht die von 2011 nehmen. Redlichkeit gehört zur Debatte dazu.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bauen eine merkwürdige Diktion auf, keiner würde sich bei Ihnen für Exzellenz schämen. Glauben Sie, wir würden uns vor Exzellenz schämen? Machen Sie sich einmal kundig. Fragen Sie Frau Kollegin Marlies Kohnle-Gros. Wer hat die Exzellenzinitiative auf den Weg ge-

bracht? Das war Rot-Grün im Bund mit Edelgard Buhlmann. Wir schämen uns überhaupt nicht für Exzellenz. Im Gegenteil, wir führen es im Land Rheinland-Pfalz fort.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bejammern den Numerus clausus. Natürlich ist das schwierig, wenn einzig und allein die Abiturnote ausschlaggebend sein soll. Das ist vor Jahren geändert worden. Es dürfen auch andere Kriterien mit herangezogen werden. Das ist gut so. Das sollte man wissen, wenn hier man den Numerus clausus in dieser Form, wie Sie es getan haben, angreift.

Sie haben mehrfach das Thema der befristeten Verträge benannt. Ich habe gerade gesagt, es wird ein Programm auf den Weg gebracht. Ich werde es gleich noch einmal sagen. Die Ministerin hat es deutlich ausgeführt. Von den 25 Millionen werden 200 Stellen dafür genommen, befristete Verträge aufzulösen.

Sie sagen – Sie zitieren die Forschungsstudie –, die Leute haben in anderen Ländern bessere Karten. Hat jemand in die Karten schauen können? Konkret werden Sie da nicht. So kann man nicht sauber argumentieren, schon gar nicht in einer wissenschaftlichen Debatte.

Sie sagen, wir bräuchten Tenure-Track. Edelgard Buhlmann hat es damals eingeführt. Aber die CDU war für Juniorprofessur und Tenure-Track überhaupt nicht zu haben. Sie haben sich immens dagegen gewehrt. Jetzt plötzlich kann es gar nicht genügend davon geben.

Ich komme zum Langzeitstudenten. Die CDU stellt sich als Verfechter der Studienkonten dar. Dass ich das noch einmal erleben durfte. Ich durfte das schon einmal in einer Debatte erleben. Da war es Frau Schäfer, jetzt ist es Frau Klöckner.

Erst einmal folgen Sie der Ihnen eigenen Diktion. Sie können nicht sagen, wofür Sie stehen. Sie schaffen es nur, die Dinge gegeneinander auszuspielen. Die arme Friseurin muss jetzt das Geld für den Bummelstudenten erarbeiten. Wie viel Bummelstudenten sind es? Stand das auch in Ihrer Rede? Über wie viele, über welchen Prozentsatz reden wir eigentlich?

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Ist Ihnen bei Ihren vielen Gesprächen, die Sie mit den Hochschulvertretern machen, aufgefallen, dass die darüber klagen, dass sie mittlerweile durch BA und MA sehr strikt durch das Studium geführt werden? Da kommt keiner mehr zum Bummeln. Das ist Ihre CDU-Denke und -Rhetorik. Gegeneinander Ausspielen ist die Art, wie Sie gerne argumentieren, aber nicht in einer solch wichtigen Debatte wie dem Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie beklagen die Studienabbrecher. Deswegen gibt es ein vorbildliches Programm an der Hochschule Kaiserslautern. Klasse ist, dass mittlerweile der Bund auch ein Programm aufgelegt hat. Erneut stelle ich die Frage:

Warum macht der Bund das eigentlich? – Es scheint sich nicht um ein rheinland-pfälzisches Phänomen zu handeln.

Insgesamt scheinen Sie nicht richtig zugehört zu haben. Sie sprechen wiederholt von befristeten Arbeitsverträgen und von überfüllten Hörsälen. Haben Sie nicht zugehört, was es alles an Initiativen und Programmen gibt, um diese Hochschulexpansion so zu gestalten, dass man die Studienbedingungen verbessern kann?

(Frau Klöckner, CDU: Es zählt das Erreichte!)

Ich komme zum Bundesgeld. Wissen Sie eigentlich, wer in den Koalitionsverhandlungen damals dafür gesorgt hat, dass die BAföG-Mittel mit berücksichtigt werden? Dann müssen wir der SPD und konkret Frau Ahnen besonders dankbar sein. Ich möchte deswegen eines klarstellen. Das sind Steuergelder und nicht Wanka-Millionen von Frau Wanka von ihren kleinen Sparbüchern, die sie uns freundlicherweise gegeben hat, sondern das ist politisch ausgehandelt worden, weil es sinnvoll ist. Es sind nicht Bundesmillionen. Es sind auch nicht Frau Wankas Millionen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bracht, CDU: Erst recht nicht Ihre!)

Im Übrigen haben wir im vergangenen Doppelhaushalt schon 100 Stellen auf den Weg gebracht, um dieser Befristungsproblematik entgegenzutreten. Da haben Sie natürlich nicht mitgestimmt. Sie haben aber auch nicht beim Sondervermögen mitgestimmt. Sie schweifen dann weiter und setzen die Wissenschaftsdebatte fort mit dem Thema Schreiben nach Schriftsprache. Ich bin gespannt, wenn wir eine Regierungserklärung zur Bildung bekommen, ob wir dann über den fehlenden Reinraum in der Grundschule Kreuznach reden müssen, weil die keinen Reinraum haben.

Es ist eigentlich ganz gut, wenn man über ein Wissenschaftsthema redet, dass man auch die Wissenschaft betrachtet und hier nicht so mental mäandriert, wie Sie es gerne tun.

Die Hochschulreife. Wie kommen Sie eigentlich dazu zu sagen, die Hochschulreife wäre zum Hochschulzugang geworden? Sie fabulieren das und bleiben den Beweis schuldig. Beweisen Sie das einmal. Wie kommen Sie auf diesen Einfall?

Dann geht es munter weiter. Für Sie spielen auch die Fähigkeiten eines jungen Menschen eine Rolle. Ich glaube, das gilt für alle hier im Haus. Deswegen haben wir ein breit aufgestelltes Angebot an Bildungseinrichtungen. Deswegen gehen wir frühzeitig an die Schulen mit Jobfüxen und vielem mehr, um eine vernünftige Beratung schon an den Schulen zu machen. Deswegen gehen wir frühzeitig dahin und sagen, liebe junge Leute, geht in die Studienberatung.

Deswegen sorgen wir dafür, dass der Wechsel eines Studiengangs oder der Weg vom Studium in die duale Ausbildung kein Scheitern ist, sondern ein Weg einer gelingenden Biografie, in der es eine Umorientierung gab. Das sollen Sie alle bitte mal registrieren.

Sie sprechen von einer Aufwertung des Abiturs und einer Abwertung der dualen Ausbildung. Die Erste, die das in diesem Haus gemacht hat, sind Sie. So explizit hat das hier noch niemand gesagt. Gemeint hat es noch nie jemand. Wie kommen wir denn dahin? Wissen Sie, was wir alles für die duale Ausbildung machen? Kennen Sie den seit Jahren existierenden Ovalen Tisch? Ehrlich gesagt, ich finde die Kampagne für die Fachkräftesicherung gut. Ich finde auch gut, dass sie im eigenen Land stattfindet.

Wir haben einmal den Fehler gemacht, eine Kampagne außerhalb des Landes zu machen. Wer erinnert sich noch? Wir haben für den Flughafen Hahn in Hessen geworben. Es gab eine Kleine Anfrage, wie wir hingehen könnten, in Hessen für etwas zu werben, was eigentlich reines Landesthema wäre. Sie müssen sich entscheiden. Werben wir für Landesinteressen im Land, oder dürfen wir auch mal rausgehen? Ich glaube, da übertreiben Sie es. Sie tummeln sich irgendwie auf Nebenkriegsschauplätzen.

Sie sagen uns, Sie hätten solide Bausteine für Ihre Wissenschaftspolitik. Schauen wir einmal auf Ihren Antrag. Schon der Zeitpunkt der Einbringung ist interessant. Der Beschluss, dass es eine Regierungserklärung zum Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz geben würde, ist vor fast zwei Wochen gefallen. Wenn es der CDU ein Bedürfnis gewesen wäre, das angeblich reichhaltige Konzept zur Wissenschaftslandschaft mitzuteilen, dann hätte dieser Antrag eigentlich schon ein paar Tage vorliegen können. Nein, man hat gewartet, bis die Regierungserklärung da ist. Dann wurde schnell gezimmert.

In dem Antrag steht unter anderem, man könne die Qualität des Wissenschaftsstandortes nicht allein an der Anzahl der Studienplätze ablesen. Das macht überhaupt keiner. Wir lesen die Qualität an der Qualität der Lehre, an der Qualität der Forschung und an der Qualität der Exzellenz ab. Die Ministerin hat es ausgeführt.

Die Landesregierung misst den Bildungserfolg allein an der steigenden Quote der Hochschulzugangsberechtigten. Das stimmt nicht, aber wir müssen konzertieren, dass der Hochschulpakt eine gemeinsame Initiative des Bundes und aller Bundesländer ist. Es scheint so zu sein, dass die OECD-Zahlen, die uns vor zehn Jahren vorgelegt worden sind, bei denen uns gesagt worden ist, liebe Deutschen, ihr habt zwar viele Hochschulzugangsberechtigte, aber die landen komischerweise nicht an euren Hochschulen, aber ihr habt gute Hochschulen – – –

Deswegen wurde ein Hochschulpakt auf den Weg gebracht. Das ist eine Bund-Länder-Initiative, nichts Rheinland-pfälzisches.

Jetzt muss ich gerade einmal schauen, was wir noch nicht hatten. Ach ja – das fand ich auch gut. Dann sagen Sie, die notwendigen Mittel, um die rasch wachsende Zahl an Studierenden bewältigen zu können, wurden Hochschulen beim Hochschulpakt jedoch vorenthalten. Die arme Frau Ahnen musste regelmäßig in Berlin bei Frau Schavan vorsprechen und sagen: Wir in Rheinland-Pfalz haben den Hochschulpakt übererfüllt, bitte, bitte kommt jetzt in die Pötte und setzt den Hochschulpakt

fort, und helft uns aus der Bredouille, weil wir im Augenblick gerade dabei sind, eine gemeinsame politische Idee vorzufinanzieren.

So weit einmal zu Ihrem Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen es, Stillstand ist Rückschritt, und Fortschritt braucht Bewegung. Ich freue mich, dass ich in dem Politikfeld der Wissenschaft tätig sein kann; denn kaum ein Politikbereich hat in der vergangenen Zeit so viel an Bewegung und damit auch an Fortschritt erlebt, und dies immer vor ausgesprochen gravierenden Herausforderungen, die wir gemeistert haben und denen wir begegnet sind.

Es galt, dem Bologna-Prozess umzusetzen. Es galt, der Einführung von Studiengebühren entgegenzustehen. Es galt, die Exzellenz voranzubringen. Es galt, den Hochschulpakt umzusetzen, und es galt, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu steigern und damit auch den Zugang für beruflich Qualifizierte an den Hochschulen zu verbessern.

Es galt auch noch etwas anderes, den Ansturm auf die Hochschulen durch den Wegfall der Wehrpflicht und die gemeinsamen Jahrgänge von G8 und G9 zu meistern. Dies alles haben wir gemacht. Dabei ist es uns Sozialdemokraten sehr, sehr wichtig, dass wir uns bei diesen Prozessen von Wertevorstellungen und Grundsätzen leiten lassen. Beliebigkeit ist für uns keine Option.

Für uns ist Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Bildung ist ein Grundrecht. Damit ist auch klar, dass Bildung gebührenfrei zu sein hat. Das beginnt in der Kindertagesstätte und gilt selbstverständlich auch für die Hochschulen.

Es ist klar, die Frage, ob sich ein junger Mensch für ein Studium entscheidet, darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Aber ich – und Frau Kohnle-Gros hat es vielleicht auch noch ganz gut in Erinnerung – weiß, vor zehn Jahren waren es CDU-geführte Bundesländer, die vor Gericht gezogen sind, damit sie den Studierenden 500 Euro ab dem ersten Semester abknüpfen konnten. Das gehört zur Ehrlichkeit auch dazu. Bei den Finanzen ist für uns Sozialdemokraten natürlich auch das BAföG zu nennen. Es ist eine sozialdemokratische Erfindung, für deren Erhalt und Verbesserung wir uns immer stark gemacht haben und das auch weiterhin tun werden.

(Frau Klöckner, CDU: Frau Schavan hat es erhöht!)

– Ach, Frau Schavan.

(Frau Klöckner, CDU: Ja, sie hat es erhöht!
Das kann man auch einmal sagen!)

– Sie hat es erhöht? – Ja.

(Frau Klöckner, CDU: Sie hat es zweimal erhöht!)

Nach wie viel Jahren Stillstand? Dann sagen Sie doch auch, sechs Jahre lang hat sie nichts gemacht, bis ihr dann alle derartig auf Pelle gerückt sind, dass tatsächlich das Geld einmal erhöht worden ist. Ja?

Wir werden es weiter erhöhen müssen. Da darf es gar keine Frage geben. Wichtig ist für uns aber auch – das haben Sie heute erleben dürfen –, wir stehen im Dialog mit den Hochschulakteuren und schaffen es somit, viele Dinge im Konsens auf den Weg zu bringen. Unsere Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen sind uns wichtig, und ihre Entwicklung ebenfalls.

Eines möchte ich hier auch ansprechen, wir dürfen bei dem Blick auf die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen den Blick nicht nur auf die Ergebnisse von Lehre, Forschung und Wissenschaft werfen, sondern wir sollten nicht vergessen, dass Sie auch die Kultur des Miteinanders in unserer Gesellschaft prägen; denn Bildung ist nicht nur Wissens- und Methodenvermittlung, sie ist auch Wesensbildung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute haben wir in Rheinland-Pfalz eine attraktive und leistungsfähige Hochschullandschaft. Die Ministerin hat es ausgeführt, es sind über 120.000 Studierende in Rheinland-Pfalz, die sich auf unsere vier Universitäten, sieben Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut in Mainz oder das Fraunhofer-Institut in Kaiserslautern verteilen.

Ich persönlich bin Verwaltungsratsvorsitzende des Instituts für Europäische Geschichte und durfte den Werdegang zum Leibniz-Institut begleiten. Auch diese Einrichtung ist ein Juwel in unserer Forschungslandschaft.

29.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten in unserem Land, um das Dreieck von Lehre, Forschung und Innovation zum Gelingen zu bringen. Denen gilt es, heute einmal ganz, ganz herzlichst Danke zu sagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Wissenschaft gewährleistet die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, und sie unterstützt uns bei der Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen. Wir haben es in unserem Antrag beispielhaft benannt. Hochschulen und außeruniversitäre Einrichtungen unterstützen uns zur Verständigung und zum friedlichen Miteinander der Kulturen, dem Gelingen der Energie- und der Digitalwende oder dabei, dass vielen Menschen in einer älter werdenden Gesellschaft auch im Alter ein würdiges Leben in der Mitte der Gesellschaft eröffnet werden kann.

Ich komme zum Stichwort gute Lehre. Das Thema gute Lehre und Initiativen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen. Die Ministerin hat es ausgeführt. Deswegen begrüßen wir auch die gemeinsamen Anstrengungen der Landesregierung und der Hochschulen für gute Lehre. Den rheinland-pfälzischen Hochschulen wurden für die Jahre 2011 bis 2015 40 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um neue Ideen zur weiteren Verbesserung der Qualität der Lehre umzusetzen.

Dass wir dabei vorankommen, zeigen die positiven Ergebnisse unserer Hochschulen. So erhalten sie für ihre

Konzepte bis 2016 aus dem Bund-Länder-Programm „Qualitätspakt Lehre“ insgesamt 43 Millionen Euro. Auch hier gilt, wenn es ein Bund-Länder-Programm ist, muss es ein bundesweites Phänomen sein.

Natürlich geht die Unterstützung für diesen Prozess weiter. Es ist zu begrüßen, dass die Ministerin gesagt hat, dass 10 % der Hochschulpaktmittel, also rund 90 Millionen Euro, weiterhin bis 2020 für die Verbesserung der Lehre investiert werden. Zur guten Lehre gehören selbstverständlich gute Arbeitsbedingungen. Mit der bundesweiten Hochschulexpansion gehen steigende Studierendenzahlen einher.

Dazu kommen dann noch die vielen befristeten Programme, die den Prozentsatz an befristeten Arbeitsverhältnissen überall haben zunehmen lassen. Ich habe es vorhin gesagt, es herrscht sicherlich Einigkeit, dass dieses hohe Maß an befristeten Verträgen zurückgefahren werden muss. Ich möchte einmal ein Beispiel eines wissenschaftlichen Mitarbeiters aus Gießen nennen: 16 Arbeitsverträge in zehn Jahren. – Das hätte man mit dem Mann in der Wirtschaft nicht machen können. Das darf in der Wissenschaft auch nicht mehr möglich sein.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Uns geht es darum, dem wissenschaftlichen Nachwuchs belastbare Perspektiven für eine Karriere in der Wissenschaft zu eröffnen. Dafür setzen wir uns ein: 100 Stellen im vergangenen Doppelhaushalt und jetzt 200 Stellen mit den 25 Millionen Euro aus dem BAFöG-Programm. – Davon werden 65 Stellen neue Professuren sein. Das alles ist, wie ich es vorhin gesagt habe, im Dialog mit den Hochschulen geschehen. Wir sind dafür im Februar auch gelobt worden. Der Präsident der Universität Mainz hat ganz öffentlich gesagt, die BAFöG-Millionen sind eine wichtige Investition in die Wettbewerbsfähigkeit rheinland-pfälzischer Hochschulen.

Für die prompte – das muss man nämlich auch wissen – und komplette Weitergabe der BAFöG-Millionen im Bildungsbereich wurden wir von Bundesbildungsministerin Wanka dieses Jahr bei der Tagung des Deutschen Hochschulverbands in Mainz gelobt. Wie man es der Presse entnehmen kann, dürfte ihr das andernorts schwerfallen.

In Hessen sollen die Hochschulen eine Vereinbarung unterschreiben, dass sie die Studierenden schneller durchs Studium bringen. Nur wer unterschreibt, bleibt von Einsparungen verschont und bekommt Geld. Für uns in Rheinland-Pfalz sind aber nicht nur Stellenmehrungen und die unmittelbare Weitergabe der Gelder erfreulich, auch die Vereinbarung, dass die Hochschulen ein Leitbild für gute Beschäftigung erarbeiten, ist begrüßenswert. Damit wird nämlich Personalentwicklung als Teil der Hochschulkultur etabliert.

Auf die wissenschaftliche Nachwuchsförderung wird ebenfalls besonderes Augenmerk gelegt. Jede zweite Juniorprofessur soll künftig ein Tenure-Track bekommen. Damit wird einem jungen Forscher oder einer jungen Forscherin bei positiver Bewertung die Berufung gesichert.

In diesem Zusammenhang ist es auch hervorzuheben, dass die Große Koalition Geld für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses jetzt noch weiterhin zur Verfügung stellen will. Aber eines ist klar, es muss noch mehr passieren. Wir brauchen eine Reform des Wissenschaftsvertragsgesetzes, damit die Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur Lehre, Forschung und Exzellenz sind uns ein Anliegen, sondern insgesamt die Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Schul- und Bildungslandschaft und des Wissenschaftslandes Rheinland-Pfalz.

(Glocke des Präsidenten)

Ich lade sie alle herzlich ein, beteiligen Sie sich an diesem konstruktiven Prozess. Stimmen Sie unserem Antrag zu, und lehnen Sie den von der CDU bitte ab.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich darf Gäste im Landtag begrüßen. Es sind Schülerinnen und Schüler der Grundschule in Straßenhaus hier bei uns sowie Bürgerinnen und Bürger aus den Verbandsgemeinden Winnweiler, Rockenhausen und Alsenz-Obermoschel. Herzlich willkommen hier in Mainz bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Heinisch das Wort.

Abg. Heinisch, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute über die Hochschulen, die Wissenschaft und die Forschung in Rheinland-Pfalz sprechen, dann sprechen wir über einen Bereich, der in den vergangenen Jahren mit seinen Aufgaben gewachsen ist. Gewachsen ist die Zahl der Studierenden. Gewachsen ist eine vielfältige und vernetzte Forschungslandschaft.

Gewachsen ist das Bewusstsein für den Stellenwert guter Studienangebote und guter Qualität in der Lehre. Gewachsen ist auch die soziale Infrastruktur. Gewachsen ist nicht zuletzt die Zahl der Beschäftigten. Dieses Wachstum ist einerseits eine große Chance, aber andererseits stellt uns dieses Wachstums auch vor große Herausforderungen.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Studierenden bundesweit so stark gewachsen wie nie zuvor. Das ist kein rheinland-pfälzisches Phänomen. Das geht auch gar nicht, weil die Studierenden bundesweit mobil sind.

Die Aussetzung der Wehrpflicht und die doppelten Abiturjahrgänge waren sogar externe Faktoren, die dieses Wachstum beschleunigt haben. Die waren in Rheinland-Pfalz nicht hausgemacht, aber sie haben dem Ganzen noch einmal einen Turbo gegeben.

Dass wir derzeit dennoch keinen Einbruch der Studierendenzahlen erleben, liegt daran, dass der Anteil jedes Jahrgangs, der an die Hochschulen geht, stetig gewachsen ist, und zwar seit Jahrzehnten. Diesen Trend haben wir derzeit auch. Insofern gab es ein großes Wachstum. Die Hochschulen sind dann auch mit ihren größer werdenden Aufgaben in Forschung und Lehre gewachsen.

Das war nur möglich, weil der Bund und die Länder reagiert, mit dem Hochschulpakt zusätzliches Geld in die Hand genommen und die Hochschulen dabei unterstützt haben, dieses Wachstum auch zu organisieren.

Ein Problem bei diesem Hochschulpakt ist aber, dass er im Grunde in seiner Gesamtlaufzeit begrenzt ist und er die zusätzlichen Gelder immer nur mit fünfjährigen Planungshorizonten zur Verfügung gestellt hat. Das heißt, das, was wir eigentlich aus dem Bereich der Forschung schon lange kennen, nämlich der große Anteil von befristeten Mitteln, hat auch bei den Mitteln für die Forschung und die Lehre deutlich zugenommen. Das hat natürlich auch dazu geführt, dass das Hochschulwachstum, das wir hatten, bundesweit stark zu einem Wachstum der befristeten Beschäftigung geführt hat. Das ist kein rheinland-pfälzisches Phänomen, wie eben probiert wurde, das darzustellen, sondern das ist ein bundesweites Problem.

Für uns als GRÜNE war es beim Wiedereinzug in den Landtag ganz wichtig, dass wir dieses Problem angehen. Die GEW hat ihr Templiner Manifest gemacht. Sie hat das Thema quasi auf die Tagesordnung gesetzt. Es sind immer mehr Kräfte dafür sensibilisiert worden, wie die Hochschulrektorenkonferenz. Der Deutsche Hochschulverband hat sich des Themas bei einer Tagung in Mainz angenommen.

Wir in Rheinland-Pfalz haben die freiwerdenden BAföG-Mittel konsequent genutzt, um genau in diesem Bereich Schwerpunkte zu setzen. Da müssen wir einmal in den Ländervergleich gehen. Da müssen wir einmal schauen, wer das gemacht hat. Wer hat zusätzliche Dauerstellen geschaffen? Wer hat Geld in die Hochschulen gebracht? Vor allem, wer hat im Zusammenhang mit diesen BAföG-Mitteln vereinbart, dass alle Hochschulen Personalentwicklungskonzepte erarbeiten sollen oder Leitbilder für gute Beschäftigung, bei denen es natürlich auch darum geht, einen verantwortungsvollen Umfang mit dem wissenschaftlichen Personal zu finden? Das müssen wir einmal anschauen. Da geht es um die Frage, ob bloß Bundesgelder durchgeleitet werden oder nicht. Wer hat das außer Rheinland-Pfalz denn gemacht?

Auf der Tagung des DHV, die ich erwähnt hatte, also der Berufsvereinigung der Universitätsprofessoren, hat die Bundesbildungsministerin – das hat Frau Schleicher-Rothmund erwähnt – drei Länder dafür gelobt, wie sie mit den BAföG-Geldern umgehen. Die DHV-Tagung stand unter dem Motto „Gute Beschäftigung in der Wissenschaft“ bzw. die Bedingungen für den wissenschaftli-

chen Nachwuchs waren das Hauptthema. Drei Bundesländer wurden gelobt. Das eine war Baden-Württemberg mit einer grünen Wissenschaftsministerin. Das andere war Rheinland-Pfalz. Das dritte war ein Bundesland, in dem auch GRÜNE in einer anderen Konstellation mitregieren.

Quer zur politischen Farbenlehre war aber doch ganz klar, dass der rheinland-pfälzische Umgang mit den BAföG-Mitteln explizit von der Bundesebene gelobt wurde. Gerade das Instrument der Personalentwicklungskonzepte, mit dem wir den verantwortungsvollen Umgang mit dem Personal über die zusätzlichen Gelder und über die zusätzlichen Stellen hinaus festschreiben wollen, wurde von der Bundesebene als ein kluges Vorgehen hervorgehoben, wie wir diesem Problem begegnen. Das sollte sich auch die CDU einmal zu Herzen nehmen, wenn von Ihrer Bundesministerin entsprechende Worte fallen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das Problem der zunehmenden Befristung in der Wissenschaft ist nicht mehr nur ein Problem für die Beschäftigten selbst, sondern das ist mittlerweile auch ein Problem für die Hochschulen geworden. Wir werden nicht in ausreichendem Maße die Leute für qualifizierte Aufgaben in der Forschung und in der Lehre gewinnen können, wenn wir die Leute mit Kettenbefristungen und mit unklaren Perspektiven letztlich im Regen stehen lassen.

Wir müssen insgesamt schauen, wie wir den Leuten bessere Perspektiven bieten. Dafür haben wir in Rheinland-Pfalz mit den zusätzlichen Stellen – erst einmal 100 Stellen im aktuellen Doppelhaushalt ohne BAföG-Millionen und jetzt 200 Stellen mit den BAföG-Millionen – im Rahmen unserer Möglichkeiten im Land auch in Zeiten der Schuldenbremse und der Haushaltskonsolidierung viel getan, aber wir müssen auch sehen, dass wir eine Verstärkung dieser Bund-Länder-Finanzierung durch den Hochschulpakt brauchen.

Wir müssen das endlich verstetigen, weil im Grunde ein Rückgang der Studierendenzahlen auf das Basisjahr des Hochschulpakts nicht kommen wird. Die Studierendenzahlen werden also nicht auf das Niveau von 2005 zurückgehen. Das besagen alle Prognosen. Deswegen brauchen wir eine Verdauerung dieser Bund-Länder-Kooperation. Deswegen brauchen wir eine Verdauerung der Bundesverantwortung.

Mittlerweile haben wir die verfassungsmäßigen Grundlagen dafür, aber vom Bund kam bisher noch keine entsprechende Ansage. Ministerin Wanka hat keinen Plan, wie sie mit dieser neuen verfassungsrechtlichen Lage umgehen will und eine Verdauerung dieser Hochschulpakt-Finanzierung und dieser Bund-Länder-Kooperation hinbekommt. Wir in Rheinland-Pfalz haben mit unseren Möglichkeiten auch vor dem Hintergrund der Haushalts-situation und der Schuldenbremse das Unsrige getan, um dieses Problem anzugehen und bundesweit ein Zeichen zu setzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich denke, das sollten wir so wahrnehmen.

Zu den Aufgaben der Hochschule gehört natürlich auch die Frauenförderung. Da haben wir in dem entsprechenden Programm Zeichen gesetzt, dass uns die Frauenförderung wichtig ist. Immer noch ist es aber tatsächlich so, dass wir auf den wissenschaftlichen Karrierewegen – also von den Studierenden zu den Absolventinnen, von den Absolventinnen zu den Promovierten, von den Promovierten zu den Postdoc-Stellen und von den Postdoc-Stellen zu den Berufungen – immer noch viel zu große Frauenanteile verlieren.

Da kommen wir insgesamt von einem Verhältnis von etwa 50 : 50 zu einem Verhältnis, bei dem die Parität nicht gegeben ist. Das setzt sich bei den Hochschulleitungen fort. Wir haben in Rheinland-Pfalz keine Hochschulpräsidentin. Ich stelle das einfach einmal so fest. Das heißt mit anderen Worten, wir müssen weiter schauen, dass wir diese Frauenförderung intensivieren.

Dazu haben wir in unserem Antrag das richtige Instrument benannt. Wir können nicht in einem Fach mit einem geringen Frauenanteil unter den Studierenden von heute auf morgen 50 % Frauen auf Professuren berufen. Das wird nicht funktionieren. Wir müssen aber schauen, dass die Quote bei den Studierenden die Zielquote für die Promotionen, dass die Quote bei den Promotionen die Zielquote für die Postdoc-Stellen wird und dass wir das dann über die Berufungen bei den Fächern von unten durchwachsen lassen.

Auch bei den Fächern mit einer Unterrepräsentanz von Frauen müssen wir schauen, dass wir mehr Frauen dafür gewinnen, dort als Studierende hinzugehen. Das heißt, wir müssen die Frauenförderung letztlich weiter intensivieren. Ich denke, das ist auch eine Aufgabe, die man beim Thema Umgang mit dem wissenschaftlichen Personal erwähnen sollte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Für uns war auch wichtig – deswegen fand ich es so erschreckend, was eben alles bei dem Bild ausgeblendet wurde, das von Ihnen gezeichnet wurde, Frau Klöckner – die Stärkung der Hochschulen in der Breite. Wir haben bei der Exzellenzinitiative durchaus erlebt, dass dabei sehr viel über ein schmales Segment der weltweit wettbewerbsfähigen Spitzenforschung geredet wurde. Diese Spitzenforschung zu fördern, ist keine Erfindung der Exzellenzinitiative.

Entsprechende Instrumente gab es schon vorher beispielsweise in den koordinierten Programmen der DFG mit Graduiertenschulen oder mit der Möglichkeit, Sonderforschungsbereiche einzurichten. Das heißt, Spitzenförderung gab es schon vor der Exzellenzinitiative. Die Exzellenzinitiative ist keine Erfindung der CDU – Frau Schleicher-Rothmund hat das erwähnt –, sondern das ist durchaus auch ein Projekt, das mit Rot-Grün auf den Weg gebracht worden ist.

Wir müssen uns aber auch noch anschauen, dass wir Qualitäten in den Hochschulen unseres Landes in der Breite, in den Regionen haben. Wir haben Hochschul-

standorte, die von großen Unis in den städtischen Räumen bis hin zu Hochschulstandorten in dünn besiedelten Gegenden reichen, wie zum Beispiel den Umweltcampus Birkenfeld als Konversionsprojekt. Der Unterschied zwischen städtischen Räumen und ländlichen Regionen gehört doch auch zu unseren rheinland-pfälzischen Hochschulen.

Wir haben auch eine Vielfalt in der Breite, angefangen mit den großen Fächern, die jeder kennt, wie Medizin oder Rechtswissenschaft, bis hin zu Papyrologie in Trier oder der Ethnologie in Mainz oder dem Studiengang Edelsteine und Schmuck in Idar-Oberstein, der dort hochgradig regional vernetzt ist. Das heißt, wir müssen sehen, dass unsere Hochschulen nicht nur in der Spitze Qualitäten haben.

Beim Wettbewerb und beim Schauen auf die Hochschulen dürfen wir nicht nur auf die Spitzen schauen, sondern wir müssen in die Breite schauen. Wir müssen diese Qualitäten in der Breite würdigen und wertschätzen. Wir müssen die Hochschulen auch in der Breite fördern, damit sie in der Breite stark sein können. Das ist für uns auch wichtig gewesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Deswegen gehören entsprechende Spitzenförderungsinstrumente eben genauso zu einer klugen Hochschulfinanzierung wie die Gießkanne, die den Strahl weich über die Fläche verteilt und dort Wachstum ermöglicht. Vor diesem Hintergrund haben wir geschaut, dass wir zum Beispiel im laufenden Doppelhaushalt entsprechende Kostensteigerungen bei den Personalmitteln und beim Flächenmanagement abbilden.

Wir haben geschaut, dass wir entsprechende Gelder aus den Bundesmitteln in die Grundfinanzierung geben, damit die Hochschulen in der Breite gute Entwicklungsmöglichkeiten und jenseits von politisch bestellten Programmen auch die Möglichkeiten haben, eigene Schwerpunkte zu setzen. Wenn wir die Grundfinanzierung stärken, dann ermöglichen wir den Hochschulen einerseits, dass sie ihre Stromrechnungen bezahlen, und andererseits, dass sie ihre Bibliotheken auf einem aktuellen Stand halten.

Diese Komponente, die Grundfinanzierung bei den Sachmitteln zu stärken, war ganz genau richtig. Es war auch richtig, dass wir nicht nur eine Spitzenförderung aufgelegt und geschaut haben, wo die Weltspitze ist, sondern bewusst in die Breite gegangen sind. Das war die richtige Politik, die von der rot-grünen Landesregierung und entsprechend vom Haushaltsgesetzgeber verfolgt wurde, als die Entscheidungen beim Haushalt angestanden haben.

Wir dürfen, auch wenn es zur Fortführung der Exzellenzinitiative kommt, nicht vergessen, dass die Qualitäten unserer Hochschulen viel breiter angelegt sind, als sich das bei einem Auswahlwettbewerb für ein ganz schmales Segment der Spitzenforschung abbildet. Wir müssen genauer hinschauen, wie es bei den Hochschulen im

Land ausschaut, und es wertschätzen und auch finanziell unterlegen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Eine besondere Qualität der Hochschulen in unserem Land machen gute Studienbedingungen aus, weil die Ausbildung der jungen Menschen eine ganz zentrale Aufgabe der Hochschulen ist. Hierbei haben wir auch Schwerpunkte gesetzt. Es wurde schon erwähnt, dass entsprechende Gelder bereitgestellt wurden. Für uns GRÜNE war es auch ganz wichtig, dass wir in Zeiten der Bologna-Reform sagen, wir wollen die Studierenden bei einem selbstbestimmten Studium unterstützen.

Wir haben das Thema im Landtag aufgegriffen und einen entsprechenden Grundsatzbeschluss zum Thema „Weiterentwicklung der Bologna-Reform“ gefasst, bei dem wir Pflöcke eingeschlagen haben in Richtung Durchlässigkeit, Master, Freiheit im Studium, Wahl und Wahlpflichtangebote und freie Gestaltung. Hiermit haben wir inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Man muss aber auch die erwähnten 40 Millionen Euro zur Stärkung der Lehre sehen, die das Land den Hochschulen gegeben hat.

Die Reputation in der wissenschaftlichen Gemeinschaft wird auf absehbare Zeit überwiegend von der Forschungsleistung abhängen. Hier dürfen wir uns keine Illusionen machen. Wer Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler werden will, wird stark an der publizierten Forschungsleistung gemessen.

Daneben haben sich die Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf den Weg gemacht, den Stellenwert der Lehre zu erhöhen. Es gibt Hochschulen, die zum Beispiel bei Professorenberufungen keinen wissenschaftlichen Fachvortrag mehr, sondern eine Probelehrveranstaltung, eine Probevorlesung, fordern, um die Lehreignung entsprechend zu würdigen.

Es gibt Hochschulen, die mittlerweile dazu übergehen, nicht nur für größere Forschungsvorhaben Freisemester zu geben, sondern auch für die Entwicklung innovativer Lehre, also für eine entsprechende Phase, in der sich Lehrende Zeit nehmen, um gute Konzepte wegweisend für die Lehre zu entwickeln.

Wir haben auch Hochschulen, die sagen, wer bei uns Professorin oder Professor wird, muss verbindlich eine Qualifikation im Bereich der Vermittlung wissenschaftlicher Inhalte machen. Das heißt, auch in diesem Bereich haben wir gemeinsam mit den Hochschulen vieles auf den Weg gebracht. Die Hochschulen haben Ideen entwickelt und sind nach vorne gegangen.

Ein Meilenstein bei der Verbesserung der Studienbedingungen ist für mich die Abschaffung der Studienkonten. Es ist für mich auch die Abschaffung der mit den Studienkonten verbundenen Studiengebühren. Diese Studiengebühren haben die jungen Menschen belastet, die zum Beispiel lang studieren, weil sie neben dem Studium arbeiten müssen. Die Nullrunden beim BAföG auf Bundesebene lassen grüßen. Es gibt Studierende, die

müssen ihr Studium durch Arbeit finanzieren und können nur einen gewissen Teilzeitmodus hinbekommen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Herr Heinisch, das war doch alles eingerechnet!)

– Das war aber nicht entsprechend eingerechnet. Es gab Faktoren zum Beispiel für Kindererziehung. Es gibt natürlich auch andere Konstellationen, zum Beispiel die Konstellation, Kinder zu erziehen, wodurch sich große Verzögerungen im Studienablauf ergeben können. Es gibt auch die Möglichkeit, dass sich Studierende gesellschaftlich engagieren. Vor dem Hintergrund haben diese Studienkonten den Studierenden letztlich noch einmal einen Klotz ans Bein gebunden, die, warum auch immer, lange für ihr Studium gebraucht haben, vielleicht weil sie mit den Anforderungen nicht so gut zurechtgekommen sind und die entsprechenden Unterstützungssysteme noch nicht da waren.

Die Abschaffung der Studienkonten ist ein Schritt, den wir gemacht haben. Ich halte das für einen richtigen Schritt, weil sich dadurch auch neue Möglichkeiten des Teilzeitstudiums eröffnen. Wir müssen in Rheinland-Pfalz nicht extra Teilzeitstudiengänge konzipieren. Wir müssen nur schauen, dass wir in den Studienordnungen einen flexiblen Verlauf ermöglichen. Wir müssen schauen, dass wir die Abschaffung der Studienkonten hinbekommen haben. Dadurch gibt es auch die Möglichkeit, Teilzeit zu studieren, was bundesweit ein Thema ist und hochschulpolitisch diskutiert wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch auf die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte eingehen. Ich muss entschieden zurückweisen, was hier in Richtung „was ist mehr oder weniger wert“ angeklungen ist. Wir sagen, es gibt eine Gleichwertigkeit der allgemeinen Bildung.

Es gibt eine Gleichwertigkeit des Abiturs mit der dualen Ausbildung. Wir sind diejenigen, die sagen, die Gleichwertigkeit ist da. Dann ist es auch der konsequente Schritt, dass wir für diejenigen, die den beruflichen Weg und nicht den schulischen Weg über das Abitur gehen, die Hochschulen aufmachen und ihnen ein Studium ermöglichen.

Es wird auch noch einmal ein Thema werden, wie die Hochschulen mit dieser vielfältiger werdenden Klientel und mit den Leuten umgehen, die unterschiedliche Wege zurückgelegt haben. Wir haben in den Hochschulen gute Projekte. Die Hochschulen haben sich auf den Weg gemacht und sind sehr ansprechbar dafür, wenn wir mit ihnen darüber reden wollen, wie wir das weiterentwickeln können.

Es ist weder konsistent noch fair, auf der einen Seite so zu tun, als würden uns die einen weniger wert als die anderen sein, und auf der anderen Seite so zu tun, als müssten wir den Hochschulzugang wieder ein bisschen schließen, weil viel zu viele Leute hingehen. Insofern möchte ich das zurückweisen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein besonderes Augenmerk verdient auch die soziale Infrastruktur. Wenn die Zahl der Studierenden wächst, brauchen wir einen Ausbau. Die 1.400 neuen Wohnheimplätze sind auf der Habenseite zu verbuchen. Wir müssen auch sagen, in den dynamischen Wachstumsregionen, in den Städten, ist die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum und die Bezahlbarkeit der Mieten ein großes Thema. Dieses müssen wir weiter in Blick behalten.

Wir müssen auf der kommunalen Ebene gegensteuern. Auf der Bundesebene hätte ich mir mutigere Schritte gewünscht, wenn es darum geht, entsprechende Instrumente auf kommunaler Ebene zu ermöglichen. Wir müssen aber auch hochschulpolitisch weiter darauf schauen, dass nicht der Studienort zum sozialen NC wird, weil die Mieten und Lebenshaltungskosten für gleichwertige Lebensverhältnisse wichtig sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Blick darauf schließen, dass wir einen differenzierten Blick auf die Hochschulen brauchen. Wir brauchen die Hochschulen zur Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen. Der Klimawandel wurde schon erwähnt. Wir schaffen wir es, unsere Gesellschaft fit zu machen, damit es gelingt, dass die Gesellschaft älter wird und die Menschen gut leben? Wir brauchen die Hochschulen für gute soziale, kulturelle und ökonomische Entwicklungen. Heutzutage kann kein wichtiges gesellschaftliches Problem mehr ohne den Beitrag der Forschung gelöst werden.

Deswegen brauchen wir eine gesellschaftlich wirksame Wissenschaft, die sich entsprechend einmischt und sich der Fragen annimmt. Wir brauchen aber natürlich auch eine Wissenschaftspolitik, die Vielfalt ermöglicht, Freiräume schafft und die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Studiums entsprechend hochhält.

Wenn wir diese Balance hinbekommen, dann werden wir weitere Schritte in Richtung Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz gehen. Wir werden mit dem Erreichten eine gute Grundlage haben, um weiter nach vorne zu gehen. Das ist auch das, was die Wissenschaft ausmacht, nämlich immer nach vorne zu schauen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4929 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/4952 – zustimmen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Änderung der Artikel 82, 83 und 135)
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 16/4732 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
– Drucksache 16/4946 –

Das Wort hat die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Raue.

Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ihren Worten ist nur wenig hinzuzufügen. Wir haben diesen Gesetzentwurf in der 92. Plenarsitzung vom 18. März 2015 in erster Beratung behandelt und ihn an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner gestrigen 41. Sitzung behandelt. Die Beschlussempfehlung lautet einstimmig: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten zwischen den Fraktionen vereinbart. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da es sich um eine Grundredezeit handelt, kann ich auch etwas kürzer reden. Seit der Einbringung des gemeinsamen Antrages zur Änderung der Verfassung hat eine Ausschussberatung stattgefunden. Wir haben es gerade eben gehört. In der Ausschussberatung sind keine neuen Argumente, die für oder gegen den Gesetzentwurf sprechen, vorgebracht worden, sodass wir heute und morgen den Gesetzentwurf entsprechend beschließen können.

Nur damit diejenigen, die heute hier sitzen und den Gesetzentwurf nicht kennen, wissen, worum es geht, einige wenige Sätze: Es geht darum, dass wir bei den Vorüberlegungen zum Wahltermin im nächsten Jahr festgestellt haben, dass wir wahrscheinlich in die Ferien kommen würden.

(Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz)

Das ist ein sehr ungünstiger Wahltermin, wenn man die Wahlbeteiligung erhöhen und nicht weiter herabsinken lassen will. Deswegen sind Überlegungen angestellt worden, die Frist zwischen Beginn der Möglichkeit zu wählen und unserem Tag der Konstituierung – das sollte der 18. Mai bleiben – um einen Monat zu verlängern, dazu aber auch die Frist etwas zu verlängern, innerhalb derer das Parlament nach dem Wahltag zusammentreten soll, und sind deswegen zum 57. Monat und den 75 Tagen gekommen.

Gleichzeitig soll die Verfassung dahin gehend geändert werden, dass diejenigen Gruppierungen und Parteien, deren Listen bei der entscheidenden Sitzung des Wahlausschusses abgelehnt worden sind, bereits vor dem Wahltag ans Gericht gehen können, um die Verfassungsgemäßheit der Entscheidung überprüfen zu lassen. Auch das ist eine Entscheidung, die der Bund bereits ähnlich getroffen hat. Diese beiden Dinge sollen durch eine Änderung der Verfassung ermöglicht werden. Dazu bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Herr Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten in zweiter Lesung die Änderung der Landesverfassung. Wie Herr Kollege Pörksen dargestellt hat, geht es dabei im Wesentlichen um zwei Sachverhalte, zum einen um die Frage der Verbesserung des Rechtsschutzes politischer Vereinigungen im Vorfeld von Wahlen und zum anderen um eine Flexibilisierung der Festlegung des Tages der Landtagswahl und der Konstituierung des Landtages.

Nachdem der Innenminister vorgeprescht war und einen Wahltermin im April vorgeschlagen hatte, sind wir zwischen den Fraktionen auf unseren Vorschlag hin übereingekommen, die Verfassung zu ändern, damit ein Wahltermin vor den Osterferien möglich wird. Deshalb soll die Verfassung flexibilisiert werden. Die Frist soll etwas verlängert werden.

Wir halten das für sinnvoll und notwendig, damit die Wahl vor den Osterferien stattfinden kann, damit eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erreicht wird, zum Beispiel auch dadurch, dass dann mit hoher Sicherheit am 13. März gemeinsam mit Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt gewählt werden kann. Wir glauben, das ermöglicht eine höhere Wahlbeteiligung, als wenn die Wahl in den Osterferien stattfindet.

Deshalb freuen wir uns, dass wir gegen den Vorschlag der Regierung in den Fraktionen übereingekommen sind, zu einer Veränderung zu kommen. Es ist auch gut, dass die Regierung dann gesagt hat, wir gehen den Weg mit.

Der zweite Punkt ist die Verbesserung des Rechtsschutzes politischer Vereinigungen im Vorfeld von Wahlen. Wie Herr Kollege Pörksen schon dargelegt hat – deshalb führe ich es nicht weiter aus –, geht es darum, dass vom Wahlausschuss abgelehnte Wählervereinigungen die Möglichkeit erhalten sollen, dies noch vor der Wahl beim Verfassungsgericht überprüfen zu lassen, damit die Wahl dann auf gesicherter Grundlage stattfinden kann und nicht erst im Nachhinein unter Umständen eine Korrektur stattfindet. Das ist bisher keine gute Lösung. Deshalb wollen wir auch das ändern.

Wir freuen uns darüber, dass wir ein Einvernehmen erreicht haben. Es muss dann in der Folge wohl in Kürze noch eine einfachgesetzliche Regelung vorgenommen werden. Ich denke, das werden wir in der nächsten Plenarsitzung in erster Beratung machen, damit die Dinge vor der Sommerpause alle auf die Reihe gebracht sind und der Termin von der Regierung abschließend auf den 13. März festgelegt werden kann.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Morgen werden wir dann – ich denke, ohne Aussprache – die dritte Lesung und die Verabschiedung vornehmen können.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU, bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und der Abg. Frau Elsner, SPD)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Wiechmann das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Meine beiden Vordredner haben es schon erwähnt: Alle Fraktionen werden heute und morgen in diesem Parlament gemeinsam eine Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz beschließen. Damit wollen und werden wir die Möglichkeit eröffnen, zusammen mit Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt im kommenden Jahr sozusagen einen Superwahltag zu kreieren und zu organisieren.

Wir GRÜNE begrüßen diesen Superwahltag sehr, weil ein solcher Tag natürlich auch die Chance birgt, die Wählerinnen und Wähler stärker zu mobilisieren und die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Ein gemeinsamer Wahltermin mit möglicherweise sogar zwei anderen Bundesländern hat bundesweit eine größere Strahlkraft und wird deshalb zu einer höheren Wahlbeteiligung führen. Davon gehen wir aus. Das muss und soll unser aller Ziel sein.

Deswegen haben wir uns mit der SPD und der CDU darauf geeinigt, eine solche Verfassungsänderung zu beschließen. Die zentralen Aspekte, die in unserer Verfassung geändert werden müssen, haben meine beiden Kollegen eben gerade erwähnt. Mir bleibt deshalb nur, herzlich zu danken für die konstruktiven gemeinsamen

Beratungen und auch dafür, dass wir diesen Weg heute und morgen gemeinsam gehen können.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Professor Robbers.

Prof. Dr. Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung begrüßt es sehr, dass heute eine fraktionsübergreifende Initiative zur Änderung der Landesverfassung in den Landtag eingebracht und abschließend beraten werden soll.

Die Landesregierung sieht sich damit auch in den Vorarbeiten bestätigt, die sie für diesen Gesetzentwurf mit geleistet hat. Es kann keine Rede davon sein und es ist nicht nachvollziehbar, dass dies etwa entgegen den Wünschen der Landesregierung geschieht. Das ist ganz verkehrt. Das Gegenteil ist der Fall.

(Heiterkeit des Abg. Schweitzer, SPD –
Bracht, CDU: Der Innenminister hat aber einen
anderen Vorschlag gemacht! –
Zurufe der Abg. Pörksen, SPD, und
Frau Klöckner, CDU)

Die Verfassungsänderungen sind – und ich wiederhole es noch einmal – verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch voll wünschenswert. Die Landesregierung stand von Anfang an und steht voll dahinter. Sie schaffen die Voraussetzung dafür, dass der Rechtsschutz von Parteien und mitgliederschäftlich organisierten Wählervereinigungen bei der Landtagswahl gestärkt werden kann, und sie erweitern den Spielraum der Landesregierung, den Termin der Landtagswahl festzusetzen. Das war vorher nicht so der Fall.

Zum Ersten: Bisher ist Artikel 82 der Landesverfassung vom Grundsatz der parlamentarischen Selbstprüfung in Wahlangelegenheiten geprägt. Ich darf es noch einmal betonen: Mit der neuen Regelung der Landesverfassung kann dem Verfassungsgerichtshof die Entscheidung über Beschwerden einer Partei oder Wählervereinigung gegen ihre Nichtanerkennung als Wahlvorschlagsberechtigte noch vor der Wahl übertragen werden und nicht erst nach der Wahl, wenn eigentlich alles schon vorbei ist. Das erhöht die demokratische Legitimation und den demokratischen Umgang in diesem Land.

Rheinland-Pfalz nimmt mit dieser Neuregelung im Kreis der Länder eine Vorreiterrolle ein. Nach Auffassung der Landesregierung ist mit dieser Verfassungsänderung und den noch anstehenden, dann zu folgenden einfach-

gesetzlichen Änderungen die Diskussion um die Verbesserung des Rechtsschutzes bei Wahlen aber gleichwohl noch nicht zu Ende.

Bundesweit werden in diesem Zusammenhang verschiedene Fragestellungen diskutiert, zum Beispiel mit Blick auf klare und nachvollziehbare Anerkennungskriterien dieser Gruppierungen und Parteien.

Die Landesregierung wird die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet aufmerksam verfolgen und bei Bedarf rechtzeitig aufgreifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Frau Präsidentin, zum Zweiten zur Festlegung des Wahltermins. Die Landesregierung ist dem Landtag wirklich sehr dankbar, dass er den zeitlichen Rahmen, innerhalb dessen die nächsten periodischen Landtagswahlen stattzufinden haben, erweitert. Damit werden die Voraussetzungen deutlich verbessert, einen Wahltermin zu finden, der eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erwarten lässt. Also auch das ist wieder eine Stärkung der Demokratie.

Die bisherige Frist von zwei Monaten hat die Findung eines günstigen Termins für die Landtagswahl in Ferienzeiten und bei Feiertagen sehr eingeschränkt. Jetzt wird es eher möglich sein, etwa zeitnah stattfindende Parlamentswahlen in anderen Ländern zu berücksichtigen und auch die Ferienzeiten, auf die wir nicht den einzigen Zugriff haben.

Durch die Verlängerung der Frist für die Neukonstituierung des Landtags ist es auch in Zukunft dann regelmäßig möglich, dass die konstituierende Sitzung so, wie es die Tradition inzwischen vorsieht, am 18. Mai, dem Verfassungstag des Landes, stattfinden kann.

Die Landesregierung im Übrigen wird den Tag der Landtagswahl im Jahr 2016 unmittelbar nach der Verfassungsänderung festlegen, und die Landesregierung dankt allen Fraktionen für ihre Unterstützung darin.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 16/4732 –, ein Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer dem Gesetz zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen sehe ich nicht. – Somit ist der Gesetzentwurf, die Verfassungsänderung, einstimmig angenommen worden.

Ich weise darauf hin, dass in der 95. Plenarsitzung die dritte Beratung stattfinden wird.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/4900 – Erste Beratung

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Zunächst erfolgt die Begründung durch ein Mitglied der Landesregierung.

Herr Professor Dr. Robbers, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:

Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung stärkt die Justiz als dritte Gewalt. Das ist so in unserem Koalitionsvertrag vorgesehen. Der Koalitionsvertrag regelt in diesem Zusammenhang auch, dass die Zusammensetzung und die Arbeit des Richterwahlausschusses einer Evaluation unterzogen werden sollen. Wir haben diesen Auftrag erfüllt und die Evaluation durchgeführt.

Der Entwurf des Landesrichtergesetzes setzt nun nicht zuletzt mit dem Ziel der Stärkung der Justiz Verbesserungsvorschläge um, die im Rahmen der Evaluation vorgebracht worden sind. Der Entwurf bleibt dabei aber nicht stehen. Er sieht weitere Änderungen vor zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zur Anpassung an die gesellschaftlichen Erfordernisse und zur Anpassung an die Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten im Landesdienst.

Im Wesentlichen soll zum Richterwahlausschuss das Folgende neu geregelt werden – ich beziehe nur einige Punkte ein; ich werde nicht auf jeden einzelnen eingehen –:

Das Mitentscheidungsrecht des Richterwahlausschusses wird erweitert auf Versetzungen in Beförderungssämter, bei denen eine Bestenauslese zu treffen ist.

Wir stärken weiterhin das richterliche Element im Richterwahlausschuss und damit den Einfluss und die Stellung der Justiz selbst. Die Zahl der richterlichen Mitglieder wird von zwei auf vier erhöht. Die Zahl der nicht ständigen richterlichen Mitglieder wird in diesem Rahmen von einem auf zwei erhöht.

Weiterhin, bei der Wahl der parlamentarischen Mitglieder des Richterwahlausschusses soll künftig das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers zur Anwendung kommen. Das führt zu genaueren Ergebnissen als das bisher angewendete d'Hondt'sche-Höchstzahlverfahren.

Weiterhin, die Vertretung der Mitglieder wird durch eine Poollösung ersetzt. Jedes stellvertretende Mitglied einer Fraktion kann nun auch jedes ordentliche Mitglied vertreten. Das erleichtert die parlamentarische Praxis.

Wir stärken zudem die Berücksichtigung der Geschlechterparität bei der Aufstellung der Vorschlagslisten und bei der Wahl der stimmberechtigten Mitglieder. Mir ist ganz wichtig, wir fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wir heben die Beurlaubung etwa aus familiären Gründen von zwölf auf 15 Jahre an.

Schließlich gibt es einige weitere Änderungen, die praktische Bedürfnisse aufnehmen, die sich bei der Gesetzesanwendung gezeigt haben, etwa die Zuständigkeit der Präsidentsräte bei Versetzungen entsprechend dem Grund für die Versetzung. Das sind Einzelheiten, die aber zusammengenommen auch wiederum die Stellung der Justiz bei der Richterwahl stärken und damit die dritte Gewalt.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie dem Gesetz zustimmen könnten, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zur Historie. Es hat lange gedauert, bis die Landesregierung einen Gesetzentwurf auf die Schiene gesetzt hat. Ich möchte daran erinnern dürfen, 2012 gab es die Evaluation, im Juni 2013 eine Ankündigung in den Medien, was alles im Gesetzentwurf stehen soll, im September 2013 vom damaligen Justizminister Hartloff die Ankündigung, dass Anfang 2014 das Gesetz vorgelegt werde, dann im September 2014 unser Antrag von der CDU-Fraktion und daraufhin im April 2015 endlich auch einen der Landesregierung. Aber an keiner Stelle – Herr Justizminister, das muss man heute leider konstatieren – etwas Wegweisendes, sondern lediglich Umsetzungen des Beamtenrechtes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie, Herr Professor Dr. Robbers, ehrlich sind, dann ist der vorliegende Entwurf maßgeblich noch unter Ihrem Vorgänger, Herrn Hartloff, entstanden und vorbereitet worden, und er hat im September-Plenum ausführlich berichtet, was er im Vorfeld alles unternommen hatte, Evaluation usw. Deshalb müssen wir feststellen, dass das, was Sie heute vortragen, eigentlich das Werk von Herrn Hartloff ist.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf von der SPD)

– Ja, es ist so.

Herr Hartloff, man kann es kritisieren, aber es kam von Ihnen. Von daher darf man das auch an dieser Stelle sagen.

(Frau Klöckner, CDU: Wir haben Sie nicht
vergessen, Herr Hartloff!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir waren seinerzeit bei Einführung des Richterwahlausschusses – Sie erinnern sich, zumindest diejenigen, die schon länger hier sind – kritisch und sahen darin eine Bevormundung der Richterschaft. Es war auch damals mein Petition, ganz zu Beginn, dieses Gremium nicht einzuführen, sondern es dem Präsidentsrat zu überlassen.

Ich darf auch daran erinnern, die damalige rechtspolitische Sprecherin der SPD, Frau Beate Reich, sprach von einem Parlamentsgremium, das man einrichten wolle, einer der Gründe dafür, dass wir gesagt haben, ein Parlamentsgremium hat bei der dritten Gewalt nichts zu suchen, die dritte Gewalt hat selbstständig zu bleiben.

Was ist in der Folge passiert? – Unsere Kritik hat sich in den Teilen bestätigt. Erinnert sei zum Beispiel an die Besetzung der Präsidentsstelle in Koblenz, aber auch an einen Fall aus der jüngeren Vergangenheit, der schon in Ihre Amtszeit, Frau Ministerpräsidentin, fällt, nämlich die Präsidentsstelle in Trier.

Auch in der rheinland-pfälzischen Justiz ist die Kritik an dem Gremium nie abgerissen. Dies zeigt auch die vom Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durchgeführte Praxisumfrage.

Die jetzige Ausgestaltung des Richterwahlausschusses führt zur Rechtsunsicherheit in verschiedenen Fragen und zu einer in der gerichtlichen Praxis empfundenen Dominanz der Politik gegenüber den Justizangehörigen im Richterwahlausschuss. – Das lässt sich nicht leugnen.

Interessant ist es in diesem Zusammenhang auch, wie – Herr Minister – hiesige Besetzungsverfahren außerhalb unseres Bundeslandes gesehen werden.

Da darf ich Herrn Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ zitieren. Es ist am 29. Juni 2011 gewesen. Zitat mit Erlaubnis der Präsidentin: In Rheinland-Pfalz soll der Justiz gezeigt werden, wo der Bartel den Most holt. Beck und seine Minister bezeichnen und betrachten die Gerichte als nachgeordnete Behörden, als Befehlsempfänger, als Ableger des Justizministeriums. In Rheinland-Pfalz will sich die Exekutive die Justizorganisation unterwerfen. –

Und weiter geht es mit Volker Rieble in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ am 1. Juli 2012.

Unter der Überschrift „Justizkabale“ schrieb er über sachfremde Entscheidungen der Politik bei der Besetzung hoher Richterposten. Dabei stellte er fest – ich zitiere –: Zu messen ist Besetzungsunrecht in der Einheit „Bamberger“, genannt nach dem rheinland-pfälzischen Justizminister, der die unerhörte Frechheit besaß, seinem Wunschkandidaten die Ernennungsurkunde auszuhändigen, um dem fachlich besser geeigneten Konkurrenten den Rechtsschutz zu nehmen. –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf feststellen:

(Frau Elsner, SPD: Ist das Zitat zu Ende?)

In der Vergangenheit ist von Ihrer Seite aus in diesem Hause mit diesem Gremium alles andere als richtig umgegangen worden, wenn es um Besetzungen gegangen ist.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb werden Sie auch nicht verwundert sein, dass die Kritik an diesem Gremium nach wie vor per se anhält, aber auch an der Frage, wie es sich in Zukunft ausgestalten wird.

Herr Minister, ich will jetzt einige Punkte in aller Kürze aufgreifen, die Sie auch angeführt haben, weil wir im Ausschuss beantragen werden, dass eine Anhörung durchgeführt wird, um einzelne Punkte noch zu besprechen, schließlich haben wir bereits einen eigenen Gesetzentwurf formuliert gehabt.

Wir stellen fest, es gibt einige Punkte, mit denen werden wir sicherlich konform gehen können, aber es gibt auch eine ganze Menge, bei denen wir sagen, wir müssen die demokratische Legitimation von Entscheidungen noch weiter stärken.

Wir selbst haben im Grundsatz immer im Blick gehabt, dass dann, wenn es um Besetzungen der dritten Gewalt geht, auch vor allem und gerade die dritte Gewalt darüber entscheiden können muss, wie Besetzungsverfahren laufen, wer die Stelle bekommt, und das bitte auch nach der Bestenauslese und nicht so, wie in der Vergangenheit, wo es doch manchmal nicht ganz rund im Richterwahlausschuss lief, als es um die Frage ging, wie Besetzungen zu bewerkstelligen sind.

(Beifall der CDU)

Zum Schluss eine für uns ganz wichtige Anregung: Wir müssen dringend darüber nachdenken, ob wir immer nur die relative Mehrheit zulassen oder ob es in Zukunft nicht so sein muss, dass der komplette Wahlausschuss auch bei allen Besetzungsverfahren, beispielsweise auch in Landau, beteiligt wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Sippel.

Abg. Sippel, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will mich gerne mit dem Gesetzentwurf und weniger mit der Vergangenheit befassen.

(Dr. Wilke, CDU: Das gehört aber dazu! –
Bracht, CDU: Er hat seine Geschichte!)

Mit diesem Entwurf zur Änderung des Landesrichtergesetzes unterstreicht die Landesregierung nämlich die

Absicht, die parlamentarisch kontrollierte Selbstverwaltung der dritten Gewalt weiter zu stärken.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

– Frau Schneider, die Justiz in diesem Land genießt hohes Ansehen und Vertrauen, deshalb ist die erweiterte Einbindung von Richterinnen und Richtern in die Entscheidungsprozesse des Richterwahlausschusses nicht zuletzt auch ein Ausdruck der Wertschätzung für deren Arbeit.

Es geht aber auch um Mitbestimmung, Transparenz und deshalb auch um mehr Demokratie.

Herr Baldauf, ja, der Gesetzentwurf hat Zeit in Anspruch genommen. Das ist völlig klar, es hat eine Evaluierung stattgefunden, die Praxisbefragung war sehr umfangreich,

(Baldauf, CDU: Ministeraustausch!)

und es erfolgte die Anpassung an die Regelungen des Landesbeamtengesetzes, gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Ausweitung von Teilzeitmöglichkeiten, die Ausweitung der Beurlaubungszeiträume.

Es war sinnvoll, die entsprechende Gesetzgebung des Landesbeamtengesetzes abzuwarten.

Wenn wir über Mitbestimmung reden – das wollen wir hier ermöglichen –, dann war es auch sinnvoll abzuwarten, bis die Verbände, die Interessenvertretungen aus den Fachgerichtsbarkeiten ihre Stellungnahmen abgeben konnten; denn sie haben gerade darum gebeten, noch einmal abzuwarten, bis alle Stellungnahmen eingehen.

Wir reden nicht nur über Mitbestimmung, sondern wir haben es auch so gemacht. Das ist gut so.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Baldauf, CDU: Ja, wir machen es einfach!)

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse der Praxisbefragung zeigen, dass die Stärkung des Richterwahlausschusses als Organ der Mitentscheidung bei richterlichen Personalentscheidungen begrüßt wird. Die Arbeit des Richterwahlausschusses wird mittlerweile anerkannt. Das hat mittlerweile auch die CDU-Fraktion eingesehen,

(Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht!)

nachdem sie vor zehn Jahren den Richterwahlausschuss noch abgelehnt hat. Im letzten Jahr hat sie schließlich dazu einen Gesetzentwurf eingebracht, der in vielen Teilen mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung übereinstimmt.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Herr Baldauf, deshalb kann ich Ihre grundsätzliche Kritik an dem Gesetzentwurf nicht verstehen, weil doch einiges konsensual zu sein scheint.

Es waren aber auch inhaltliche Punkte, die uns dazu bewogen haben, Ihren Entwurf im letzten Jahr abzulehnen. Sie haben beispielsweise eine Ausdehnung der Mitwirkung des Richterwahlausschusses auf alle Versetzungsentscheidungen vorgesehen, auch wenn es nicht um die Besetzung von Beförderungssämtern geht und nur eine Bewerbung vorliegt. Das Einzige, was wir dadurch erreicht hätten, wäre ein Zeitverlust gewesen, um eine vakante Stelle neu zu besetzen.

Wenn Sie die Praxisbefragung dazu noch einmal explizit lesen, wird Ihnen klar, es wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass alles getan werden soll, Besetzungsverfahren zügig durchzuführen. Deshalb ist es auch richtig, dass in einfachen Verfahren auch das schriftliche Verfahren in Zukunft möglich sein soll. Auch hierzu gibt es unsere Zustimmung.

Wir begrüßen die Erhöhung der Zahl der ständigen und nicht ständigen richterlichen Mitglieder im Richterwahlausschuss unter Beibehaltung der Mehrheit auf der Abgeordnetenseite. Das ist Ausfluss des Demokratieprinzips und wird gesetzlich so gefordert. Wir begrüßen die Ausweitung der Wählbarkeit der ständigen richterlichen Mitglieder auf die Fachgerichtsbarkeiten. Auch das ist ein Fortschritt.

Wir begrüßen die Ausweitung der Mitentscheidungsrechte auf Versetzungen in Beförderungssämtern.

Wir begrüßen auch den Appell, beim Aufstellungsverfahren der Vorschlagslisten für die Wahl der richterlichen Mitglieder auf die Geschlechterparität zu achten. Frauen sind im Richterwahlausschuss – so war es in der Vergangenheit, so ist es auch aktuell – stark unterrepräsentiert.

Wir begrüßen auch eine flexiblere Vertretungsregelung für die Abgeordneten. Auch das ist sicherlich etwas, was unsere gemeinsame Unterstützung findet.

Meine Damen und Herren, wir halten es darüber hinaus für richtig, dass Entscheidungen auch künftig mit relativer Stimmenmehrheit getroffen werden. Das entspricht der grundsätzlichen demokratischen Praxis.

Ich sehe keinen Grund, warum wir hier abweichen sollten, zumal es eine noch stärkere Pluralität im Richterwahlausschuss durch die veränderte Zusammensetzung geben wird und eben keine Dominanz der Abgeordneten entsprechend der Parlamentsmehrheit.

Deshalb kann ich im Ergebnis festhalten, dass uns ein sehr gelungener Entwurf vorliegt. Wir verschließen uns dem Wunsch nach einer Anhörung natürlich nicht. Es ist durchaus sinnvoll, gemeinsam im Ausschuss darüber zu reden und nach Möglichkeit Wege für eine Verständigung im Interesse der Justiz zu suchen.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordnete Raue das Wort.

Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn eines feststellen: Dieses Änderungsgesetz zum Landesrichtergesetz ist ein gutes Gesetz. Es bringt zum einen Verbesserungen für die Richterschaft, insbesondere begrüßen wir die Anhebung der Höchstdauer von Beurlaubungen auf bis zu 15 Jahre und die neu geschaffene Möglichkeit, Teilzeitbeschäftigungen auch von weniger als 50 % auszuüben; denn beides sind sinnvolle Maßnahmen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Zum anderen entwickelt es den Richterwahlausschuss weiter, und zwar auf der Grundlage einer Evaluation aus dem Jahr 2012. Beteiligte waren Mitglieder der Justiz und Justizverwaltung und Richtervereinigungen, aber auch die Fraktionen und alle stimmberechtigten Mitglieder des Richterwahlausschusses.

Wir begrüßen die Stärkung der richterlichen Mitbestimmung, indem die Zahl der richterlichen Mitglieder erhöht wird, ebenso wie die anderen Maßnahmen, die meine beiden Vorredner schon angesprochen haben, vor allem, dass der Richterwahlausschuss nun auch ein Mitspracherecht bei Versetzungsentscheidungen haben wird.

Wir haben allerdings ein Problem mit dem Richterwahlausschuss. Gesetzlich zur Vertraulichkeit verpflichtet, gelangen immer wieder Details aus den Beratungen an die Öffentlichkeit. Hier ist allerdings weniger das Gesetzgebungsverfahren gefragt als vielmehr das Selbstverständnis der einzelnen Mitglieder. Dieser Appell sei mir an dieser Stelle bitte gestattet.

Leider aber wurden einige Anregungen derjenigen, die sich zu dem Gesetz geäußert haben, nicht in das Änderungsgesetz aufgenommen. So haben viele Beteiligte, unter anderem die Präsidenten beider Landgerichte, der Deutsche Richterbund sowie die Vereinigung der Verwaltungsrichter, gefordert, dass die Richterschaft die von ihnen zu entscheidenden Mitglieder selbst wählen kann.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt dieses Anliegen, das leider keinen Eingang in das Gesetz gefunden hat.

Dreh- und Angelpunkt der Entscheidungen im Richterwahlausschuss ist die Beurteilung der Bewerber. Wir hätten uns hier gemeinsam mit der Neuen Richtervereinigung Maßnahmen zur stärkeren Transparenz gewünscht.

Dennoch bleibt zu konstatieren, dass der Gesetzentwurf schon jetzt in der vorliegenden Form ein gutes Gesetz ist. Das Justizministerium hat gut daran getan, dem Druck der Opposition standzuhalten und sich von ihr nicht zu einem Schnellschuss verleiten zu lassen. Wir werden es in den Ausschüssen konstruktiv beraten und

vielleicht auch noch die eine oder andere Änderung aus der Sachverständigenanhörung in den neuen Gesetz-entwurf mit einfließen lassen können.

Aber ich muss an dieser Stelle abschließend noch ein-mal betonen, die Neuregelung des Richterwahlaus-schusses geht uns nicht weit genug. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine umfassende Selbstständigkeit der Justiz an, und die Einführung des Richterwahlaus-schusses und die Stärkung der richterlichen Beteiligung ist ein Schritt in diese Richtung. Wir sollten weiter auf diesem Weg gehen und uns auch richterlicher Mitbestimmung bei Beförderungen im Sinne der in Österreich bereits praktizierten Personalsekretariate nicht verschließen.

Für die Zukunft bleibt vieles noch zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit sind wir am Ende der ersten Beratung. Es ist vorge-schlagen, den Gesetzentwurf an den Rechtsausschuss zu überweisen. Besteht darüber Einvernehmen? – Wenn dies der Fall ist, wird das Landesgesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes an den Rechtsausschuss überwiesen.

Ich rufe nun **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes
über den Finanzierungsfonds für die Beamten-
versorgung Rheinland-Pfalz und des
Universitätsmedizingesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/4896 –
Erste Beratung**

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten pro Frak-tion vereinbart. Zunächst erteile ich Frau Finanzministe-rin Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordne-te! Sie alle wissen, der Pensionsfonds wurde im Jahr 1996 errichtet und hat damals durchaus Neuland betre-ten. Die Tatsache, dass inzwischen eine Mehrheit ander-er Länder unserem Vorbild gefolgt ist, zeigt, es war eine richtige Entscheidung.

Schauen wir in die Begründung zum damaligen Gesetz-entwurf, dann stoßen wir auf drei maßgebliche Ziele:

1. die Vorsorge für die künftigen Versorgungsausgaben,
2. die rationale Haushaltsbewirtschaftung und
3. die Transparenz hinsichtlich der impliziten Verschul-dung durch die Beamtenversorgung.

Diese Ziele hat der Pensionsfonds erfüllt. Er baut ein Vermögen auf, das ausschließlich für die Beamtenver-

sorgung eingesetzt wird und einer anderen Verwendung entzogen ist. – Der Pensionsfonds trifft Vorsorge, das ist Ziel Nummer 1.

Um bei der Haushaltsbewirtschaftung rationale Ent-scheidungen zu treffen, werden die künftigen Pensionen bei den aktuellen Personalkosten der Beamtinnen und Beamten „eingepreist“ und werden damit vergleichbar zu den übrigen Beschäftigten. Die Bewirtschaftung wird also auf eine rationale Grundlage gestellt, das ist Ziel Nummer 2.

Die Versorgungsansprüche der aktiven Beamtinnen und Beamten sind garantiert. Die späteren Ausgaben sind für den Landeshaushalt absehbar. Durch den Pensions-fonds werden Versorgungsansprüche bereits mit der Einstellung haushalterisch relevant. Implizite Verschul-dung wird in explizite haushaltswirksame Verschuldung umgewandelt und transparent gemacht. – Das ist Ziel Nummer 3.

Der Pensionsfonds hat also seine Ziele erfüllt. Dennoch gibt es nach 20 Jahren Veränderungsbedarf. Maßgeb-lich sind dabei die ursprünglichen drei Ziele „Vorsorge“, „rationale Bewirtschaftung“ und „Transparenz“. Der rheinland-pfälzische Pensionsfonds verfügt im Länder-vergleich über eines der größten Vermögen, nämlich über 4,6 Milliarden Euro zum 1. Januar 2015.

Die Vorsorge für die Beamtenversorgung insgesamt beträgt in Rheinland-Pfalz pro Beamtin und Beamter knapp 12.000 Euro jährlich. Das ist mehr als das Dreifache des Durchschnitts bei den westdeutschen Flächen-ländern. Mit dem künftigen Mindestbetrag von 70 Millio-nen Euro bleibt Rheinland-Pfalz in der Spitzengruppe. Im Hinblick auf den Ländervergleich ist eine Teilfinanzierung der Versorgungsausgaben über den Pensionsfonds als Vorsorge zukünftig ausreichend.

Auch bei den Auszahlungen des Fonds orientiert sich die Landesregierung an den westdeutschen Flächenlän-dern. Entnahmen sollen frühestens im Jahr 2020 mög-lich sein und sind per Gesetz festzulegen. Die Mittel des Fonds dürfen weiterhin nur für Versorgungsausgaben eingesetzt werden. Der Versorgungsgedanke bleibt also erhalten, der Umfang wird an die anderen Länder ange-nähert, und die Vorsorge kann künftig auch für den be-vorstehenden starken Anstieg der Zahl der Versor-gungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger aufgrund der Einstellungen der 1970er-Jahre eingesetzt werden, die bisher nicht vom Fonds umfasst sind.

Die Bedeutung der Stellenbewirtschaftung wird durch die Anpassung der Budgetierungsregelung zum Haushalt 2016 weiter verstärkt. Das Einpreisen von Versorgungs-ausgaben ist vor allem bei Landesbetrieben und Global-haushalten von Bedeutung, die betriebswirtschaftlich arbeiten. Dort treten künftig Versorgungszuschläge an die Stelle der Fondszuführungen; damit ist weiterhin die Grundlage für eine rationale Bewirtschaftung, die ich unter Ziel Nummer 2 genannt habe, gegeben.

Nicht zuletzt wird die Landesregierung zukünftig eine Prognose zur Belastung durch künftige Versorgungs-ausgaben veröffentlichen, und dadurch wird die Transparenz – Ziel 3 – weiter erhöht.

Die Zuführungen werden weiter als Darlehen vergeben, weil dem Fonds Geld zur Nutzung auf Zeit überlassen wird. Der Fonds behält auch die Möglichkeit, beim Land zu investieren, wie dies bei der Mehrzahl der Bundesländer üblich ist; allerdings sollen die Anlagemöglichkeiten erweitert werden können.

Was ich mir bei der Diskussion um den rheinland-pfälzischen Pensionsfonds wünsche, ist eine Versachlichung. Oft werden bei diesem Thema apodiktische Gewissheiten vorgetragen; doch schon allein die Vielfalt und die Dynamik, die es bei den Pensionsfonds der Länder gibt, spricht für Pragmatismus. Ich sage ganz offen, der rheinland-pfälzische Pensionsfonds bildet eine mögliche und sinnvolle Ergänzung zum Abbau des strukturellen Defizits, den die Landesregierung mit Erfolg vorantreibt – nicht mehr, aber eben auch nicht weniger.

Die Anpassung, die wir jetzt vornehmen wollen, beruht auf einem stimmigen Gesamtkonzept, wie ich – glaube ich – aufzeigen konnte, und die ursprünglichen Ziele behält die Landesregierung aber stets vor Augen. Der Pensionsfonds dient nach wie vor der Vorsorge, der rationalen Bewirtschaftung und der Transparenz bei der Beamtenversorgung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Dr. Weiland.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann diesen Gesetzentwurf nicht verstehen ohne die vorausgegangene Entwicklung, und am Anfang dieser Entwicklung stand eine kluge Idee: Für stetig steigende künftige Beamtenpensionen wollte das Land Vorsorge treffen. Der damalige Finanzminister Mittler nannte bei der Verabschiedung des Pensionsfondsgesetzes 1996 vier Ziele, erstens: dauerhafte Vorsorge, zweitens: die Kosten transparent zu machen, drittens: die Kosten von Beamten und Angestellten vergleichbar zu machen, und schließlich viertens: den Ressorts die Verantwortung für sämtliche Personalkosten, auch die Kosten der Altersversorgung, zu übertragen.

Für die ab Oktober 1996 eingestellten Beamten wurde deshalb ein versicherungsmathematisch festzusetzender Vomhundertsatz der Besoldungsausgaben in den Pensionsfonds gezahlt. Die Zahlungen wurden als Personalausgaben in der Hauptgruppe 4 sachgerecht in allen Kapiteln des Haushalts mit Besoldungsausgaben für aktive Beamte veranschlagt, und – mehr noch – auf Antrag der damaligen Koalitionsfraktionen von SPD und FDP wurde ins Gesetz geschrieben, dass die Zuführungen an den Pensionsfonds aus Einsparungen im Landeshaushalt zu finanzieren sind. Minister Mittler damals wörtlich:

Damit wird der Grundsatz Vorsorge durch Einsparung nun auch im Gesetz festgeschrieben; denn wir wollen die Zuführungen der Fondsmittel nicht mit zusätzlicher Verschuldung finanzieren. –

Noch deutlicher wurde der damalige SPD-Landtagsabgeordnete und geschätzte Haushaltspolitiker, Herr Professor Preuss.

Herr Kollege Preuss wörtlich: Insofern würde das einen Verstoß gegen die Verfassung bedeuten, wenn wir überhaupt nur den Versuch unternehmen würden, diesen Pensionsfonds aus Krediten zu speisen. –

(Schreiner, CDU: Hört! Hört!)

Von Anfang an allerdings hatte der Pensionsfonds einen schweren Geburtsfehler. Er sollte sein Kapital ausschließlich in Schuldverschreibungen des Landes anlegen. Das ist sofort auf zwei Vorbehalte gestoßen. Zum einen nämlich bewirkt die Anlage in Schuldscheinen des Landes kein wirklich vorsorgendes Vermögen, sondern damit werden die Belastungen auf die Zukunft vorgetragen.

Zum anderen erfolgt so kein wirklicher Druck auf wirkliche Einsparungen. Das hat nicht nur die CDU-Fraktion seither immer kritisiert. In der damaligen Anhörung zum Gesetzentwurf taten das in bemerkenswerter Übereinstimmung die Gewerkschaft ÖTV – heute ver.di – und der Landesrechnungshof.

In der Folge verabschiedete sich die Landesregierung dann schrittweise von den Grundsätzen des Pensionsfonds, die sie selbst formuliert hatte. Eine erste bemerkenswerte Änderung erfolgt 2001. Ab diesem Jahr werden die Zuführungen an den Pensionsfonds nicht mehr als Personalausgabe in der Hauptgruppe 4 veranschlagt, sondern in der Hauptgruppe 9 als besondere Finanzierungsausgaben. Das führt zu einem ersten Verlust an Transparenz.

Die nächste Änderung beginnt dann schleichend 2003. Von da an werden die Mittel des Fonds nicht mehr ausschließlich in Schuldverschreibungen des Landes angelegt, sondern auch in anderen Anlagen. Zuerst ist es der Kauf von Wohnungsbaukrediten des Landes. Ab 2005 sind es dann Forderungen und Schuldscheindarlehen gegen eine Kommanditgesellschaft des Landes. Es handelt sich hierbei um eine Briefkastenfirma, die PLP Management GmbH & Co. KG.

Der Pensionsfonds wird damit endgültig in ein System von finanziellen Transaktionen des Landes eingebunden, die der verdeckten Verschuldung dienen.

Von 2006 an werden dann plötzlich die Zuführungen zum Pensionsfonds als Darlehen des Landes und damit zwar wirklichkeitswidrig, aber definitorisch als Investitionen in der Hauptgruppe 8 veranschlagt. Das ist eine der Fragen, die derzeit verfassungsrechtlich geprüft werden. Darauf will ich hier deshalb auch nicht näher eingehen.

Bemerkenswert allerdings ist, dass die bis 2019 geltende Schuldenbremse, die sich an den Investitionen be-

misst, ohne diese Maßnahme nicht eingehalten werden kann.

Mit diesem Gesetzentwurf verabschiedet sich die Landesregierung nun endgültig von der ursprünglichen guten Idee, die zwischenzeitlich von ihr selbst pervertiert wurde. Aus dem Versicherungsmodell wird ein Fonds nach Kassenlage. Dass die Landesregierung ihren Gesetzentwurf gerade jetzt vorlegt, spricht für sich.

(Beifall der CDU)

Offensichtlich haben Sie plötzlich Handlungsdruck verspürt. Aber Sie haben nicht die Kraft, zur guten Ursprungsidee des Pensionsfonds zurückzukehren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mit dem Gesetzentwurf, den Sie heute vorlegen, sind alle vier Ziele, die der Pensionsfonds bei seiner Errichtung im Jahr 1996 erreichen sollte, endgültig aufgegeben: keine wirkliche Vorsorge, keine Transparenz der Kosten.

Was bleibt, ist ein fast beliebig einsetzbarer „Reptilienfonds“ für zukünftige Haushalte, weil Sie schon jetzt Angst haben, dass Sie 2020 die Schuldenbremse sonst nicht einhalten können. Alle offenen verfassungsrechtlichen Fragen – – –

(Haller, CDU: Ob die Schuldenbremse eingehalten wird, das lassen Sie mal unsere Sorge sein!)

– Das ist eine komische Auffassung, Herr Kollege Haller, wenn man einen solchen Zwischenruf im Souverän dieses Landes, im Landtag Rheinland-Pfalz, macht.

(Frau Klöckner, CDU: Was hat er gesagt?)

– Ob die Schuldenbremse eingehalten werde oder nicht, das sei ihre Sorge.

(Ernst, CDU: Das kommt davon, wenn man Schulkinder in die erste Reihe setzt!)

Was ist das für eine Vorstellung von Parlamentarismus und von Haushaltsgesetzgebung, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen bleiben alle offenen verfassungsrechtlichen Fragen, die mit dem Pensionsfonds verbunden sind, durch diesen Gesetzentwurf völlig unberührt. Es bleibt im Gegenteil eine Reihe von wichtigen Fragen. Neue stellen sich zusätzlich.

Was bedeutet diese neue Konstruktion zum Beispiel für die Zukunft des Landeshaushalts, für die Finanzierung zukünftiger Versorgungsleistungen? Nach welchen denkbaren Maßstäben sollen künftig die Einzahlungen erfolgen? Nach welchen Maßstäben die Entnahmen? In welchem Verhältnis sollen Ein- und Auszahlungen zur Neuverschuldung stehen? Welche Bedeutung hat der Fonds für den nächsten Landeshaushalt 2016 zum Beispiel? Das sind alles wichtige, zentrale, aber offene

Fragen. Deswegen sollten wir bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs Sachverständige anhören.

(Beifall bei der CDU)

Die Geschichte des Pensionsfonds Rheinland-Pfalz in den vergangenen 20 Jahren und das, was die Landesregierung damit und daraus gemacht hat, verpflichten uns gerade dazu.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem Kollegen Dr. Alt von der SPD-Fraktion das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass es auch nicht parlamentarisch ist, wenn man einen Kollegen als „Schulkind in der ersten Reihe“ bezeichnet. Ich denke, es ist jetzt deutlich. Damit erteile ich nunmehr Herrn Dr. Alt das Wort.

(Dr. Weiland, CDU: Wer hat das denn gemacht? – Staatsminister Lewentz: Dein Kollege!)

– Ihr Kollege hat gesagt, das kommt davon, wenn Schulkinder in der ersten Reihe sitzen. Hier sitzen keine Schulkinder in diesem Rund.

(Staatsminister Lewentz: Sehr deutlich! – Weitere Zurufe im Hause)

Abg. Dr. Alt, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Es liegt ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor, mit dem die Regelungen zu unserem landeseigenen Pensionsfonds an die Grundsätze angenähert werden, die auch in anderen Ländern für Pensionsfonds dieser oder ähnlicher Art gelten.

Die Ministerin hat ausgeführt, worin diese Neuregelungen bestehen, welche Ziele damit weiterhin verfolgt und auch erreicht werden sollen.

Ich war schon etwas gespannt darauf, in welcher Art die Erwiderung der CDU-Fraktion erfolgen würde. Da war vieles denkbar, von fundamentaler Ablehnung bis hin zu der Legendenbildung, es würde jetzt etwas in Gang gesetzt, was mit der Klage der CDU-Fraktion zu tun hätte. Letzteres war dann auch in gewisser Weise der Schwerpunkt. Ich glaube, dem kann man schon dadurch entgegenzutreten, dass man feststellt, vieles, was die CDU-Fraktion hier vorgeschlagen hat, wurde von der Landesregierung gerade nicht aufgenommen. Deswegen kann man auch nicht sagen, hier wurde gehandelt, weil irgendjemand geklagt hat oder das Thema an anderen Orten vorbringt.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Um die jetzigen Veränderungen zu verstehen, muss man – da bin ich mit Herrn Dr. Weiland völlig überein – noch einmal in das Jahr 1996 zurückschauen. Im Jahr 1996 gab es keine strikte Vorgabe zu einem unbeding-

ten Haushaltsausgleich. Es war vielmehr üblich, einen bestimmten Anteil der Haushaltsausgaben über Kredite unter Einhaltung einer Obergrenze zu finanzieren. Wie hoch dieser Anteil war, war Gegenstand der politischen Debatte und Entscheidung.

Heute haben wir völlig neue Rahmenbedingungen. Wir haben die Schuldenbremse einzuhalten und damit ein neues Instrument, um Vorsorge unter anderem auch für künftig stark steigende Versorgungsausgaben zu treffen. Das hatten wir in den 90er-Jahren nicht.

Ich möchte ganz offen einen weiteren Grund für die Neuregelung ansprechen. Das ist eine veränderte Einschätzung zur Frage der Kapitaldeckung und der kapitalgedeckten Finanzierung von Altersvorsorge. Wir hatten die Diskussion auch in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dort gab es die Riester-Rente, die als Ergänzung eingeführt wurde. Beim Pensionsfonds hatten wir nicht dieses ergänzende Element, sondern der Fonds war 1996 so konstruiert worden, dass er in seiner vollständigen Ausprägung zu einer Vollfinanzierung der Pensionen ausschließlich aus den Zinserträgen des Fondsvermögens in der Lage sein sollte. Das ist also Kapitaldeckung pur, wie es in den 90er-Jahren in fast allen Parteien auch stark im Kurs stand. Da denken wir heute aufgrund verschiedener Finanzmarktkrisen auch etwas anders und halten es für sinnvoll, eine Mischung aus kapitalgedeckter und umlagenfinanzierter Altersversorgung sowohl in der gesetzlichen Rente als auch bei den Versorgungsausgaben zu gewährleisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben deswegen den Weg der Teilfinanzierung beschränkt, orientieren uns an der Regelung anderer Länder und sind nach wie vor, wenn das so Gesetz wird, in der Spitzengruppe der Bundesländer in Deutschland verortet.

Mehr Zuführungen in der Vergangenheit sind auch aus heutiger Sicht in keiner Weise schädlich, im Gegenteil. Die Fondsmittel stehen als Fondsvermögen zur Verfügung. Wer daran Zweifel hat, der kann sich in diversen Landtagsdrucksachen die Zusammensetzung des Fondsvermögens anschauen, zum Beispiel in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Weiland.

Da wurden die Daten zum 31. Oktober mitgeteilt. Jetzt hat die Ministerin die Zahlen zum 1. Januar 2015 aktualisiert.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass die Fondsanlage größtenteils in Wertpapieren des Landes erfolgt.

Meine Damen und Herren, daran, dass Wertpapiere des Landes Fondsvermögen darstellen, kann ich beim besten Willen nichts Verwerfliches entdecken, im Gegenteil. Eine deutsche Bundesländeranleihe ist im Gegensatz zu anderen Wertpapieren noch niemals ausgefallen. Das ist eine seriöse Anlage. Daran ändert auch die Tatsache nichts, wenn immer das Wort „Wertpapier“ durch „Schuldschein“ ersetzt wird, weil es irgendwie einen schlechteren Klang hat.

Meine Damen und Herren, die Verbuchungspraxis ist eine Frage, die immer wieder aufgeworfen wird. Aus ökonomischer Sicht kann ich es absolut nachvollziehen, dass man bei der Hingabe eines Geldbetrages, den man später mit Zinsen wieder zurückbekommt, von einem Darlehen spricht. Das ist mein Verständnis von einem Darlehen. Offenbar kann man da aber unterschiedliche Meinungen haben. Aus diesem Grund, weil man unterschiedliche Meinungen haben kann, haben wir das in der neuen Schuldengrenze bereinigt. Dort spielt es keine Rolle mehr, wie im Einzelnen verbucht wird.

Meine Damen und Herren, die Finanzministerin hat kurz nach ihrem Amtsantritt ein Konzept vorgelegt, das unseren Pensionsfonds neu aufstellt. So wird er dem Bedarf an Vorsorge gerecht, belastet aber auch den Landeshaushalt nicht über Gebühr. Diese Neuausrichtung ist zukunftsweisend und ausgewogen. Sie kann sich im Ländervergleich sehen lassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Herr Kollege Hartenfels hat das Wort.

Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gehört, die rheinland-pfälzischen Zuführungen zum Pensionsfonds werden in Orientierung an die Beiträge und Beträge anderer Länder ab dem Jahr 2016 auf einen Mindestbetrag von 70 Millionen Euro festgesetzt. Wir werden damit immer noch in der Spitze im Ländervergleich liegen; denn das Land Rheinland-Pfalz zahlt im Moment mehr als das Dreifache des Länderdurchschnitts für die Vorsorge zur Beamtenversorgung.

Dies lässt sich jedoch zum einen angesichts der mittelfristigen Einnahmesituation und zum anderen durch die Vorgaben der Schuldenbremse so nicht aufrechterhalten. Deshalb muss es im Zentrum der heutigen Debatte zum einen die Sorge um die zukünftige Entwicklung unserer Pensionsverpflichtungen gehen, zum anderen müssen die notwendigen Anpassungen unserer Steuergesetzgebung im Hinblick auf den demografischen Wandel in den Blick genommen werden.

Lassen Sie mich einen zugespitzten Blick auf diese beiden Seiten einer Medaille werfen. Ich gehe zunächst auf die zukünftigen Entwicklungen unserer Pensionsverpflichtungen ein. Dabei liegt die Betonung auf Verpflichtungen. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung verheißt nichts Gutes. Die Personalausgaben wachsen von 2012 bis 2018 von knapp 5,4 Milliarden Euro auf gut 6 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung von knapp 3 % bei den aktiven Bediensteten. „Nur 3 %“ in sechs Jahren hat etwas mit unserer Schuldenbremse und mit unseren Einsparbemühungen zu tun, die wir in diesem Bereich vorgenommen haben.

Schauen wir uns aber in diesem Sechsjahreszeitraum die Pensionssteigerungen an, dann haben wir dort eine Steigerung von sage und schreibe 40 %. Das ist natürlich eine Steigerung, die wir mittelfristig in der Form nicht beeinflussen, sondern nur begleiten können. Wenn wir uns die Entwicklung anschauen, dann werden wir bemerken, dass sich die Entwicklung beschleunigen wird. Das zeigen die Zahlen des Statistischen Landesamtes zur demografischen Entwicklung ab 2020.

Wenn wir da hineinschauen, dann stellen wir fest, dass bis zum Jahr 2030 nicht nur die Bevölkerung um 6 % abnimmt, sondern sehr viel schwerwiegender ist, dass die Zahl der berufstätigen Menschen, also von 20 bis 65 Jahren, um etwa 15 % in diesem Zeitraum zurückgeht. Diese Gruppe, die hauptsächlich unsere Steuerlast von morgen zu tragen hat, wird uns in großen Teilen wegbrechen. Es ist das Problem, wie wir das übereinander bekommen wollen bezogen auf die Pensionsbelastungen.

Lassen Sie mich anhand auch des demografischen Wandels, den wir nur über massive Zuwanderung verändern können, zur zweiten Seite der Medaille kommen, die ich angesprochen habe. Wir müssen uns über das Steuersystem Gedanken machen, das wir zurzeit haben. Dieses Steuersystem ist leider sehr einkommenslastig. Die Vermögen und das Kapital werden weitgehend ausgespart. Das müssen wir vor allen Dingen in den Blick nehmen, wenn wir über Pensionslasten bzw. Pensionsansprüche reden.

Im OECD-Durchschnitt liegt der Anteil der vermögensbezogenen Steuer am BIP mit 2 % mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Hier liegen wir bei 0,9 %. In Großbritannien haben wir zum Beispiel einen Anteil von 4 %.

Sich von den vermögensbezogenen Steuern zu verabschieden, wird sich aus unserer Sicht als kapitaler Fehler der Bundespolitik herausstellen. Die Vermögensteuer als die Steuer, die den Ländern zugutekommt, müsste dringend wieder eingeführt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Durch die Abschaffung der Vermögensteuer fehlen unserem Land seit 1996 – konservativ gerechnet – ca. 4 Milliarden Euro. Das sind Einnahmen, die letztlich unseren Pensionären fehlen werden. Das heißt, wir müssen, da wir weiter drastisch an berufstätiger Bevölkerung verlieren, umso dringender eine offensive Debatte führen, und zwar nicht nur zum Thema Vermögensteuer, sondern auch zu den Themen Erbschaftsteuer und Finanztransaktionssteuer. Ich sage Ihnen im Voraus, je länger wir dort warten, umso drastischer werden die Einschnitte werden.

Vor dem Hintergrund komme ich zum Schluss. Was Sie, meine Damen und Herren von der CDU, im Hinblick auf den Umbau unseres Steuersystems auf Bundesebene machen, kommt einer Arbeitsverweigerung gleich. Sich zu überlegen, wie etwas gehen könnte, und dies mit eigenen Vorschlägen zu unterfüttern, ist nicht gerade ihre Stärke. Das ist nichts Neues. Sie führen als Oppositionspartei die Debatte an den völlig falschen Stellen. Das haben Sie auch heute wieder bewiesen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit wäre die erste Beratung des Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz und des Universitätsmedizingesetzes – Drucksache 16/4896 – beendet. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen, am Donnerstag, dem 30. April, 09:30 Uhr, zur 95. Plenarsitzung.

Ende der Sitzung: 18:37 Uhr.